



universität
wien

Magisterarbeit

Titel der Magisterarbeit

„Pressefreiheit in der Türkei im 21.Jahrhundert“
Situation und Entwicklung der Pressefreiheit in der Türkei im 21.
Jahrhundert mit Berücksichtigung der Gezi-Park Demonstrationen

Verfasserin

Paula Ustabasi, Bakk. Phil.

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, Dezember 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066/841

Studienrichtung lt. Studienblatt: Publizistik und Kommunikationswissenschaften

Betreuer: emer. Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch

Danksagung.

Ich möchte mich bei meiner Familie, die mich seit meiner Kindheit stets unterstützt und auch während meines Studiums immer für mich da war von Herzen bedanken. Großer Dank gilt besonders meinem Vater, der mich zum Thema der Magisterarbeit angeregt hat und durch sein fundiertes Wissen zu diesem Themengebiet eine große Stütze und Inspiration war.

Des Weiteren möchte ich mich bei meinem Verlobten bedanken, der mir immer, aber insbesondere während des Verfassens der Arbeit, durch seine Motivation und Unterstützung hilfreich zur Seite stand.

Zuletzt gilt mein Dank Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch für die Betreuung und die konstruktiven Gespräche während des Schaffungsprozesses vorliegender Magisterarbeit.

Anmerkung: In dieser Magisterarbeit werden zugunsten einer besseren Übersichtlichkeit und eines besseren Leseflusses nur die männlichen Ausdrucksformen verwendet werden, die jedoch selbstverständlich für beide Geschlechter Gültigkeit besitzen.

Inhaltsverzeichnis

1	<u>VORWORT</u>	5
1.1	GLIEDERUNG DER MAGISTERARBEIT	7
2	<u>THEORETISCHE GRUNDLAGE</u>	10
2.1	SYSTEMTHEORIE (NIKLAS LUHMANN)	10
2.2	SYSTEMTHEORIE ALS MEDIENTHEORIE – „DIE REALITÄT DER MASSENMEDIEN“	13
2.3	MASSENMEDIEN NACH LUHMANN UND PRESSEFREIHEIT	17
3	<u>GESCHICHTE DER TÜRKEI</u>	19
3.1	EINE JAHRTAUSENDALTE KULTUR	19
3.2	REPUBLIK TÜRKEI 1923 – 2013	20
3.2.1	KEMALISMUS	25
3.3	MINDERHEITEN UND MINDERHEITENPROBLEMATIK IN DER TÜRKEI	26
3.3.1	GRIECHISCHE MINDERHEIT IN DER TÜRKEI	28
3.3.2	ARMENISCHE MINDERHEIT IN DER TÜRKEI	29
3.3.3	ARAMÄISCHE MINDERHEIT IN DER TÜRKEI	30
3.3.4	JÜDISCHE MINDERHEIT IN DER TÜRKEI	31
3.3.5	MUSLIMISCHE MINDERHEITEN IN DER TÜRKEI: ALEVITEN UND KURDEN	31
4	<u>TÜRKEI IM 21. JAHRHUNDERT</u>	35
4.1	POLITISCHE ENTWICKLUNG	35
4.2	WIRTSCHAFT IN DER TÜRKEI	38
4.3	TÜRKEI UND EU	41
5	<u>DEMOKRATIE</u>	43
5.1	DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS	43
5.2	DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI	44
6	<u>INFORMATIONSFUNKTION DER MEDIEN</u>	47
7	<u>PRESSE-UND MEINUNGSFREIHEIT</u>	51
7.1	PRESSE-UND MEINUNGSFREIHEIT IN DER TÜRKEI	56
7.1.1	EINSCHRÄNKUNG DURCH GESETZE	59
7.1.2	EINSCHRÄNKUNG DER PRESSEFREIHEIT IM INTERNET	64
7.1.3	MEDIENGESETZE	66

8	<u>NON-GOVERNMENTAL ORGANISATIONS (NGOS)</u>	67
8.1	DIE WICHTIGSTEN NGOs	69
8.2	BERICHTE UND UNTERSUCHUNGEN ZU PRESSEFREIHEIT IN DER TÜRKEI AUS DEN JAHREN 2000 – 2013	72
8.2.1	DARSTELLUNG DER ERGEBNISSE	72
8.2.2	AKTUELLE EREIGNISSE	90
9	<u>DIE GEZI-PARK PROTESTE</u>	98
9.1	SOCIAL MEDIA ALS WICHTIGES KOMMUNIKATIONS-UND INFORMATIONS MEDIUM	106
10	<u>CONCLUSIO</u>	112
10.1	AUSBLICK	118
11	<u>LITERATURVERZEICHNIS</u>	119
12	<u>ABBILDUNGSVERZEICHNIS</u>	129
13	<u>ANHANG</u>	130
13.1	ABSTRACT IN DEUTSCH	130
13.2	ABSTRACT IN ENGLISCH	131
13.3	REPORTS	133
13.4	LEBENSLAUF	138

1 VORWORT

Pressefreiheit ist das Fundament der Kommunikation in einer demokratischen Gesellschaft. Heutzutage existieren unzählige Arten der Kommunikation, die über diverse Kanäle entstehen. Gerade in unserer globalen Gesellschaft, die permanent orts- und zeitunabhängig Informationen abrufen kann, ist es von grundlegender Wichtigkeit, den Informationen zu vertrauen. Dieses Vertrauen basiert darauf, dass Journalisten frei ihre Meinungen und Informationen in den Medien veröffentlichen können und durch die gesetzlichen Bestimmungen eines Staates darin geschützt sind.

Diverse Entwicklungen der Pressefreiheit in der Türkei sind in den letzten Jahren immer wieder in den Medien thematisiert worden. Das Thema Türkei ist weltpolitisch gesehen sehr aktuell und spannend, da das Land seit Beginn des neuen Jahrtausends enorme wirtschaftliche Wandlungen vollbracht hat und geopolitisch als Land zwischen Europa und Asien eine wichtige Rolle spielt. Seit den offiziellen Beitrittsverhandlungen der Türkei in die EU im Jahr 2005 sind diese ebenfalls stets ein gegenwärtiges Thema.

Das kommunikationswissenschaftliche Interesse ist enorm, da trotz der vielen positiven Entwicklungen des Landes, die Nachrichten über den Stand der Pressefreiheit in der Türkei von negativen Schlagzeichen geprägt sind. Der Höhepunkt des Interessenskonfliktes zwischen freier Meinungsäußerung und der restriktiven Politik des Landes fand in den Gezi-Park Demonstrationen im Mai und Juni 2013 statt.

Als regelmäßiger Besucher des Landes kam die Frage auf, warum eine offiziell demokratische und laizistische Republik, die seit genau 90 Jahren besteht und zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch ihre demokratische und westliche Orientierung eine Vorreiterrolle unter den islamischen Ländern hatte, im Jahre 2012 das Land mit der größten Anzahl an inhaftierten Journalisten weltweit ist. Aus diesen Gedanken kristallisierten sich folgende Forschungsfragen heraus:

Warum sind die Wahrung der Presse- und Meinungsfreiheit und die damit verbundene Demokratie in der Türkei des 21. Jahrhunderts immer noch so problematisch?

Was sind die Gründe, dass die Türkei weltweit die meisten Journalisten im Gefängnis hält?

Welche Auswirkungen hatten die Gezi-Park Proteste auf den Demokratisierungsprozess und die Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei?

Als theoretische Grundlage der Arbeit wurde die Systemtheorie gewählt, da diese geschlossene Systeme und ihre Umwelten beschreibt. Durch diese Theorie sollen insbesondere die ersten zwei Forschungsfragen erklärt und beantwortet werden. Denn laut Niklas Luhmanns Systemtheorie existieren in sich geschlossene und selbsterzeugende Systeme, die nicht miteinander in Verbindung stehen und jeweils eigene Umwelten besitzen. Die Türkei ist ein Land in dem die einzelnen Systeme sehr deutlich erkennbar sind. Es existieren Systeme wie Islamisierung, Militär, Regierung, Massenmedien und viele mehr. Anstatt jedoch, dass jedes dieser Systeme für sich selbst agiert, seinen selbsterzeugenden Aufgaben nach geht und dadurch seine „Realität“ konstruiert, existiert ein starkes Intervenieren durch andere Systeme. Das System Islam ist sehr stark im System Politik inbegriffen, obwohl diese zwei Systeme unterschiedliche Umwelten und getrennte Aufgaben besitzen. So greift auch beispielsweise das System Politik in das der Massenmedien ein und schreibt diesen vor, was sie der Gesellschaft als Realität präsentieren dürfen und was nicht. Somit existiert eine manipulierte Realität. Die Gesellschaft, welche die Umwelt für die Massenmedien bildet, kann dadurch keine freien Informationen mehr beziehen. Die Pressefreiheit ist ein wesentlicher Bestandteil des Systems Massenmedien und Journalisten Träger dieses Systems. Die dritte Forschungsfrage wird zwar auch an Hand der Systemtheorie bearbeitet, da hier die unterschiedlichen Systeme den Eingriff der Politik nicht mehr geduldet haben. Jedoch spielen bei der Beantwortung dieser Frage die veröffentlichten Informationen der Demonstranten und die Reaktion der Regierung eine wesentlichere Rolle.

Als methodische Vorgehensweise dieser Arbeit wurde die Literaturanalyse gewählt, da diese die Möglichkeit gibt, einen umfassenden Einblick in die Lage der türkischen

Pressefreiheit zu bekommen. Da der Fokus der Arbeit im 21. Jahrhundert liegt und die letzten turbulenten zwei Jahre sowie die Ereignisse der Gezi-Park Proteste im Frühling 2013 sehr zeitnahe an der Verfassung dieser Arbeit liegen, wurden hauptsächlich Beiträge von weltweit renommierten NGOs zugezogen. Diese NGOs gelten als „Schützer der Pressefreiheit“ und sind auf allen Kontinenten vertreten um aktiv die Gesellschaft über Verletzungen der Pressefreiheit, Festnahmen von Journalisten bis hin zu Journalistenmorde in nahezu allen Ländern zu informieren. Diese Organisationen haben Mitarbeiter vor Ort die stets die aktuellsten Informationen über das Thema Pressefreiheit in der Türkei publizieren. Die NGOs berichten detailliert über viele Vorfälle, die sonst in den Massenmedien kein Gehör bekommen. Somit sollen diese Daten zur Analyse des aktuellen Status der Pressefreiheit in der Türkei dienen. Durch die Berücksichtigung der Gezi-Park Proteste, erhält diese Forschungsarbeit die Möglichkeit eine der ersten am Institut für Kommunikationswissenschaften und Publizistik zu sein, in der dieses Geschehen und die daraus entstandenen Entwicklungen thematisiert werden. Folglich kann diese Arbeit einen der ersten Beiträge für zukünftige Forschungen in Bezug auf die Gezi-Park Proteste leisten.

Mit dieser Arbeit sollen die Pressefreiheitsverletzungen der vergangenen 13 Jahre dokumentiert, verglichen und deren Ursprung nachgegangen werden.

1.1 Gliederung der Magisterarbeit

Zu Beginn der Arbeit, in Kapitel zwei, soll als theoretische Grundlage die Systemtheorie skizziert werden. Diese Arbeit baut auf Niklas Luhmanns Systemtheorie auf, die aus Systemen und ihren Umwelten besteht. Jedes System ist autopoietisch (selbsterzeugend), in sich geschlossen und hat eine eigene, für sich relevante Umwelt. So operiert das System Massenmedien dadurch, dass es Informationen selektiert und aufbereitet um so die Gesellschaft über die Realität, die sie durch ihre Vorselektion konstruiert hat, und der sie „Sinn“ zugeschrieben hat, zu unterrichten.

Um die Entwicklung dieses kontroversen Landes und die aktuelle Situation und Problematik der Pressefreiheit in der Türkei besser zu verstehen, werden im dritten Kapitel

der Arbeit geschichtliche und kulturelle Ereignisse der Vergangenheit skizziert. Viele Nachwirkungen geschichtlicher Ereignisse der letzten Jahrzehnte und Jahrhunderte sind in der heutigen türkischen Gesellschaft präsent und führen zu Diskussionen und Einschränkungen der Pressefreiheit (Kurdenvertreibung, Mord an den Armeniern, Aramäern und Griechen, Atatürk, ...). Aus diesem Grund ist eine intensivere Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der Türkei notwendig.

Das vierte Kapitel soll einen Überblick über die Türkei im 21. Jahrhundert- die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen sowie die Beziehung zwischen Türkei und EU geben.

In Kapitel fünf wird das Thema „Demokratie“ bearbeitet. Es reicht nicht, nur auf dem Papier ein demokratischer Staat zu sein, sondern auch die Rechte einer Demokratie in der Gesellschaft müssen umgesetzt und gewährleistet werden. Pressefreiheit ist eines dieser unerlässlichen Grundrechte, das in der Türkei zwar offiziell existiert aber durch gesetzliche und politische Restriktionen massiv erschwert wird.

Das sechste Kapitel schließt thematisch am vorherigen an und erklärt die Informationsfunktionen der Medien in einem demokratischen Staat. Die Aufgaben der Medien werden näher erläutert sowie die Voraussetzungen eines funktionierenden und informierenden Mediensystems.

Kapitel sieben geht auf das komplexe Thema „Presse- und Meinungsfreiheit“ ein. Es wird zuerst versucht die Termini allgemein zu erläutern und im nächsten Schritt die Umsetzung dieser in der Türkei zu beschreiben. Im Mittelpunkt stehen unterschiedliche Verhaltenskodizes von internationalen Vereinigungen und Definitionen von Presse- und Meinungsfreiheit sowie gesetzliche Einschränkungen.

Eine ausführliche Dokumentation von Verletzungen der Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei wird in Kapitel acht vorgenommen. Durch die Berichte und Artikel der bekanntesten NGOs werden die Ereignisse der letzten 13 Jahre bearbeitet sowie die Rangordnung der Türkei in den unterschiedlichen Reports der Organisationen interpretiert.

Die „Gezi-Park Proteste“ bilden die aktuellsten Ereignisse rund um das Thema Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei und werden im neunten Kapitel bearbeitet. Dazu werden neben den Berichten der NGOs und Zeitungsartikeln auch Berichte aus türkischen Social Media Seiten als Informationsquelle hinzugezogen. Es soll aufgezeigt werden, was die Journalisten und Demonstranten durch ihre Proteste bewirkt haben, welche Schwierigkeiten sie bei der Informationsvermittlung hatten und was dies für die Pressefreiheit bedeutet.

Im zehnten und letzten Kapitel werden die Ergebnisse zusammengefasst und versucht die Forschungsfragen durch die Literaturanalyse an Hand der systemtheoretischen Grundlage zu beantworten. Ebenfalls soll ein Ausblick für weitere Forschungen gegeben werden.

2 THEORETISCHE GRUNDLAGE

Um systematisch vorgehen und etwas erklären zu können, bedarf es einer theoretischen Grundlage, welche die Untersuchung leitet. Als geeignet für die theoretische Herangehensweise meines Themas „Pressefreiheit in der Türkei“ stellt sich die Systemtheorie von Niklas Luhmann heraus. Daher werden im nächsten Kapitel nun zunächst die systemtheoretischen Grundlagen aufgezeigt und danach weiterführend die Systemtheorie als Medientheorie nach Luhmanns „Die Realität der Massenmedien“ beleuchtet.

2.1 Systemtheorie (Niklas Luhmann)

Luhmann distanziert sich bei seiner Systemtheorie von Parsons strukturell-funktionalen Ansatz, der sowohl gegebene gesellschaftliche Strukturen voraussetzt als auch der Frage nachgeht mit welchen Funktionen diese Strukturen erhalten werden können. Ferner nimmt Luhmann Abstand vom systemfunktionalen- Ansatz, wonach sich die Struktur eines Systems an verändernde Umweltbedingungen anpasst. Bei Luhmann kommt es zur Umstellung der Begriffe Struktur und Funktion hin zur funktional-strukturellen Systemtheorie wo nun gefragt wird, wie solche Systeme in der Lage sind, ihren Bestand auch in der Veränderung zu erhalten. Luhmann unterscheidet zwischen System und Umwelt und diese System-Umwelt Beziehung steht auch im Mittelpunkt der Theorie.

Luhmann stützt sich in seiner Theorie auf das Konzept der Autopoiesis (Selbsterzeugung) von Organismen nach den Biologen Humberto Maturana und Francisco Varela. Gemeint ist die Selbsterzeugung alles Lebendigen als interner Systemprozess. Lebende Systeme können sich nur systemintern fortentwickeln (reproduzieren) und den Prozess ihres Lebens auf sich selbst bezogen (selbstreferentiell) am Laufen halten was zur Erhaltung des Systems notwendig ist. Ihnen wird erst aufgrund ihrer selbstbezüglichen Organisation beziehungsweise ihrer operationellen Geschlossenheit möglich, auch für die Umwelt offen zu sein. Erst die Selbstbezüglichkeit ermöglicht ihnen, sich selbst als einheitliches, zusammengehöriges System zu beschreiben, und sich damit von ihrer Umwelt zu

unterscheiden. Luhmann unterscheidet drei Arten von Systemen: psychische, soziale und biologische.

Ausgehend vom Konzept der Autopoiesis geht Luhmanns Systemtheorie nicht mehr von offenen Systemen aus die in unmittelbarem Kontakt mit der Umwelt stehen, und in die ein Beobachter Einsicht hat. Es wird notwendig zu erklären, wie sich selbstbezügliche Systeme erzeugen können, wenn sie sich schließlich nicht in einem direkten Austauschverhältnis mit der Umwelt befinden. Demzufolge haben autopoietisch organisierte Systeme erst dann die Möglichkeit, sich als solche zu reproduzieren, wenn sie ihre eigene Identität in Abgrenzung zu ihrer Umwelt identifizieren können. Durch diese Abgrenzung wird festgelegt, was zum System gehört und was nicht.

Jedes System hat eine eigene Umwelt. Bei einem psychischen System, also einem Menschen ist alles was er wahrnimmt seine Umwelt. Münzt man dies auf ein Medienhaus um, wird alles was Redakteure in ihrer Sitzung besprechen zu ihrer Umwelt. Für das System Massenmedien ist die Gesellschaft über die sie berichtet ihre Umwelt. Jedes System sieht seine Umwelt anders und hat somit auch seine eigene. Für Massenmedien sind Wirtschaft, Sport, Naturkatastrophen, Wahlen, etc. ihre Umwelt. Für Medien ist alles Umwelt worüber sie Informationen beziehen können um diese aufzuarbeiten und was sie durch unterschiedliche Kanäle in der Öffentlichkeit verbreiten können. Umwelt und System unterscheiden sich dadurch, dass die Umwelt größer und ungeregelter ist als das dazu gehörige System (vgl. Berghaus 2004, S. 42f).

Kommunikationen sind die Elemente der sozialen Systeme. Damit ist der Mensch nicht der sinnstiftende Urheber sozialen Geschehens, sondern wird in die Umwelt der sozialen Systeme verlagert. Kommunikation ist nicht das Produkt menschlichen Handelns, sondern das Produkt sozialer Systeme: „Der Mensch kann nicht kommunizieren, nur die Kommunikation kann kommunizieren.“ (Luhmann In Ebert 2001, S.213) Daraus können wir schlussfolgern, dass der Mensch aus einem Bewusstsein besteht welches nicht kommunizieren kann. Es würde Chaos entstehen, wenn alles was gedacht, gefühlt oder wahrgenommen auch kommuniziert wird, denn der Empfänger könnte nie alles verstehen. Kommunikation besteht bei Luhmann aus den Bereichen Information, Mitteilung und Verstehen.

Die autopoietisch gedachte, geschlossene Operation der sozialen Systeme wird als Kommunikation beschrieben, die nicht weiter zerlegbar ist. Diese fortlaufenden Kommunikationen sorgen für anschlussfähige Folgekommunikationen und ermöglichen somit eine weitere Systemreproduktion.

„Kommunikation denkt nicht, sie kommuniziert [...] Kommunikation ist etwas Eigenständiges, eine emergente Ordnung, in der nichts Psychisches eingeht. Bewusstseinsprozesse finden als Bewusstseinsprozesse, als Gedanken bzw. Vorstellungen, keinen Einlass in Kommunikationen [...] Kommunikation und Bewusstsein operieren als selbstreferentiell-geschlossene Systeme somit vollständig getrennt – und zugleich stehen sie in einem komplementären Verhältnis zueinander. Kurz: Soziale und psychische Systeme sind strukturell gekoppelt.“ (Kneer/Nassehi 1997, S. 70f.)

Psychische und soziale Systeme bedingen sich zwar als gegenseitige Umwelten, können aber keinesfalls verschmelzen. Die unterschiedlichen Systemtypen können sich nicht gegenseitig instruieren und verstehen. Sie haben zwar die autopoietische Organisationsform gemein, sind aber ansonsten höchst verschieden und nicht hierarchisiert. (vgl. Kneer/Nassehi 1997, S.74)

Um die unendliche Komplexität von möglichen Systemoperationen zu koordinieren und die Handlungsfähigkeit zu erhalten, müssen Systeme Subsysteme ausbilden. Systeme filtern innerhalb all dessen, was wahrgenommen werden könnte, das heraus, was für das System relevant ist. Sie müssen die Weltkomplexität begrenzen, denn „die Welt enthält keine Information, die Welt ist, wie sie ist.“ (Foerster/Poerksen 1998, S.98) Die Komplexitätsreduktion des Möglichen mündet in einer Blindheit für alles, was gerade nicht beobachtet wird. Eine Beobachtung ist folglich erst dann möglich, wenn sie von etwas unterschieden werden kann.

Soziale Systeme und psychische Systeme sind „Sinn konstituierende und Sinn verwendende Systeme“ (Knerr/Nassehi 1997, S.75), das heißt, dass sie innerhalb einer hochkomplexen Umwelt operieren, indem sie sinnvolle Zusammenhänge konstruieren. Nichts hat für sich genommen einen Sinn, dieser wird immer von Systemen hergestellt. Der Begriff Sinn verdeutlicht aber auch wieder die Dynamik der Systemtheorie. „Konstitutiv für Sinn ist die Unterscheidung von Aktualität und Möglichkeit.“ (Knerr/Nassehi 1997, S.75) Das System braucht also die Möglichkeit, aus seinem aktuellen Zustand in einen anderen, möglichen und wiederum vorübergehenden Zustand zu

wechseln, der das System weiter handlungsunfähig hält, für dieses also Sinn hat. „Und Sinn haben heißt eben: daß eine der anschließbaren Möglichkeiten als Nachfolgeaktualität gewählt werden kann und gewählt werden muss, sobald das jeweils aktuelle verblasst...“ (Luhmann 1991, S.100)

2.2 Systemtheorie als Medientheorie – „Die Realität der Massenmedien“

Man muss zwischen Medien und Massenmedien unterscheiden. Die Medien Sprache, Schrift und elektronische Medien sind Voraussetzung für die Massenmedien, aber nicht selbst Massenmedien –Medien sind kein System. Luhmanns Definition lautet:

„Mit dem Begriff der Massenmedien sollen (...) alle Einrichtungen der Gesellschaft erfaßt werden, die sich zur Verbreitung von Kommunikation technischer Mittel der Vervielfältigung bedienen. Vor allem ist an Bücher, Zeitschriften, Zeitungen zu denken, die durch die Druckpresse hergestellt werden. aber auch an photographische oder elektronische Kopierverfahren, sofern sie Produkte in großer Zahl mit noch unbestimmten Adressaten erzeugen. Auch die Verbreitung der Kommunikation über Funk fällt unter den Begriff, sofern sie allgemein zugänglich ist... Entscheidend ist auf alle Fälle, daß keine Interaktion unter Anwesenden zwischen Sender und Empfänger stattfinden kann.“ (Luhmann 1996, S.10)

Von diesem Standpunkt aus wird auch die Eingangsthese von Luhmann verständlicher: „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien. Das gilt nicht nur für unsere Kenntnis der Gesellschaft und der Geschichte, sondern auch für unsere Kenntnis der Natur.“ (Luhmann 1996, S.9). Für das System Massenmedien ist die Gesellschaft seine Umwelt.

Bei Bechmann (2001, S.17) wird Luhmanns These so beschrieben, dass die Massenmedien operativ geschlossene, autopoietische Systeme sind. Das System der Massenmedien differenziert sich somit nicht von anderen Systemen wie der Wirtschaft, Politik, Wissenschaft oder des Rechts. Außerdem ist auch die Kognition selbstreferentiell und geschlossen.

„Dies gilt auch dann, wenn man berücksichtigt, daß in der Gesellschaft mit dem System der Massenmedien aus dessen Umwelt heraus kommuniziert werden kann. Denn auch diese Kommunikationen sind nur möglich auf Grund des Wissens, das die Massenmedien bereitgestellt haben; und außerdem verstehen die Massenmedien das, was ihnen mitgeteilt wird, nur auf Grund ihres eigenen Netzwerkes der Reproduktion von Informationen“. (Luhmann 1996, S. 207)

Kommunikation die in und mit Massenmedien entsteht ist an die Schemata gebunden, die dafür zu Verfügung stehen. Das heißt, dass die Massenmedien nicht eine differenzierte

Realität abbilden, sondern selbst eine Realität schaffen, die sie als Nachrichten, Berichte, Werbung täglich verbreiten. Dies ist sehr widersprüchlich, denn obwohl wir wissen, dass diese Realität eine konstruierte und selektive ist, ist sie dennoch die gesellschaftlich Relevante (vgl. Bechmann 2001, S. 17f.). Die Realität wird so hingenommen, auch wenn man den Verdacht schöpft, dass dieses manipuliert ist.

Es gibt keine direkte Interaktion zwischen Sender und Empfänger. Luhmann nennt dies Kontaktunterbrechung. Der Rahmen für die Selektion von Programmen wird durch das Interesse des Empfängers beschränkt. Luhmann spricht von der doppelten Realität der Massenmedien:

„Die Realität der Massenmedien ... besteht in ihren eigenen Operationen. Es wird gedruckt und gefunkt. Es wird gelesen, Sendungen werden empfangen. Zahllose Kommunikationen der Vorbereitung und des Nachher-darüber-Redens umranken dieses Geschehen. Der Verbreitungsprozess ist nur aufgrund von Technologien möglich. Deren Arbeitsweise strukturiert und begrenzt das, was als Massenkommunikation möglich ist.“ (Luhmann 1996, S.13)

Die Massenmedien wirken durch das Senden und Berichten so, dass sich weitere Operationen anschließen können und somit eine Anschlussfähigkeit entsteht.

Die doppelte Realität der Massenmedien besteht einerseits in den Operationen des Mediensystems (die reale Realität oder Realität erster Ordnung), anderseits in ihren Beobachtungen, ihrer Konstruktion von Realität (Realität zweiter Ordnung) (Berghaus 2003, S.181). Realität ist keine in der Welt liegende Entität, sondern eine Konstruktion. Im operativen Konstruktivismus Luhmanns ist die Realität ein Konstrukt von Systemen. Die Frage lautet also nicht, was ist Realität, sondern wie wird Realität vom System konstruiert? Weiter stellt sich auch nicht die Frage, wie oder ob die Massenmedien die Realität verzerrten, weil es „die“ Realität nicht gibt.

Ein System entsteht durch die Ziehung einer Grenze. Das System kann zwischen sich und anderen unterscheiden (Selbst-/Fremdreferenz). Es kann einerseits über sich selbst berichten oder andererseits die Gesellschaft beobachten und über deren Operationen berichten. Wir beobachten die Gesellschaft, wir beobachten uns selbst und beobachten, wie die Gesellschaft uns beobachtet. Die Wahrnehmung der Umwelt durch das System ist immer selektiv.

Die strukturelle Kopplung zwischen den Massenmedien und den anderen Systemen der Gesellschaft erfolgt über Themen (Luhmann 1996, S.19). Themen strukturieren Kommunikation, ihre Vielfalt ermöglicht Verbindungen zu allen gesellschaftlichen Ebenen. Der Beobachter unterscheidet zwischen Thema und Funktion von Kommunikation. Ein Thema hat eine bestimmte Funktion, z.B. Unterhaltung, Information oder Aufklärung.

Das System Massenmedien garantiert die Anschlussfähigkeit von Kommunikation durch den binären Code Information/Nichtinformation. Dadurch wird entschieden was zum System dazu gehört und weiterverarbeitet wird und was nicht dazu gehört. Alles, was unter Nichtinformation fällt, ist es nicht wert, mitgeteilt zu werden. Unser Bild von der Realität kann deshalb nicht vollständig sein, weil die Massenmedien uns diese selektiert weitergeben. Die Massenmedien konstruieren „Ordnungen“, Zusammenhänge, die so existieren können oder auch anders.

Systeme können symbolisch produzierte Kommunikationsmedien verwenden um Anschlusskommunikation zu gewährleisten. Das Kommunikationsmedium variiert je nach System, so ist es beispielsweise in der Politik die Macht, in der Wissenschaft die Wahrheit, in der Wirtschaft das Geld, in der Familie die Liebe und in der Religion der Glaube (vgl. Weber 2003, S. 209f.). Das eine Sache nicht informativ ist, ist auch eine Information. Zur besseren Strukturierung der zahlreichen potentiellen Informationen gibt es Programme. Etwas, was im Programm Politik eine Information darstellen würde ist im Programm Musik möglicherweise keine. Die Erzeugung und Verarbeitung von Informationen geschieht systemintern – es gibt demnach keine Informationsübertragung von System zu System. Man muss also immer die Systemreferenz benennen, die bei einer Verwendung des Informationsbegriffs vorausgesetzt ist (Luhmann 1996, S.41). Mit der Verbreitung von Informationen verlieren sie ihren Neuigkeitswert. Über Information bewirken die Massenmedien Irritation bei den Rezipienten. Diese Irritation ermöglicht die Anschlussfähigkeit, da den Massenmedien auch die Aufgabe der Beseitigung von Irritation zufällt. Luhmann teilt die Massenmedien in die Teilbereiche Nachrichten/Berichte, Werbung und Unterhaltung ein. Da diese Teilbereiche unterschiedliche Relevanz besitzen, wird die Realität nicht nur durch die gesamte Bandbreite der Information konstituiert.

Die bereits genannten Teilbereiche sind mit unterschiedlichen Teilen des Gesellschaftssystems strukturell gekoppelt. Die Werbung hängt mit dem Wirtschaftssystem zusammen, die Unterhaltung mit der Kunst, Nachrichten/Berichte mit dem politischen System. Die Aufteilung der Programmbereiche dient der Diversifizierung der Beziehungen zu den anderen sozialen Systemen. Die Massenmedien produzieren zwar eine Realität, jedoch keine die konsenspflichtig ist. Im Gegenteil mit ihrer Darstellung erzeugen sie Konflikte und Widersprüche. Doch gerade dieser Konflikt garantiert Anschlussfähigkeit und das Fortleben des Systems. Die angebotene Realität muss nicht als die Realität schlechthin angenommen werden. Die Massenmedien dienen der Selbstbeobachtung der Gesellschaft. Die Grundlagen für die Beobachtung der Massenmedien kommen nicht aus dem Mediensystem, sondern aus der Gesellschaft. Luhmann schließt daraus:

„Man kann die „Realität“ der Massenmedien deshalb nicht begreifen, wenn man ihre Aufgabe in der Bereitstellung zutreffender Informationen über die Welt sieht und daran ihr Versagen, ihre Realitätsverzerrung, ihre Meinungsmanipulation mißt – so als ob es anders sein könnte. Die Massenmedien realisieren in der Gesellschaft genau jene duale Struktur von Information und Reproduktion, von Fortsetzung einer immer schon angepassten Autopoiesis und kognitiven Irritationsbereitschaft.“ (Luhmann 1996, S.174)

Zur leichteren Handhabung bilden Systeme Schemata. Dabei handelt es sich um Abstraktionen die das Handeln in konkreten Situationen ermöglichen ohne bei Null anfangen zu müssen. Die Massenmedien nutzen eine vorhandene psychische Disposition um ihre Art von Schema durchzusetzen. Sie prägen also im entscheidendem Maße die Wahrnehmung auch außerhalb der massenmedialen Realität.

Wie wir gesehen haben, lassen sich die Massenmedien als System betrachten das Anschlusshandlungen ermöglicht. Sie sind ein autopoietisches, operativ geschlossenes, kognitiv offenes System. Dieses System besteht aus den Teilbereichen Nachrichten/Berichte, Werbung und Unterhaltung. Diese Teilbereiche sind mit anderen Systemen der Gesellschaft, insbesondere der Politik, der Wirtschaft und der Kunst, strukturell gekoppelt. Seine primäre Funktion ist die Beobachtung der Gesellschaft, beziehungsweise die Selbstbeobachtung der Gesellschaft. Dadurch bereichert es das soziale Gedächtnis, jene Hintergrund-Realität, die allen Operationen in der Gesellschaft zugrunde liegt. Die Massenmedien stellen durch ihre Beobachtung eine nicht

konsenspflichtige Realität dar. Dies geschieht durch eigene Selektionskriterien, insbesondere die Konzentration auf Brüche des normalen Alltags. Sie prägen dadurch im entscheidendem Maße die Alltagswahrnehmung der Menschen. Diese übernehmen die von den Medien erzeugten Schemata, sie nehmen die Welt außerhalb ihres Alltags als Chaos wahr. Die Medien sind nicht in der Lage, eine objektive Realität abzubilden, weil es eine solche nicht gibt.

2.3 Massenmedien nach Luhmann und Pressefreiheit

Als Träger eines Systems müssen Journalisten durch eine Selektion aus einer Fülle von Informationen die wesentlichen für ihre Berichterstattung auswählen und diese der Gesellschaft als neu konstruierte Realität präsentieren. Prinzipiell kann über alles was in der Welt passiert berichtet werden, jedoch ist es wichtig Mitteilungen zu publizieren die „Sinn“ machen, denn wie schon zuvor erwähnt, können nicht alle Eindrücke, Gedanken und Gefühle in einen Bericht einfließen, da dieser zu komplex wäre und der Empfänger diese nicht verstehen könnte. Somit tragen Journalisten und Medien als Bestandteil der Massenmedien eine große Verantwortung, da sie die Informationen nach gesellschaftlich relevanten Selektionskriterien auswählen und abbilden. Massenmedien müssen in ihrer Beobachterrolle zwischen Selbst- und Fremdreferenz unterscheiden. Um ihrer Aufgabe gewissenhaft nachgehen zu können, muss Pressefreiheit gewährleistet sein. Pressefreiheit ist ein fundamentaler Bestandteil einer Demokratie und eines freien Medien- und Kommunikationssystems sowie essentielles Fundament für den journalistischen Beruf. Die Pressefreiheit soll im Zuge der Realität der Massenmedien nach Luhmann analysiert werden.

Wenn in einem Land Pressefreiheit begrenzt wird oder gar nicht existiert, sondern die Themen von einer anderen Umwelt, beispielsweise der Politik, vorgegeben werden, entsteht eine politisch manipulierte Realität. Wenn jedoch in einem Land Pressefreiheit vorherrscht, können Journalisten als Teile eines sozialen Systems Informationen sammeln und mitteilen, wodurch eine Realität geschaffen wird, welche die Gesellschaft („Empfänger“) rezipiert und jede Person für sich subjektiv versteht. Kommunikation nach Luhmann ist eine Auswahl und Selektion von Information und eine Konstruktion von

Realität. Nachdem ein Land sich selbst erhalten muss um zu überleben muss das Bestehen des System durch Funktionen ermöglicht werden. Im weiteren Sinne stellt sich die Frage welche Funktion die Pressefreiheit in diesem System besitzt?

Das Pressewesen der Türkei, als geschlossenes System, hat die Aufgabe die Gesellschaft über Weltgeschehnisse zu unterrichten. Dieses kann seiner Rolle nicht nachgehen, wenn Umwelten wie Politik und Wirtschaft Inhalte vorgeben und die freie Informationsübermittlung beeinflussen. Jedes System besitzt seine eigene Umwelt, wodurch es keinen Sinn macht, wenn unterschiedliche Systeme bei anderen intervenieren. Der Informationswert für das System Massenmedien ist ein anderes als für das System Politik. Jedoch kommt es zu Verletzungen dieser Grenzen und zum Versuch Funktionen innerhalb eines Systems zu unterbinden.

Unser Wissen basiert auf den Massenmedien, jedoch erfahren wir auch aus den Massenmedien, dass man diesen nicht trauen kann:

„Andererseits wissen wir so viel über die Massenmedien, daß wir diesen Quellen nicht trauen können. Wir wehren uns mit einem Manipulationsverdacht, der aber nicht zu nennenswerten Konsequenzen führt, da das den Massenmedien entnommene Wissen sich wie von selbst zu einem selbstverstärkenden Gefüge zusammenschließt. Man wird alles Wissen mit dem Vorzeichen des Bezwifelbaren versehen – und trotzdem darauf aufbauen, daran anschließen müssen... Wir haben es ... mit einem Effekt der funktionalen Differenzierung der modernen Gesellschaft zu tun.“ (Luhmann 1996, S.10)

3 GESCHICHTE DER TÜRKEI

3.1 Eine jahrtausendalte Kultur

Die Geschichte der Türkei geht auf das 3. Jahrhundert vor Christus zurück. Damals befand sich die strategisch günstig liegende Stadt Troja auf diesem Gebiet. Bis 500 v. Chr. war das Gebiet der Türkei das Zuhause vieler hochentwickelter Völker wie der indogermanischen Hetither, der Assyrer, der Phrygern unter König Midas und der Lyder. 546 v. Chr. wurde Lyderkönig Krösus von dem persischen Achämeniden besiegt und von nun an gehörte Kleinasien zum Großreich der Perser. Nach Zerstörung des babylonischen und ägyptischen Reiches war das Reich der Perser das mächtigste seiner Zeit. Bis 490 v. Chr. fanden die Perserkriege zwischen den persischen und griechischen Truppen statt. Alexander der Große eroberte ab 336 v. Chr. Kleinasien und das persische Reich. Nachdem es 395 v. Chr. zu einer Teilung des römischen Reiches kam, entstand ein oströmisches beziehungsweise byzantinisches Reich, welches über die Perser und Araber siegte. Östlich des Euphrats entstand im 10. Jahrhundert das islamische Reich der Seldschuken. Diese verbreiteten ihre Traditionen und Sprache und es wurde das erste Mal von „Turchia“ gesprochen. 1299 besiegte der Führer der Orgusen, Osman I. die Seldschuken und ernannte sich zum Sultan (König). Das neu entstandene Reich wurde nach ihm benannt: Osmanisches Reich. Der größte Feind der Osmanen war das christliche Byzanz. Die Osmanen wurden in den kommenden Jahrzehnten zu einer mächtigen Herrschaft in Kleinasien. Sie eroberten Makedonien, Bulgarien, Serbien, Bosnien sowie Adrianopels, die zweitgrößte byzantinische Stadt. 1453 wurde Konstantinopel erobert und zur Hauptstadt der Osmanen. Den Höhepunkt hatte das Osmanische Reich in der Ära Süleyman I. Es kam zu den Eroberungen von Belgrad, Rhodos, Mesopotamien, Bagdad, Aserbaidschan, Teilen von Dalmatien und dem Jemen. Das osmanische Reich hatte somit seine größte Ausdehnung erreicht. Nachdem die Osmanen 1526 Ungarn besetzt hatten, misslang 1529 der Versuch Wien zu erobern. Die Niederlage in der Seeschlacht von Lepanto 1571 gegen die venezianischen und spanischen Großmächte beendete endgültig die Expansion des osmanischen Reiches. Im 17. Jahrhundert mussten die Osmanen mehrere Niederlagen gegen das Habsburger Reich hinnehmen und verloren dadurch

Gebiete an diese. 1683 misslang die zweite Türkeneinfassung Wiens durch Kara Mustafa, der sich gegen Jan III. Sobieski geschlagen geben musste. Es kam zum Rückzug der osmanischen Herrschaft aus Europa und zu Verlusten der Gebiete Jugoslawien, Rumänien, Ukraine sowie der dalmatischen und griechischen Teile. Im 18. Jahrhundert kam es zu Russenkriegen, in denen es in weiterer Folge zu Niederlagen osmanischer Truppen kam und diese endgültig erkannten, dass sie ihre imperiale Stellung als Großmacht verloren hatten.

Im Vielvölkerstaat kam es im 19. Jahrhundert zu Unruhen zwischen den einzelnen Völkern die alle nach Unabhängigkeit strebten. Aufstände der „Jungtürken“ zwangen den Sultan dazu im Jahre 1876 eine Verfassung zu erlassen, wodurch die Gleichstellung von Religionen und Nationen im osmanischen Reich gegeben waren. 1909 wurde durch eine Verfassungsänderung ein parlamentarisches System eingeführt. Die Jungtürken stürzten den Sultan und regierten das Reich. Im Zuge der Jungtürken Regierung verlor das Reich fast alle seine europäischen Besitzungen. Im 1. Weltkrieg 1915 kam es zum Genozid an den Armeniern. Unterschiedlichen Schätzungen zu Folge wurden 300.000 bis 1.500.000 armenische Christen, die im osmanischen Reich lebten ermordet. Die kommenden Jahre waren durch politische Unsicherheiten, Kriege und Verluste geprägt. Zu einer führenden Persönlichkeit unter den Jungtürken hatte sich General Mustafa Kemal etabliert.

Die osmanische Dynastie endete 1922, wodurch der Sultan und seine Familie ihre Stellung im Reich verloren. Im darauffolgenden Jahr kam es 1923 zur Gründung der Republik Türkei.

3.2 Republik Türkei 1923 – 2013

Die Republik Türkei wurde am 29. Oktober 1923 durch Mustafa Kemal Pascha den ersten türkischen Präsidenten ausgerufen. Dies bedeutete den Zerfall des Osmanischen Reiches, welcher durch den 1. Weltkrieg vorangegangen war. Die Hauptstadt wurde von Istanbul auf Ankara verlegt. 1924 wird die erste Verfassung der Republik verabschiedet und noch zuvor das Sultanat 1922 und das Kalifat 1923 abgeschafft.

Mustafa Kemal Pascha, der den Beinamen „Atatürk“ (Vater der Türken) erhielt, gilt bis heute als der Begründer der modernen Türkei und öffnete das Land für europäische Einflüsse. Er orientierte sich an demokratischen westlichen Beispielen und übernahm in diesem Zuge westliche Rechtssysteme wie das Schweizer Privatrecht. Atatürk gründet 1924 die republikanische Volkspartei CHP die als Parteiphilosophie die sechs Grundpfeile des Kemalismus vertrat. Er führte fundamentale Reformen in politischen und gesellschaftlichen Belangen durch, und hatte stets das Ziel vor Augen aus der Türkei einen modernen, säkularen und am Westen orientierten Staat zu machen. Atatürk machte die Einführung westlicher Normen möglich. Diese prägten nicht nur den inneren Staat, sondern veränderten auch das äußere Erscheinungsbild: Das Hutgesetz (das „Fez“, die traditionelle türkische Kopfbedeckung für den Mann) wurde abgeschafft, sowie der Schleier für die Frau. Es kam zur Einführung von Familiennamen, Koedukation und Einehe. Die Gleichstellung der Ehepartner wurde durch das Scheidungsrecht nach Schweizer Vorbild 1926 übernommen. Um die Gleichstellung der Frau zu gewährleisten bekamen diese 1934 das aktive Wahlrecht zugesprochen. Weitere Reformen waren die Übernahme des gregorianischen Kalenders, des lateinischen Alphabets sowie des metrischen Systems. Der Religionsunterricht wurde aus den Schulen entfernt. Somit wurde eine Distanzierung vom islamischen Einfluss im äußeren Erscheinungsbild der Türkei erreicht. Atatürk etablierte ein parlamentarisches System und gewährte den Menschen Grundrechte. Das große Ziel Atatürks war es, einen laizistischen Staat zu schaffen, die Trennung von Staat und Religion zu erreichen.

Durch diese Verfassungsänderungen bis ins Jahr 1937 wurden Säkularisierung und Laizismus in der Verfassung verankert. Ab 1937 wurden die sechs Prinzipien des Kemalismus in der Verfassung festgeschrieben.

Nach Atatürks Tod im Jahre 1938 wird sein Wegbegleiter und Freund Ismet Inönü sein Nachfolger als Parteivorsitzender und Präsident der die Bestrebungen Atatürks weiterführen will. Die darauf folgenden Jahre wird die Türkei Mitglied westlicher Institutionen wie den Vereinigten Nationen (1945), des Europarats (1949) und der NATO (1952). 1945 wird unter dem Präsidenten Ismet Inönü das Mehrparteiensystem eingeführt und 1950 verliert die CHP ihre Einparteienherrschaft gegen die demokratische Partei (DP) von Adnan Menderes. Die DP bleibt bis 1961 an der Macht. Den Wahlsieg hatte die DP

größten Teils der ländlichen Bevölkerung zu verdanken, die sich den Islam wieder in die Öffentlichkeit zurück wünschten. Dies wurde von der DP versprochen und widersprach somit den in der Verfassung verankerten laizistischen Grundprinzipien. Die demokratische Partei hatte zu Beginn ihres Einzugs ins Parlament ein neues Pressegesetz verabschiedet. Dieses war jedoch nur von kurzer Dauer- als die Presse kritische Artikel über Menderes Regierung publizierte griff die Regierung schnell zu Unterdrückungsmaßnahmen. (vgl. Kabacali, 1990, S.166). Die kommenden Jahre waren durch wirtschaftlichen Wachstum und sozialen Spannungen geprägt. Im Zuge der ersten Zypernkrise 1955 kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gegen die Griechen. Im Pogrom gegen die griechisch-orthodoxe Minderheit geht eine unbestimmte Zahl von Toten und Vergewaltigten hervor. Dutzende Kirchen, christliche Schulen und Friedhöfe wurden verwüstet und zerstört. Diese schweren Menschenrechtsverletzungen führten zu einer Abwanderung der griechischen Bevölkerung aus der Türkei. Indessen kommt es zu Konfrontationen zwischen der CHP und der DP. Die CHP sieht den Laizismus durch den islamisch geprägten Tenor der DP gefährdet. 1960 wird die Regierung von Adnan Menderes durch das türkische Militär erstmals geputscht und es kommt zur Bildung einer Militärregierung unter General Cemal Gürsel. Menderes und andere Politiker werden zum Tode verurteilt. 1961 wird durch das Militär eine neue Verfassung verabschiedet, die ein neues Wahlgesetz, neue Institutionen und mehr Demokratie hervorbringen. Diese Verfassung wurde von renommierten Rechtsexperten aus universitären Lehranstalten von Istanbul und Ankara mit höchst modernen, demokratischen und säkularen Gedanken verfasst. Diese waren unter anderem İlhan Arsel, Bahri Savci und Muammer Aksoy. Durch diesen Militärputsch hatten die alten Eliten ihre Macht im Staat zurück. İsmet İnönü wurde erneut Ministerpräsident und regierte bis 1965.

Die Nachfolgepartei der nun verbotenen DP, die konservative Gerechtigkeitspartei (AP), gewann 1965 die Wahlen und zog mit Süleyman Demirel als Ministerpräsidenten ins Parlament ein. Ausgelöst durch Terrorakte und einer Handlungsunfähigkeit der AP-Regierung Anfang der 1970er Jahre wurde das Militär wieder aktiv, und putschte 1971 erneut.

1973 ging die CHP mit Bülent Ecevit als Gewinner der Parlamentswahlen hervor, gleichzeitig zog die MSP (nationale Heilspartei) als erste islamistische Partei ins Parlament ein.

Der Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei fand seinen neuen Höhepunkt in der Zypernkrise 1974. Bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Minderheit und den griechischen Zyprioten sowie die Besetzung Nordzyperns durch türkische Truppen, führten dazu das Zypern 1975 geteilt wurde.

Im Zuge der steten Kurdenproblematik und Unterdrückung des kurdischen Volkes in der Türkei kam es 1978 zur Gründung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die als Untergrundorganisation von Abdullah Öcalan geführt wurde. Ziel war die Gründung eines unabhängigen Kurdenstaates in der Südtürkei. Durch Terrorakte der PKK und Einsätzen des türkischen Militärs fielen bis 1999 zehntausende Menschen diesen Unruhen zum Opfer.

Der dritte und letzte Militärputsch der Regierung ereignete sich 1980 und führte zur Auflösung des Parlaments und zum Verfall der Verfassung. Ausgelöst wurde der Putsch durch eine instabile Politik und einem Bürgerkrieg ähnlichen Zustand auf türkischen Straßen. Neues Staatsoberhaupt wurde Putschistenführer General Kenan Evren, der alle politischen Parteien verbot und das Kriegsrecht im ganzen Land verhängte. Politiker, Journalisten und Intellektuelle wurden verhaftet oder mussten ins Ausland fliehen. Die 1980er waren geprägt durch Demokratisierung des Landes, Aufhebung des Parteiverbotes und Öffnung der türkischen Wirtschaft zum Weltmarkt durch den Einzug der rechtskonservativen ANAP (Mutterlandspartei) ins Parlament im Jahr 1983. Ministerpräsident wurde Turgut Özal, der ein guter Ökonom war und es Verstand das Land wirtschaftlich voranzutreiben.

Wichtige Reformen der Demokratisierung des Landes waren unter anderem die Aufhebung des Kriegsrechts und die Liberalisierung der Mediengesetze. Im Jahre 1983 wurde das Antiterrorgesetz novelliert. Die dritte Verfassung der türkischen Republik wurde unter

Vorsitz des Militärs verfasst und wies autoritärere Züge im Vergleich zu Verfassung von 1961 auf.

1991 wurden die Kurden erstmals als ethnische Minderheit anerkannt, jedoch praktisch ohne Rechte. Mediengesetze wurden liberalisiert und private Fernsehsender zugelassen. Zeitgleich wurden neue Antiterrorgesetze verabschiedet die hauptsächlich dazu dienten die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken. Die 1990er-Jahre waren ein instabiles Jahrzehnt, das von politischen Machtwechseln, Neuwahlen und bewaffneten Unruhen zwischen dem türkischen Militär und der PKK gekennzeichnet war. Im zweiten Golfkrieg 1990 wurde die Türkei zum Verbündeten der USA und der Alliierten und stellte sich somit gegen den Irak. Während des Krieges bot die Türkei irakischen Kurden Unterschlupf. 1999 wurde PKK Führer Abdullah Öcalan nach einer langen Verfolgungsodyssee gefasst. Zuerst wird Öcalan zum Tode verurteilt dieses Urteil wird jedoch als Bedrohung für die EU Beitrittsverhandlungen gesehen und somit in lebenslange Haft umgewandelt. Von 1999 bis 2004 herrscht Waffenstillstand zwischen der PKK und dem türkischen Militär. Da die Türkei seit 1999 Bestrebungen hatte als Beitrittsland für die EU zu kandidieren, war sie motiviert EU konforme Reformen im Lande durchzuführen. Grundrechte wie Kommunikationsfreiheit, Freiheit der Meinungsäußerung und die Gleichstellung von Frau und Mann wurden gestärkt.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts kamen- auf Grund der Zypern- und Kurdenkrise- die Beitrittsverhandlungen der Türkei in die EU zum Stillstand. Die kommenden Jahre sind von der AKP-Regierung geprägt, mit Abdullah Gül als Staatspräsidenten und Recep Tayyip Erdogan als Ministerpräsidenten. Die AKP versuchte fundamentale Verfassungsänderungen, wie beispielsweise das Tragen von Kopftüchern an Universitäten zu erlauben. Diese wurden jedoch durch das Verfassungsgericht abgelehnt, da sie gegen den Grundsatz des Laizismus standen. Im Laufe ihrer Regierungszeit hat die AKP das Militär entmachtet und ihm die Aufgabe als „Beschützer der Nation für Recht und Ordnung“ genommen. 2002 werden liberalisierende Reformpakete geschnürt – unter anderem wird die Todesstrafe abgeschafft und der Gebrauch der kurdischen Sprache legalisiert. Von diesem Zeitpunkt an existiert ein öffentlich-mediales kurdisches Leben. Kurdischer Unterricht und kurdische Medien wie Radio und Fernsehkanäle sind von nun

an gestattet. Diese Reformen bilden die Grundlage für die Beitrittsverhandlungen mit der EU. Die Wirtschaftslage verbessert sich mit den Jahren und die Türkei wird zu einem ökonomisch wichtigen Akteur in der Weltwirtschaft.

Neben diesen positiven Entwicklungen kommt es in der Türkei jedoch immer noch zum Verstoß von Menschenrechten sowie zur Einschränkung der Meinungsfreiheit. Internationales Aufsehen erregen unter anderem die Prozesse gegen den Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk und den türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink, der 2007 einem Mordanschlag zum Opfer wird.

2011 wird die AKP zum dritten Mal Gewinner der Parlamentswahlen. 2013 kommt es zur langersehnten Versöhnung zwischen der PKK und der Türkei bei der PKK Führer Abdullah Öcalan aus seiner Gefängniszelle dem Frieden zwischen den Parteien einwilligt.

3.2.1 Kemalismus

Atatürks Ideologie die Türkei als einen laizistischen, säkularen Staat zu einer gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich modernen Türkei zu führen basiert auf sechs fundamentalen Grundsteinen: Republikanismus, Populismus, Laizismus, Revolutionismus, Nationalismus und Etatismus.

- Republikanismus bezeichnet die Volkssouveränität als Grundlage aller politischen Entscheidungen und die Abschaffung der osmanischen Dynastie (osmanisches Sultanat und Kalifat).
- Populismus steht für die Gleichheit aller türkischen Bürgerinnen und Bürger. Seinen Ausdruck fand der Populismus durch die rechtliche Gleichstellung der Frau.
- Laizismus bedeutet die Trennung von Staat und Religion und wurde 1937 in die Verfassung aufgenommen.
- Revolutionismus als Begriff der notwendigen Modernisierung des Staates und die Ersetzung traditioneller Institutionen durch neue.
- Nationalismus als Terminus der alle türkischen Bürgerinnen und Bürger durch eine gemeinsame Geschichte und Sprache miteinander verbindet.
- Etatismus meint das staatliche Eingreifen in die Wirtschaft.

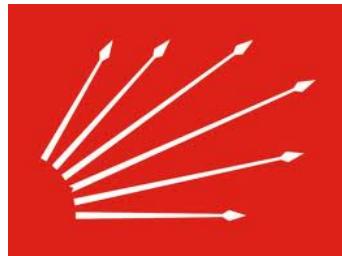


Abbildung 1: Das Symbol der sechs Grundprinzipien des Kemalismus; Quelle: Kramer 2011

Diese sechs Prinzipien sind in der Verfassung verankert und kommen je nach politischer Ausrichtung einer Partei mehr oder weniger stark in Verwendung.

Die Armee besitzt seit Gründung der Republik einen besonderen Stellenwert in der türkischen Gesellschaft. Sie war stets lösungsorientiert und unterstützte den Staat bei Problemen, wenn dieser nicht mehr weiter wusste. Das Militär versteht sich als Hüter der „kemalistischen Prinzipien“ und nimmt für sich das Recht zur Intervention in Anspruch falls diese Prinzipien verletzt werden sollten. Als Schutzmacht der Nation rechtfertigte das Militär seine Putsche.

Bei den großen Reformen hatten die Mitbürger keine Rechte, die oberste Elite entschied über die Einführungen. Seitdem die AKP Regierung an der Macht ist, konnte der Einfluss des Heeres geschwächt und ein weiterer Putsch verhindert werden.

3.3 Minderheiten und Minderheitenproblematik in der Türkei

Ethnische Minderheiten lebten schon seit Jahrtausenden auf heutigen türkischen Boden und prägten das Land. Griechen, Armenier, Aramäer und Juden gehörten unter anderen schon immer zum Stadtbild Konstantinopels, dem größten kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Knotenpunkt des osmanischen Reiches, und bereicherten das Gebiet in sozialen und wirtschaftlichen Belangen. Im Vielvölkerstaat herrschte religiöse Divergenz, die durch die Toleranz der Osmanen ein harmonisches Miteinander der Religionen ermöglichte. „Der Osmanische Staat war vielleicht der perfekteste islamische Staat, der je bestand. Sein Streben war darauf gerichtet, mit Hilfe des religiösen Rechts (Scheriat) einen homo italicus hervorzubringen, während die Nichtmuslime über die liberalen

Vorschriften des Millet-Systems in der Lage waren, ihren Glauben und ihre Identität zu bewahren.“ (Karpat 2008 In Seufert 2008, S.2). Diesen Millet Systemen waren anerkannte Minderheiten anderer Religionsgruppen zugehörig. Das System gewährte diesen religiösen Gruppen Rechte ihre religiösen, schulischen, sozialen und juristischen inneren Angelegenheiten selbstverantwortlich regeln zu dürfen. (vgl. Seufert 2008, S.2)

Mustafa Kemal Atatürk wollte einen modernen türkischen Nationalstaat, mit bekennenden Türken als Staatsbürger. Durch Pogrome, Verdrängungen und Massaker wurden besonders die christlichen Minderheiten dezimiert beziehungsweise vertrieben. Durch den nationalistischen Gedanken, einen Türkenstaat für nur türkische Staatsbürger aufzubauen, die dem Islam angehörig sein mussten, erschwerte sich das Leben der Minderheiten.

Die Bevölkerung der türkischen Republik besteht aus etwa 70-80 Prozent Türken, dessen Mehrheit sunnitische Muslime sind. Die größte Minderheit bilden die Kurden mit etwa 20-30 Prozent, die dem nicht-sunnitischen islamischen Glauben zugehörig sind. Gefolgt von den drei kleinen Minderheitsgruppen Griechen, Armenier und Juden, deren Existenz im Gegensatz zu den Kurden und Aramäern offiziell im Vertrag von Lausanne geregelt ist. Der türkische Staat und die Mehrheit der Bevölkerung streitet die Existenz muslimischer Minderheiten ab, da für sie alle muslimischen Bürger der Türkei „Bürger erster Klasse“ sind. Aus diesem Grund können Muslimen in der Türkei keine Minderheitenrechte auf der Grundlage entsprechender internationaler Konventionen oder Abkommen eingeräumt werden. (vgl. Kramer 2011, S.14)

Die generelle Anerkennung der muslimischen sowie nicht muslimischen Minderheiten ist in der Türkei nicht gegeben. Die EU fordert Änderungen in der Minderheitenfrage im Zuge des EU Beitrittsprozesses. Durch den Drang der EU kam es zu Fortschritten in der Politik gegenüber Minderheiten, jedoch kann von keinem liberalen beziehungsweise gleichberechtigtem Umgang mit Minderheiten sowie einer freien Ausübung deren Religionen in der Öffentlichkeit gesprochen werden.

3.3.1 Griechische Minderheit in der Türkei

Trotz der Bestimmungen des Lausanner Vertrags für die vom türkischen Staat anerkannten Minderheiten wird die Ausübung der Griechisch-Orthodoxen Religion erschwert. Die Ausbildungsstätten für Priester sind seit Jahrzehnten geschlossen und der türkische Staat weigert sich das Patriarchat von Konstantinopel als Ökumenisches Patriarchat der Griechisch-Orthodoxen Kirche anzuerkennen. Allen nicht muslimischen Einrichtungen wird nicht der Rechtsstatus einer „Kirche“ zuerkannt, wodurch sich beträchtliche Nachteile bei der Beschäftigung von Geistlichen und beim Immobilienbesitz ergeben.

Die griechische Bevölkerung hatte auch nach der Eroberung Konstantinopels 1453 durch die Osmanen und der Unabhängigkeit Griechenlands 1829 eine bedeutende Rolle im Sozial- und Wirtschaftsleben des osmanischen Reiches. Noch vor einhundert Jahren lebten knapp zwei Millionen Griechen in der Türkei. Im ersten Weltkrieg kam es zu blutigen Griechenverfolgungen in Form von Massakern, Todesmärschen und Deportationen. Nach der Niederlage im Griechisch-Türkischen Krieg 1922 kam es zu einem radikalen Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei, welcher 1923 im Vertrag von Lausanne vereinbart wurde. Dadurch wurden fast alle in der Türkei lebenden Griechen (etwa 1,2 Millionen) nach Griechenland verschoben und 400.000 Türken mussten Griechenland verlassen (vgl. Seufert 2008). Die Situation der Griechen in der Türkei verschlechterte sich in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. Es kam zu Diskriminierungen durch den Erlass von Gesetzen, um die hauptsächlich in Istanbul übrig gebliebenen Griechen zur Auswanderung zu bringen. In Folge dessen war es ihnen unter anderem nicht gestattet über 30 verschiedene Berufe auszuüben, darunter die Berufe des Arztes, Rechtsanwaltes und Immobilienmaklers sowie Handwerksberufe. Durch die Einführung der Vermögenssteuer, die für Nichtmuslime viel höher war als für Muslime hatten viele Griechen keine Chance mehr ihre Existenz in der Türkei aufrechtzuerhalten. Der Höhepunkt des Griechenkonflikts fand von 6. auf 7. September 1955 im Pogrom von Istanbul statt, bei dem neben Griechen auch Armenier und Juden zum Opfer fielen. Im Pogrom kam es zu schweren Menschenrechtsverletzungen: Vergewaltigung, Mord, körperliche Misshandlungen u.a. Zwangsbeschneidungen. Kirchen, Schulen, Friedhöfe, Wohnhäuser und Geschäfte wurden beschädigt, in Brand gesetzt oder gar ganz zerstört.

Als Folge des Pogroms verließen rund 100.000 Griechen die Türkei.¹ Das Pogrom von Istanbul führte zu einer großen Auswanderungswelle der in Istanbul ansässigen Minderheiten. Griechen, Armenier und Juden fühlten sich in ihrer als Heimat empfundenen Umgebung nicht mehr sicher und anerkannt. Die Angst vor weiteren Übergriffen war groß.

3.3.2 Armenische Minderheit in der Türkei

Die Beziehung zwischen der armenischen Minderheit mit etwa nur mehr 60.000 Angehörigen, die hauptsächlich in Istanbul ansässig sind (vgl. Kramer 2011, S. 15), und den Türken ist angespannt. Die Armenier wurden schon seit Mitte des 19. Jahrhundert verfolgt und Opfer von antiarmenischen Pogromen und Massakern. Das Verhältnis ist vor allem durch das größte Massaker an den Armeniern im Jahre 1915 stark belastet wo unterschiedlichen Schätzungen zu Folge 300.000 bis 1.500.000 armenische Christen im osmanischen Reich ermordet wurden. Der daraus resultierende internationale Streit um die Anerkennung des Massakers als Völkermord durch die Türken ist belastend für die Beziehung beider Völker. Wie weitreichend dieses Trauma sowohl in der türkischen Politik als auch in den Armeniern verwurzelt ist, zeigten die Reaktionen auf die Ermordung Hrant Dinks, dem türkisch-armenischen Journalisten und Herausgeber der Tageszeitung „Agos“ am 19. Jänner 2007, durch einen türkischen Nationalisten. Als Reaktion auf den Mord kam es auf der einen Seite zu öffentlichen Trauermärschen und auf der anderen Seite stand dem eine mehr oder weniger offene Genugtuung nationalistischer Kreise gegenüber. (vgl. Kramer 2011, S. 15)

Die Konflikte der Türken mit der armenischen oder griechischen Minderheit resultieren aus der Entwicklung nationaler Identität aus religiöser Zugehörigkeit:

„Die Türken übernahmen dieses Konzept von Bürgerschaft, das auf der Deckungsgleichheit von Religion und Nation und damit auf der ausschließlich kulturellen Begründung von Staatszugehörigkeit und Staatsbürgerrechten beruht. Für die Nichtmuslime der Türkei bedeutete dies freilich, dass sie in eine so verstandene moderne türkische Nation im Grunde genau so wenig integrierbar sind wie Muslime in die christlichen Nationen des Balkans.“ (Seufert 2008, S. 4)

¹ Human Rights Watch, 1999, S. 7-9; Seibert, Thomas: Tagesspiegel, 07.09.2005

3.3.3 Aramäische Minderheit in der Türkei

Die aramäische Kultur bildet die Mutterkirche des Christentums und hat ihren Ursprung im Gebiet zwischen Euphrat und Tigris. Die frühesten Erwähnungen der Aramäer sind auf das 14. und 13. Jahrhundert v. Chr. in assyrischen Texten zurückzuführen. Die Muttersprache der Aramäer gehört zur semitischen Sprachfamilie und ist eng mit hebräisch und arabisch verwandt. Die ältesten Zeugnisse reichen bis ins zweite Jahrtausend v. Chr. somit ist Aramäisch mit 3000 Jahren Existenz nach Chinesisch und Griechisch die drittälteste noch gesprochene Sprache der Welt. Auch Jesus und seine Jünger sprachen aramäisch. Die syrische Sprache wird ebenfalls vom aramäischen Volk gesprochen und findet als Alltags – und Liturgiesprache Verwendung. Heute lebt das aramäische Volk hauptsächlich im Iran, in Syrien, im Irak, in der Türkei und im Libanon. Auf Grund der Islamisierung dieser Länder, leben nun viele Aramäer auch in Diaspora in Europa und in den USA. Im Gegensatz zu den armenischen, griechischen und jüdischen Minderheiten in der Türkei wird die aramäisch Minderheit nicht als solche anerkannt. Durch den türkischen Nationalismus wurden 1915 neben den Armeniern auch die Aramäer brutal dezimiert. Jahrtausendalte wertvolle Kulturgegenstände wurden vom türkischen Staat beschlagnahmt. Nachdem die Aramäer nicht in den Genuss der Artikel 37 und 45 des Lausanner Vertrags von 1923 kommen, ist ihnen der Bau und Besitz von Schulen und Kirchen nicht gestattet. Anhänger der aramäischen Minderheit werden somit im Stillen ihre Religion und Sprache gelehrt. Ein aktuelles Beispiel für dieses rechtliche Dilemma ist das syrisch-orthodoxe Kloster Mor Gabriel. Das Kloster ist eines der ältesten Klöster der Welt und wurde 397 nach Christus in der heutigen Südosttürkei erbaut. Dieses hat im Juli 2012 einen jahrelangen Rechtstreit gegen den türkischen Staat verloren. Konkret geht es um 28 Hektar Land, dass gemäß eines Gesetzes aus dem Jahre 1950 als Wald definiert wurde und Wald darf nicht im Besitz von Privatpersonen oder religiösen Stiftungen sein. Nachdem die aramäische Minderheit der Türkei vom Staat nicht als religiöse Minderheit anerkannt wird, darf sie auf keine Minderheitenrechte hoffen, keinen Nachwuchs ausbilden und somit seinen Glauben und seine Sprache im offiziellen Rahmen nicht an die nächste Generation weitergeben. So gesehen verstößt das Kloster in der Tat gegen das türkische Recht, da dort der christliche Glaube gelehrt wird. Die Aramäische Verteidigung prüft, ob sie das Urteil vor dem europäischen Menschenrechtsgerichtshof anfechten kann.

3.3.4 Jüdische Minderheit in der Türkei

Die hauptsächlich in Istanbul lebende jüdische Minderheit bildet die wirtschaftlich und kulturell am besten integrierte nicht-muslimische Minderheit mit etwa 26.000 Einwohnern. Die in der Türkei lebende jüdische Gemeinde genießt die Minderheitenrechte nach dem Vertrag von Lausanne.

1492 hängte das spanische Königshaus ein Ausweisungsdelikt gegen die in Spanien ansässigen Juden. In Folge dessen hatten diese die Möglichkeit zum Christentum zu konvertieren oder das Land zu verlassen. Als Sultan Bayazid II die Juden in seinem Reich willkommen hieß wurde das Osmanische Reich im 15. Jahrhundert Zufluchtsort vieler aus Spanien und Portugal vertriebener Juden. Die sephardischen Juden bereicherten das Reich durch ihre Kenntnisse im Buchdruck als auch im Wirtschafts- und Manufakturwesen. 1934 kam es in Ost-Thrakien zu Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung mit dem Ziel der „Türkisierung“ dieser Region. Die 1942 eingeführte horrende Vermögenssteuer für Nicht-Muslime führte zu einer Auswanderungswelle aus der Türkei, besonders auch nach der Gründung des Staates Israels 1948. Antisemitismus war im osmanischen Reich eine Ausnahmeherrscheinung ist jedoch in den letzten Jahren zu einer verstärkten Strömung in der Türkei geworden.

3.3.5 Muslimische Minderheiten in der Türkei: Aleviten und Kurden

Die Einschränkung der Religionsfreiheit beschränkt sich nicht nur auf nicht-muslimische Glaubensgruppen, sondern auch auf abgespaltene Gruppierungen im Islam. Die türkischen Aleviten, eine eigenständige in Anatolien entstandene islamische Glaubensgemeinschaft, gehören zu den nicht-sunnitischen muslimischen Glaubensgruppen. Die Aleviten wurden von vielen Sunniten als Häretiker angesehen, wodurch es im 16. und 17. Jahrhundert zu Verfolgungen der Aleviten durch die Osmanen kam. Die Aleviten waren treue Anhänger Kemal Atatürks, da sie die Idee eines laizistischen Staates begrüßten. Sie versprachen sich durch die kemalistische Republik mehr Religionsfreiheit und eine Gleichberechtigung von nicht-sunnitischen muslimischen Gemeinschaften – von dem bis heute jede Spur fehlt.

Aleviten leben den Islam im Gegensatz zu den Sunnitern in einer liberaleren Weise aus. Für sie steht das Individuum im Mittelpunkt: Der persönliche Weg des Einzelnen zu Gott und das gemeinsame Leben mit den Mitmenschen ist ihnen wichtig. Im Unterschied zum sunnitischen Glauben wird nicht strikt nach den Worten des Korans gelebt und die Scharia abgelehnt. Die fünf Säulen des sunnitischen Islams sind keine Bestandteile der alevitischen Glaubensgemeinschaft. Diese liberalen Eigenschaften gibt der streng sunnitischen Glaubensgemeinschaft in der Türkei Grund zur Ablehnung der Aleviten. Diese werden in der Türkei dem sunnitischen Islam subsumiert und vom Staat nicht als eigenständige nicht-sunnitische Minderheit anerkannt. Durch ihre Nichtanerkennung ist eine genaue Zahl der alevitischen Bevölkerung in der Türkei schwer zu erfassen. Schätzungen gehen von einem Anteil von 15-30 Prozent an der Gesamtbevölkerung aus (circa zehn bis 25 Millionen Menschen). (vgl. Kramer 2011, S.16)

Die größte ethnische Minderheit der Türkei bilden die Kurden. Da seit 1985 bei den Volkszählungen nicht mehr die Muttersprache erfasst wird, ist auch bei dieser Gruppierung keine genaue Zahl bekannt. Schätzungsweise leben 15-30 Prozent Kurden in der Türkei. Die kurdische Bevölkerung leidet seit Jahrzehnten unter Unterdrückungen und Diskriminierungen. Kulturelle, religiöse, ethnische und politische Faktoren bestimmen die Kurdenfrage. Schon zu Gründung der Republik war die kurdische Bevölkerung bestrebt Autonomie zu erlangen und wurde vom Staat mit Gewalt niedergeschlagen. Die „Türkifizierung“ des Staates durch die Kemalisten in eine neue, unabhängige Macht erlaubte keine sprachlichen, religiösen oder nationalistischen Differenzen innerhalb des Landes. Der Ausgangspunkt des türkisch-kurdischen Konflikts war der Niedergang des osmanischen Reiches am Ende des Ersten Weltkrieges und der damit verbundene Friedensvertrag, der von den Siegermächten 1920 im Vertrag von Sévres ausgearbeitet wurde. In diesem Vertrag wurde der kurdischen Bevölkerung eine autonome Region zugesprochen. Dieses Zugeständnis konnte im Vertrag von Lausanne 1923 revidiert werden und die Kurden wurden nicht als ethnische Minderheit berücksichtigt. Es kam zu einer Reihe von Aufständen die durch das türkische Militär niedergeschlagen wurden u.a. zum Kocgiri Aufstand 1920 und dem Dersim Aufstand 1937/38 bei denen 10.000 Kurden getötet wurden. 1949 wurden Tausende Dorf- und Landschaftsnamen türkisiert, ab 1972 war der Gebrauch von kurdischen Personennamen verboten und von 1982 - 2002 wurde

der öffentliche Gebrauch der kurdischen Sprache verboten. Die repressive Politik des Staates versuchte zwanghaft die kurdische Bevölkerung zu assimilieren, beziehungsweise turkisieren. Kurden streben seit jeher nach politischer Mitsprache, kulturellen Rechten als ethnische Minderheit und einer öffentlichen Identität im Land. Das bezieht sich vor allem auf die Berücksichtigung des Kurdischen im Bildungswesen, in den Medien und anderen kulturellen Ausdrucksformen. Ein weiteres Ziel ist die Einführung von Kurdisch als zweite Amtssprache. In Anbetracht dessen, wie wichtig die Minderheitenpolitik der Türkei für die EU ist und in weiterer Folge für die Beitrittsverhandlungen, kam es in der Regierung von Recep Tayyip Erdogan zu Fortschritten in der Kurdenfrage: Kurdisch-Unterricht wurde an Schulen erlaubt, sowie die Ausstrahlung von kurdischen Programmen im Rundfunk und Fernsehen. Die Kurdenfrage wurde nun eine nationale Frage, mit der sich die Regierung öffentlich beschäftigte. So konnte beispielsweise ab 2011 erstmals kurdisch im Wahlkampf gebraucht werden. Es gab aber auch Rückschläge, so wie 2009 das Verbot der prokurdischen Partei DTP (Partei der demokratischen Gesellschaft) und die Verhaftung vieler ihrer Anhänger. Die Thematisierung der Kurdenfrage macht jeden Journalisten zur Zielscheibe der Regierung und zum Opfer des Antiterrorgesetzes.

Neben dem Teil der Kurden, der Anerkennung auf friedliche und demokratische Art und Weise zu erreichen versucht, besteht auch eine nationalistische kurdische Gruppierung, die durch Gewalt nach Gehör sucht. Die bekanntesten und militantesten Vertreter dieser Forderungen sind die Anhänger der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Die PKK wurde 1978 von ihrem Gründer und Führer Abdullah Öcalan mit dem Ziel der nationalen Befreiung ins Leben gerufen. Seit 1984 versucht die Untergrundpartei, die sich als erfolgreiche Guerillaeinheit etabliert hatte, durch bewaffnete Auseinandersetzungen gegen das türkische Militär politische Anerkennung zu erlangen. Neben der Türkei sind auch kurdische Gebiete im Irak, in Syrien und im Iran betroffen. Es entwickelte sich über die Jahre ein bürgerkriegsähnlicher Zustand zwischen PKK und türkischer Armee bei dem bis Ende der neunziger Jahre Zehntausende Menschen zum Opfer fielen. Im Südosten des Landes herrschte ein Ausnahmezustand und über eine Million Menschen wurden aus ihren Dörfern vertrieben oder mussten diese verlassen um den alltäglichen Gewaltübergriffen zu entfliehen. 1999 wurde Abdullah Öcalan gefangen genommen und zuerst zum Tode

verurteilt. Da sich die Türkei zu diesem Zeitpunkt in Beitrittsgesprächen mit der EU befand, wurde 2002 die Todesstrafe auf lebenslange Haft umgewandelt.

Ab 2011 befand sich PKK Führer Abdullah Öcalan in Gesprächen mit dem türkischen Staat um den bewaffneten Konflikt zu lösen. Im März 2013 wurde der Waffenstillstand von Abdullah Öcalan ausgerufen und der Rückzug der PKK Einheiten aus der Türkei erklärt. Da die Mehrheit der türkischen Bevölkerung sich gegen eine explizite Anerkennung der Kurden ausspricht, ist nun zu hoffen, dass die AKP Regierung einen Weg findet innenpolitisch eine Lösung für die Kurdenfrage zu finden und den Kurden eine offizielle Identität und Anerkennung gibt.

4 TÜRKI IM 21. JAHRHUNDERT

4.1 Politische Entwicklung

Die Türkei konnte in den letzten Jahren ihren Stellenwert in der Weltpolitik vergrößern. Durch ihre geopolitische Lage zu Zentralasien sowie auch zum Nahen Osten hat sie eine strategisch wichtige Bedeutung im Weltgeschehen. Durch ihre günstige Lage zum Mittleren Osten ist die Türkei ein besonders wertvoller Partner für die USA, welche die Türkei als Standort für Einsätze im Nahen Osten nützt und sie als islamisches Land mit demokratischen Werten als Vorbild in diesem Raum sieht. Die strategische Wichtigkeit des Landes liegt im Mittelpunkt der Gespräche zwischen den USA und der Türkei. Menschenrechtsverletzungen oder Pressefreiheitsverletzungen sind kein Thema in den Dialogen beider Länder.

Die Türkei versucht ihre Bestrebungen internationalen Status in wirtschaftlichen und politischen Belangen zu festigen. Dafür ist jedoch ein stabiles Land ohne innerstaatliche Probleme erforderlich. Die innertürkischen Probleme, wie zum Beispiel die Kurdenfrage gefährden die Entwicklungen des Landes mehr, als äußere Entwicklungen. Die Anerkennung der Identität der Kurden wäre eine Maßnahme um die Teilung der Gesellschaft aufzuheben und die Nationalitäten zu vereinen. In einer heterogenen Gesellschaft wie der türkischen müssen religiöse Minderheiten toleriert und geschützt werden. Einen kleinen Schritt in diese Richtung hat die Regierung gemacht, in dem sie der lange Zeit verbotenen kurdischen Sprache im staatlichen Fernsehen einen eigenen Sender gegeben hat.

2002 gewann die islamisch-konservative AKP die Parlamentswahlen, zunächst noch mit Ministerpräsident Abdullah Gül an der Spitze. Recep Tayyip Erdogan, der Vorsitzende der AKP, durfte zu diesem Zeitpunkt das Amt nicht antreten, da er 1998 wegen „öffentlicher Äußerung islamischer Parolen“ verurteilt worden war. Nach einer Gesetzesänderung und einer Nachwahl konnte er 2003 schließlich doch zum Ministerpräsidenten gewählt werden. Seit der Einführung des Mehrparteiensystem 1945 hatte keine andere Regierung das Land

ununterbrochen so lange regiert. Die letzten Parlamentswahlen im Jahre 2011 gewann die AKP mit einer Mehrheit von knapp 50 Prozent. Die AKP Regierung hat viele positive Entwicklungen im Land hervorgebracht, beispielsweise die Etablierung der Türkei als wichtiger Akteur im Weltgeschehen, wirtschaftlichen Aufschwung sowie das Vorantreiben der Beitrittsverhandlungen in die EU. Weitere Erfolge waren die Friedensgespräche mit PKK Führer Öcalan und der seit März 2013 anhaltenden Waffenstillstand mit der PKK.

Trotz vieler unterzeichneten Reformen, konnte allerdings die Kluft der Menschenrechts- und Pressefreiheitssituation im Vergleich zu den westlichen Bestimmungen nicht gebessert werden. Im Gegensatz zur kemalistischen Philosophie wo Säkularismus, Militär, die industrielle Elite und Medienkonzerne für die Einhaltung von Ordnung sorgten, konzentriert sich die AKP Regierung mehr auf eine unternehmerisch denkende Elite, die aus den anatolisch-ländlichen Regionen stammt und eine neue Mittelschicht bildet, sowie auf die Integration der religiösen Frömmigkeit im öffentlichen Leben. In den letzten Jahren der AKP Regierung entwickelte sich eine islamisch geprägte Mittelschicht die im Gegensatz zur Atatürks urbanen Elite und der strikten Trennung von Religion und Staat steht. Zu dieser neu entstandenen Mittelschicht gehören jene Menschen die zuvor von politischen Willensbildungen und Entwicklungen ausgeschlossen waren. In der kemalistischen Regierungsperiode waren sie an keinen Entscheidungsprozessen beteiligt. Atatürks Elite gestaltete das öffentliche Leben der Türkei nach ihrem westlichen Lebensstil und ließ auch die ethnisch nicht türkische Bevölkerung außen vor.

Durch den Demokratisierungsprozess konnte dem Militär erstmals die Wächterfunktion für Republik und Verfassung genommen werden, mit dessen Recht sie dreimal amtierende Regierungen (1960, 1971, 1980) geputscht und die Macht übernommen hatte. Somit wurden erstmals Militäraktivitäten vor Gericht verhandelt und Armeeangehörige verhaftet und verurteilt, da ihnen unter anderem der geplante Sturz der amtierenden AKP Regierung vorgeworfen wurde.

Eine weitere Demokratisierung hat die öffentliche Thematisierung des Mordes am armenischen Volk im 2. Weltkrieg erreicht- auch wenn dieses Thema stets mit Sensibilität und Vorsicht zu genießen ist.

Die Modernisierungsprozesse finden hauptsächlich in den urbanen Regionen statt. In den südlichen Regionen der Türkei, die stark bevölkerten islamisch geprägten Provinzen Anatoliens, wird zwar auch Industrie aufgebaut, allerdings erlebt diese Region den Entwicklungsprozess in verlangsamter Form. Diese Regionen leben hauptsächlich von der Landwirtschaft und nach alten Traditionen. Von der Emanzipation der Frau und dem Säkularismus sind diese Gebiete weit entfernt. „Der gesellschaftliche Einfluss des Islams ist vor allem dort groß, wo der soziale Wandel gering und die traditionellen Orientierungen vorherrschend sind, dass heißt in den ländlichen Gebieten.“ (Thomä-Venske 1981, S. 87).

Erdogan ist bemüht Medienhäuser mit seiner Politik zu verwurzeln um so kritische Äußerungen zu minimieren. Denn Kritik gegen die Regierung wird als besonders gefährlich angesehen und sofort mundtot gemacht. Somit werden Medien in ihrer Aufgabe als Wächter der Informationen behindert.

Ein Exempel der Überwachung des Staates über die Medien ist der Fall der Dogan Group, die 2008 darüber berichtete, wie deutsche Investitionen in einen Wohlfahrtsverband eigentlich der AKP Führungsspitze zugute kam. Das Jahr darauf wurde die Mediengruppe mit einer Klage wegen Steuerhinterziehung über \$2.5 Milliarden konfrontiert. Die Strafe konnte auf \$600 Million reduziert werden, nachdem der Chefredakteur der Zeitung Hürriyet ersetzt wurde und Medien verkauft wurden, beispielsweise die Tageszeitung „Milliyet“.

Viele Fernsehanstalten oder Zeitungen gehören zu großen Unternehmen im Wirtschaftssektor, die stark an Staatsverträge gebunden sind. Dieser Zustand hat einen Effekt auf die Arbeitsweise der jeweiligen Medienhäuser und führt zu Selbstzensur. Kritische Berichterstattung wird unterbunden, um Jobs, wirtschaftliche Nachteile und gute Deals nicht zu gefährden.

Spätestens seit der dritten Regierungsperiode der AKP 2011 – sie gewann die Wahlen mit knapp 50 Prozent- kam es zur Monopolisierung der Medienlandschaft. Regierungsschritte der AKP wurden deutlich autoritärer. Chefredakteure wurden ausgetauscht, kritische Journalisten entlassen, die Medienlandschaft ging auf Regierungskurs. Durch ihre absolute Mehrheit im Parlament hat die AKP in den gesetzgeberischen Gestaltungsmöglichkeiten

große Freiheiten und Entscheidungsspielraum ohne dabei die Opposition in den Entscheidungsprozess einbeziehen zu müssen – beispielsweise beim Beschluss Atomkraftwerke zu bauen. Die AKP gibt Inhalte für das Privatleben der Bevölkerung vor und schränkt dadurch die individuellen Freiheiten und den persönlichen Lebensstil der Bürger ein. Dies führt zur Legitimation von Gesetzen durch religiöse Vorschriften wie die Neuregelungen der bis dahin liberal geregelten Themenbereiche Abtreibung und Alkoholausschank. Auch im Schulsystem kommt es zu Reformen- Schüler können neben dem Pflichtfach Religion weitere drei Wahlfächer zum Thema Islam wählen. Durch diese Bestimmungen wird der gesellschaftlichen Pluralität und der individuellen Entfaltung geschadet.

Für die Zukunft plant Erdogan das Präsidentenamt einzunehmen, wofür er das politische System zur Präsidialdemokratie umstrukturieren müsste, um dadurch noch mehr Macht zu erlangen. In der Türkei existiert keine starke Gegnerschaft, weder eine oppositionelle Partei im Parlament noch ein unabhängiges Justizsystem oder eine freie Presse. Somit ist die Hälfte der Bevölkerung, die AKP gewählt hat, befriedigt. Die restliche Hälfte hat aber kein ernstzunehmendes Organ dass ihren Wünschen Gehör verleiht und an einem Mitspracherecht und Veränderungsprozess teilnehmen kann.

4.2 Wirtschaft in der Türkei

Die Türkei hat in den letzten Jahren eine enorme wirtschaftliche Entwicklung vollbracht und zählt somit heute zu den industriellen Schwellenländern. Diese Modernisierungen und wirtschaftlichen Erfolge können jedoch nicht im ganzen Land gezählt werden sondern sind sehr vielfältig gegliedert. Benachteiligung von Frauen, hohe Arbeitslosigkeit sowie verbreitetes Analphabetentum erschweren einen landesweiten wirtschaftlichen Aufschwung. Das Stadt – Land Gefälle ist in der Türkei enorm.

Die Türkei nahm im Jahr 2010 Platz 17 auf der Rangliste der größten Volkswirtschaften der Erde mit einem Sozialprodukt von 735,8 Milliarden US-Dollar ein. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt 10100 US-Dollar und macht das Land mit seinen 74 Millionen Einwohnern laut den Kriterien der Weltbank zu den Ländern der

„oberen mittleren Einkommenskategorie“. Die ersten wirtschaftlich starken Jahre im 21. Jahrhundert verhalfen der Türkei an der Globalisierung der Finanz- und Warenmärkte teilzunehmen, was einen immensen Grundstein an der weiteren positiven Entwicklung der heimischen Wirtschaft legte. Die Türkei hat es im Gegensatz zu vielen anderen Ländern geschafft, die Wirtschaftskrise 2008/2009 rasch zu überwinden. Im Jahre 2009 war das Bruttonsozialprodukt um 4,7 Prozent geschrumpft und 2010 wuchs es schon wieder um 8,9 Prozent. (vgl. Kramer 2011, S.40f.) Diese wirtschaftliche Entwicklung wird in Abbildung 2 für die Jahre 1998 – 2012 graphisch verdeutlicht.

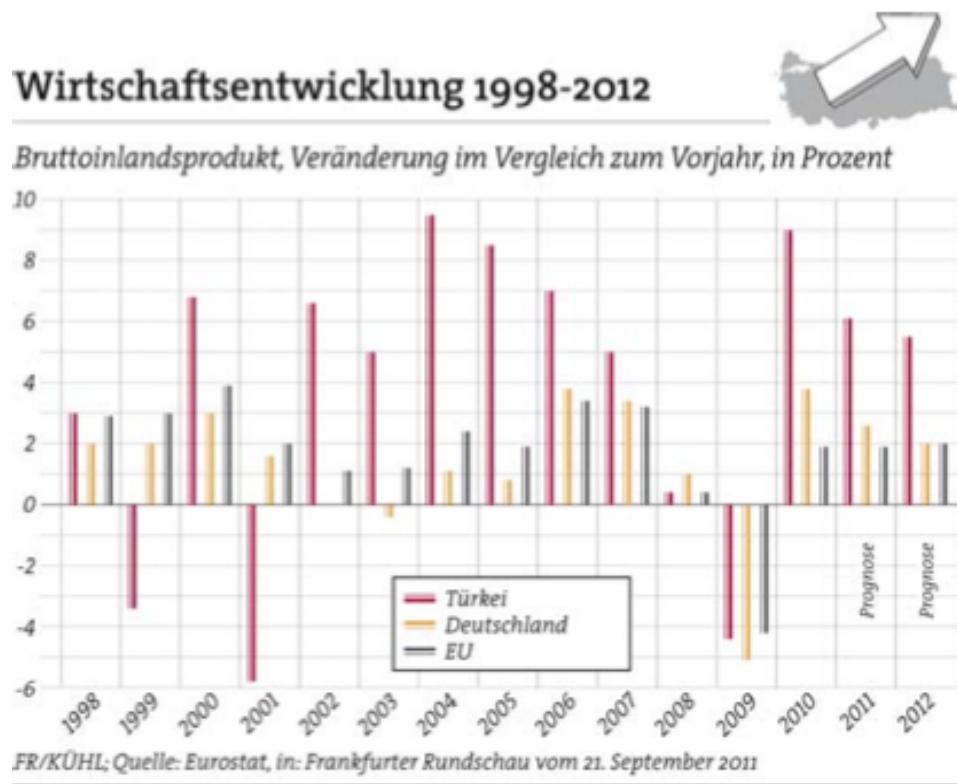


Abbildung 2: Wirtschaftsentwicklung 1998-2012; Quelle Kramer 2011, S.40

Das zuvor genannte Pro-Kopf-Einkommen wird durch die stete wachsende Wirtschaft ermöglicht. 2010 war das Einkommen dreimal so hoch wie 2002, als die AKP an die Macht kam. (vgl.ebd) Die Aufgabe der Türkei ist es den Wachstum beizubehalten, um wirtschaftliche und politische Stabilität zu gewährleisten.

Mittelmacht am Bosporus

Wirtschaftsleistung im europäischen Vergleich, 2010 (in Prozent)

	Private Konsumausgaben Veränderung zum Vorjahr*	Staatsverschuldung in % des BIP	Altersstruktur Anteil der über 64-Jährigen	Arbeitslosigkeit
Türkei	+6,8	41,2	7,0	10,7
Deutschland	+0,1	83,2	20,7	7,1
Frankreich	+1,5	81,7	16,6	9,7
Italien	+0,4	119,0	20,2	8,4
Spanien	+1,1	60,1	16,8	20,1
Eu-27	+0,7	80,2	17,4	9,6

*Inflationsbereinigt

Der Spiegel 23/2011, Quellen: Eurostat, Europäische Kommission

Abbildung 3: Mittelmacht am Bosporus; Quelle Kramer 2011, S.41

Der Außenhandel (vgl. Kramer 2011) spielt eine wesentliche Rolle im Modernisierungsprozess der türkischen Wirtschaft. Industriell angefertigte Güter bildeten mit 90 Prozent den Hauptanteil der exportierten Produkte 2010, die zu 46 Prozent in die EU-Länder gingen. In der Türkei überwiegt der Export vor dem Import, was zu einem wachsenden Handelsbilanzdefizit führt und das Land von Kapital abhängig macht. Auch hier spielt die EU eine wichtige Rolle, so stammten 2008 40 Prozent aller Importe aus der EU, also im Wert von 54,1 Milliarden Euro demnach war die Türkei das fünftgrößte Abnehmerland für die EU und an siebenter Stelle als Exportland mit 46 Milliarden Euro. Insgesamt waren das 4,1 Prozent aller EU-Exporte und 3 Prozent aller EU-Importe, somit ist die Türkei ein wichtiger Markt für die EU. Die Türkei ist auch ein interessanter Ort für Investitionen aus dem Ausland. Ende 2010 befanden sich 28.500 Firmen mit Auslandskapital in der Türkei, wovon zwei Drittel nach 2003 gegründet wurden und mehr als 4000 Unternehmen aus Deutschland stammen.

Der Tourismus spielt gesamtwirtschaftlich eine große Rolle, da die Türkei ein beliebtes Reiseziel ist. Im Jahre 2010 wurde das Land von 28,6 Millionen Touristen besucht. (vgl. Kramer 2011, S.45)

Unter der AKP Regierung werden mehrere Großprojekte in Angriff genommen, beispielsweise der Bau der dritten Bosporus Brücke in Istanbul, einem dritten Flughafen, der das größte Luftverkehrsdrehkreuz der Welt werden soll, der größten Moschee der Welt, sowie dutzenden Einkaufszentren, neben den schon bestehenden im Lande. Immer wieder kam es wegen der geplanten Bauprojekte zu Kritik, da Grünzonen vernichtet werden müssten. Die geplante Namensgebung der dritten Brücke nach Sultan Selim, der für ein Massaker an Aleviten verantwortlich war, sorgte ebenfalls für großes Aufsehen. Erdogan's Plan einer wirtschaftlichen Modernisierung und einer Stärkung des Islams führt zu Differenzen innerhalb der Bevölkerung.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die Wirtschaftsliberalisierung durch die neoliberale Marktwirtschaft und Globalisierung zu einem erfolgreichen Wirtschaftsboom führte. Es profitierten nicht nur die urbanen Zentren des Landes, sondern entstanden auch Industriegebiete in Anatolien. Erstmals ist die Rede von einer mehrheitlichen Mittelschicht in der türkischen Gesellschaft. Durch ihre wirtschaftlichen Erfolge und ihrer islamisch konservativen Regierung konnte die Türkei eine Vorbildrolle unter den islamischen Nachbarländern erlangen.

4.3 Türkei und EU

Die Türkei ist ein laizistischer demokratischer Staat, der sich stark am Westen orientiert und Beziehungen zu Europa pflegt. Als einziges Land der Erde, welches sich über zwei Kontinente erstreckt, besitzt die Türkei eine Sonderrolle. Sie ist die Brücke zwischen dem islamischen Orient und dem christlichen Westen. Durch ihre geographisch Lage und dem starken Wirtschaftswachstum ist die Türkei ein wichtiger Partner in der Weltpolitik geworden.

1999 wurde die Türkei offizieller Beitrittskandidat der EU und seit 2005 befindet sie sich in Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union. Die Türkei hat viele Rechts- und Gesetzesveränderungen durchgeführt um den Staat an westliche Standards anzupassen: Rechtlich bessere Stellung der Frau, Stärkung der Menschen- und Freiheitsrechte (Versammlungsrecht, Demonstrationsrecht). Durch die Regierung von Recep Tayyip

Erdogan kam es auch zu zahlreichen Veränderungen wie zur Abschaffung der Todesstrafe, Verbot der Folter, Verbesserungen in der Kurdenfrage durch offiziellen Gebrauch der kurdischen Sprache, Kurdisch-Unterricht an Schulen und die Berechtigung kurdischer Medien. Nichtsdestotrotz gibt es Probleme bei der praktischen Umsetzung dieser Reformen, so wie beispielsweise stets vorfallende Menschenrechtsverletzungen, die Nichtanerkennung des EU-Mitgliedes Zyperns, staatliche Interventionen in kurdische Medien bis zur Schließung dieser. Die Türkei weigert sich, das historisch bedingte Zypernproblem zu verbessern und das Abkommen über die Zollunion mit der EU auszudehnen und somit türkische Häfen und Flughäfen für zyprische Schiffe und Flugzeuge zu öffnen. Diese Handlung war die Konsequenz zur Einfrierung diverser Verhandlungskapitel zwischen der EU und der Türkei.

Das Fundament weiterer Schritte in Richtung EU sind bedeutende Veränderungen der Menschrechtssituation sowie der Minderheitenrechte in der Türkei. Unter den EU Ländern sprechen sich insbesondere Österreich, Frankreich die Niederlande und Deutschland gegen einen EU Beitritt, sind aber für anderweitig strukturierte Partnerschaften offen. Laut einer Umfrage durch das Meinungsinstitut AP-GfK vom Dezember 2011 ist 50 Prozent der türkischen Bevölkerung für einen EU Beitritt und 36 Prozent dagegen.²

Die Reaktion der Regierung und die brutale Polizeigewalt während der Gezi-Park Demonstrationen im Mai/Juni 2013 wurden von diversen EU Ländern scharf kritisiert und waren der Grund warum die Beitrittsgespräche im Sommer verschoben wurden.

Die Frage, die sich durch den kompromisslosen Führungsstils Erdogans stellt, ist, ob dieser überhaupt noch Interesse an der EU hat. Denn sein autoritärer-islamischer Führungsstil, der starke unabhängige wirtschaftliche Aufschwung und die aktuellen Reaktionen auf die Gezi-Park Proteste lassen an Bemühungen und großem Interesse an einen Beitritt in die EU zweifeln.

²THE AP-GfK POLL: TURKEY

5 DEMOKRATIE

5.1 Demokratieverständnis

Es herrscht keine allgemein akzeptierte und geltende Definition von Demokratie, sondern verschiedene Begriffserklärungen, Eingrenzungen und Spezifizierungen was unter diesem Begriff verstanden werden kann. Demokratie zeichnet sich durch die Partizipation der Bevölkerung an politischen Willensbildungen und Entscheidungsfindungen aus und optimiert dadurch die Möglichkeiten der Schulung der Staatsbürger über politisch relevante Angelegenheiten. Demokratische politische Institutionen agieren als Frühwarnsysteme wie beispielsweise bei kritischen Wahlergebnissen oder kritischen Medienberichterstattungen. Dadurch können Unzufriedenheit, Probleme und Krisen vorgebeugt beziehungsweise verbessert oder gelöst werden. Demokratie ermöglicht Transparenz des politischen Geschehens. Prozesse von Wahlen erfolgen nach strikten Regeln und ermöglichen faire Ergebnisse. Oppositionen werden ebenfalls eingebunden und bilden eine Stärke der Demokratie. Andere Meinungen werden somit gehört und akzeptiert. Jeder erwachsener Staatsbürger ist vor dem Staat gleich und kann seinen Beitrag bei der politischen Willensbildung leisten. Somit ist die Qualität einer Demokratie an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen sowie ihrem Problemlösungsvermögen zu messen. Lincoln bringt die Beschreibung von Demokratie auf den Punkt: „Government of the people, by the people and for the people“ (Schmidt 2010, S.468). Pressefreiheit und Meinungsäußerungsfreiheit sind kennzeichnende Freiheiten einer Demokratie und fundamentale Menschenrechte.

Laut Schmidt (ebd. S. 453f.) wird Demokratie mehrheitlich in den Ländern anerkannt, die vom westeuropäischen und nordamerikanischen Politik-, Rechts- und Kulturverständnisses geprägt sind. Hierbei handelt es sich um keinen Zufall, denn zu den Kulturgütern dieser Länder zählen demokratieförderliche Eigenschaften wie die Wertschätzung der individuellen Seele im Christentum, die Philosophie der Aufklärung und das Vorbild des gemeinschaftsverträglichen Staatsbürgers im germanischen und römischen Recht. Weitere demokratiefreundliche Charakteristika sind der hohe Stand wirtschaftlicher Entwicklung

und die Trennung von Staat und Kirche. Diese Merkmale sind die Basis für das Verständnis des Einzelnen und des Gesamtwohls sowie dem Band zwischen weltlichen Regierenden und Regierten. Staaten die andere Politik-, Rechts und Religionsgepflogenheiten besitzen und ausgeprägte Machtkonzentrationen mit dem Zusammenspiel von Staat und Religion aufweisen unterscheiden sich von den zuvor beschriebenen Ländern. In solchen Regionen kommt es zu einem starken Einfluss des Einzelnen in Kollektive und in Familien- und Verwandtschaftsbindungen, die über alle anderen sozialen Beziehungen vorherrschen, wodurch fast nie lang anhaltende demokratische Strukturen erzielt wurden. Derartige Staaten sind beispielsweise solche mit ausgeprägten islamisch-fundamentalistischen Strömungen, die demokratische Maßstäbe wie individualistische und säkulare Kultur, wie sie im Westen vorherrschen, ablehnen. Sie verneinen Gesellschaften, wo die göttlichen Gebote nicht mehr länger gültig sind.

5.2 Demokratie in der Türkei

Mit der Ausrufung der Republik 1923 durch Mustafa Kemal Atatürk war die Türkei bestrebt ein demokratisches Land nach westlichem Vorbild zu werden. Säkulare Reformen sollten die Religion aus dem staatlichen Bereich zurückdrängen. 1946 wurde das Mehrparteiensystem eingeführt und demokratische Wahlen wurden möglich. Schritt für Schritt versuchten diverse nachkommende Parteien, den Laizismus zurückzudrängen und islamische Werte als politische Faktoren zu nützen und in die Öffentlichkeit zu verwurzeln. In den letzten Jahrzehnten machte die Türkei zwar viele Schritte Richtung Demokratie, jedoch auch in die entgegengesetzte Richtung. Demokratisierende Reformen waren unter anderem die Gewährung diverser Menschenrechte, Überarbeitungen von Gesetzestexten nach westlichem Vorbild und die wirtschaftliche Öffnung. Die drei Putsche gegen die Regierung und die im Gesetz verankerten Schriften gegen die Meinungsäußerung sowie die stete Islamisierung des säkularen Staates Türkei waren Tatbestände die den Lauf der pluralistischen Demokratie im Land unterbinden.

Mit der Amtszeit der AKP 2002 wurde Demokratisierung versprochen und auch umgesetzt. Um die EU-Beitrittsgespräche zu beschleunigen und Bemühungen von Seiten der Türkei zu zeigen, wurden Reformen nach westlichem Vorbild eingeführt. So wurden

beispielsweise Grundfreiheiten eingeräumt, Frauen mehr Rechte zugesprochen, die verbotene kurdische Sprache erlaubt (und somit kurdische Fernsehanstalten gestattet) und auch Gesetzestexte zur Pressefreiheit novelliert. Das Militär wurde zurückgedrängt und die Wirtschaft wurde enorm angekurbelt und wuchs wie noch nie zuvor. Die Herausforderungen der neoliberalen Marktwirtschaft und der Globalisierung wurden gemeistert. Zu Beginn der Regierungsära von Erdogan kam es zu vielen Neuerungen und Bemühungen Richtung Demokratie. Nach seiner dritten Wahl 2011, die er mit einer Mehrheit von knapp 50 Prozent gewann, wurde sein Führungsstil deutlich autoritärer. Mit diesem autoritären, islamisch-konservativen Denken fühlte sich der säkular liberale Bevölkerungsanteil unverstanden und gegen den Kopf gestoßen. Die Herrschaft der alten Elite wurde durch eine neue reformierende konservative ersetzt.

Erdogans Machtgefühl nach den letzten Wahlen brachte ihn dazu die Bevölkerung nicht mehr an Entscheidungen teilnehmen zu lassen und eigenständig zu bestimmen- dazu zählen Menschenrechtsverletzungen und Einschränkungen der Press- und Redefreiheit. Journalisten wurden von Erdogan öffentlich ermahnt, zurückgewiesen und verloren auf Grund ihrer regierungskritischen Publikationen ihren Job, da sonst die Medieninhaber bei nicht Kündigung ihres Personals wirtschaftliche Nachteile genießen würden. Oft wird Journalisten auf Grund ihrer Meinungen vorgeworfen Mitglied einer Terrororganisation zu sein wodurch sie unverhältnismäßig lange in Untersuchungshaft gehalten werden oder zu langen Gefängnisstrafen verurteilt werden. Diese Tatsachen sprechen gegen eine funktionierende Demokratie, die ihr Volk daran partizipieren lässt. Durch diese intoleranten und demokratisch inadäquaten Verhaltenszüge bildete sich eine regierungsunzufrieden Bevölkerungsschicht, die durch Massenproteste und der Hilfe der alten politischen Klasse, der Justiz und der Presse 2007 versuchte die AKP zu schwächen und 2008 ein AKP-Verbot zu erzielen. Spätestens seit diesen Vorfällen herrschte eine aufgeheizte Stimmung unter den Mitbürgern, was die AKP aber nicht davon abhalten konnte die Wahlen 2011 mit knapp 50 Prozent zu gewinnen. Die Bevölkerungsunterschiede werden durch solche Entwicklungen sichtbar. Hier prallen säkulare westliche Demokratiedenken gegen autoritär-konservative Demokratievorstellungen. Die AKP hat nicht den Spagat innerhalb seiner gespaltenen

Bevölkerung im türkischen Staat geschafft – traditionell-konservative und säkular-liberale Bevölkerungsteile stehen seit Republikgründung im Konflikt.

6 Informationsfunktion der Medien

Die Aufgabe der Medien ist es die Öffentlichkeit über aktuelle Geschehnisse objektiv zu informieren. Durch diesen Informationstransfer können sich Bürger zu unterschiedlichen Themen ihre eigene Meinung bilden. Politiker nützen diesen Raum um ihre Standpunkte dem Publikum näher zu bringen und sie von diesen zu überzeugen. Meinungsvielfalt spielt dabei eine wesentliche Rolle. In demokratischen Regierungen hat jeder Politiker das Recht seine Meinung durch die Medien zu veröffentlichen. Die geschaffene Öffentlichkeit soll dabei Rezipienten helfen ein transparentes Bild von der Politik zu bekommen. Medien sind dabei die Vermittlungswerzeuge der Kommunikation auf unterschiedlichen Ebenen. Diese Ebenen sind von technischen Mitteln abhängig, durch diese die Streuung von Informationen und die Beeinflussung der Rezipienten ermöglicht wird. Die Infrastruktur ist im 21. Jahrhundert so weit ausgebaut dass Journalisten ihren Aufgaben auf verschiedenen Kanälen nachgehen können (Print, TV, Radio, Internet). Durch die unzensierte Ausübung der Pressefreiheit kann auf den Grad der Demokratie eines Landes geschlossen werden. Die große Anzahl an Kommunikationskanälen und die technischen Beschaffenheiten erschweren Staaten die Zensur von Informationsverbreitung nicht regierungskonformen Meldungen.

Der Meinungpluralismus muss in Demokratien garantiert sein. Jede Meinung ist gleich viel wert und hat das Recht von jedem gehört zu werden. Meinungen dürfen nicht unterdrückt und von der Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Eine Gesellschaft die Meinungsvielfalt gewährleistet, muss jedem Politiker die Möglichkeit geben seine Ideen der Wählerschaft durch Medien zu präsentieren. Eine pluralistische Gesellschaft muss aus einem vielfältigen Angebot von unterschiedlichen Medien und Kommunikationskanälen bestehen um Politikern die Chance zu geben die Öffentlichkeit zu erreichen. Diese Bedingungen müssen erfüllt sein um Gegenstimmen zuzulassen und der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben sich eine freie, ungezwungene Meinung zu bilden. (vgl. Rager/Weber, 1992 S.8)

Medien nehmen die Kritik- und Kontrollrolle ein und können dadurch die öffentliche Meinung beeinflussen, weshalb sie oft als „vierte Gewalt“ bezeichnet werden. Diese Macht ist mit viel Verantwortung und Professionalität verbunden. Der Journalist muss stets auf Objektivität und Ethik achten und darf nicht nur seine eigenen politischen Meinungen in seinen Berichten darstellen. (vgl. Karmasin 1993, S.468f.)

Eine Expertenrunde der EU-Kommission beschrieb 2000 freie Kommunikationsmedien und ihre Aufgaben in einer demokratischen Gesellschaft mit folgenden Worten:

„Es (kann) keine moderne demokratische Gesellschaft geben ohne Kommunikationsmedien, die 1. Allgemein verfügbar und zugänglich sind; 2. Das pluralistische Wesen der Gesellschaft widerspiegeln und nicht durch eine Meinung dominiert oder eine Interessensgruppe kontrolliert werden; 3. Den Bürgern die notwendigen Informationen übermitteln, damit sie mit Sachkenntnis die für ihr Leben und ihre Gemeinschaft wichtigen Entscheidungen treffen können; 4. Die Mittel für die öffentliche Debatte (...) bereitstellen, was bedeutet, dass der Markt nicht zwangsläufig entscheidend ist. Eine Gesellschaft die den Zugang zu Informationen oder die Meinungsfreiheit einer kleinen privilegierten Gruppe vorbehält, kann für sich nicht mehr den Anspruch nehmen, demokratisch zu sein.“ (Oreja/Hochrangige Gruppe für Audiovisuelle Politik 2000, S.3 In Michael Haller, 2003, S.13f.)

Journalisten sind neben den Medien die Hauptakteure der Übermittlung von Informationen an die Öffentlichkeit. Die professionellen Aufgaben dieses Berufs beruhen auf ihrer Beobachterrolle, Selektivität, Unabhängigkeit und Prüfung der zu veröffentlichten Informationen. Des Weiteren muss stets die Trennung von Nachricht und Meinung und die Quellentransparenz beachtet werden. All diese zu Beachtenden Richtlinien machen die interkulturelle Kulturleistung des Informationsjournalismus aus. Diese Kriterien des professionellen Informationsjournalismus sind weltweit anerkannt und in dutzenden Staaten in Verhaltenskodizes festgehalten (vgl. Haller, 2003)

In einem demokratischen Staat besitzt das Individuum das Recht sich aus allen verfügbaren Quellen ungehindert zu informieren und dadurch seine Meinung zu bilden. Informations- und Meinungsfreiheit sind Basis einer aufgeklärten demokratischen Öffentlichkeit. Die richtige Umsetzung der Informationsfunktion durch publizistische Medien erfordert nach Wildenmann und Kaltefleiter (1965) die Berücksichtigung von drei

Prinzipien: Vollständigkeit, Verständlichkeit und Objektivität. Vollständigkeit wird dadurch erreicht, dass die Bevölkerung einen gleichberechtigten Zugang zu Medien hat. Dieser Zustand ist durch die Fülle von neuen Medien heutzutage schwerer erreichbar, als zu Zeiten wo zu Massenmedien nur eine Hand voll Medien zählten. Verständlichkeit ist gegeben wenn die Rezipienten die Informationen in einen Kontext einordnen können, und somit Zusammenhänge verstehen. Hintergrundinformationen und verdeutlichende Erklärungen sind dafür sehr hilfreich. Die Objektivität wird gewährleistet, in dem die Berichterstattung ohne persönliche (parteiliche) Meinung publiziert wird, sondern rein auf Fakten beruht. Nur so können Rezipienten eine vorurteilsfreie, objektive Meinung bilden. Medien besitzen als „vierte Gewalt“ eine immer wichtiger werdende Rolle im Staat.

Meinungsfreiheit ist nicht Privatsache eines Staates, wenn dieser Mitglied von Organisationen ist, die für die Gewährleistung von Meinungsäußerungsfreiheit stehen. Die Türkei ist Mitglied vieler internationalen Abkommen wie beispielsweise der Vereinten Nationen (UNO), der NATO und dem Europarat (ER). Des Weiteren hat sie diverse internationale Erklärungen unterschrieben, die jedoch mit keinen rechtlichen Verbindlichkeiten verbunden sind. Die Türkei hat sich durch den Beitritt in Organisationen zu gemeinsamen Werten verpflichtet, und somit die Aufgabe auf die Einhaltung dieser Werte zu achten. Diese Werte sind essentielle Bestandteile einer gut funktionierenden demokratischen Gesellschaft. Trotzdem verstößt die Türkei immer wieder gegen die Grund- und Menschenrechte der EMRK (Art.10 Schutz des Menschenrechtes Meinungsfreiheit) und schränkt freie Meinungsäußerungen in Art.13 der Verfassung ein, indem sie Menschen, die kritisch Bericht erstatten, strafrechtlich verfolgt. Weitere türkische Gesetze wie das „Antiterrorgesetz“, die es rechtfertigen kritische Meinungen zu unterbinden, weil sie die Sicherheit der Nation gefährden, stehen im Widerspruch zu den Artikeln der EMRK. Die vagen Formulierungen der Gesetze werden gegen die Pressefreiheit verwendet und führen zu Restriktionen der Medien, was gegen eine demokratische Gesellschaftsordnung spricht. Die damit verbundenen hohen Gefängnisstrafen führen zu Selbstzensur; Journalisten haben Angst als Terroristen, Verschwörer oder Propagandisten tituliert zu werden.

Türkische Medien, als Teil der Massenmedien, können ihrer Aufgabe die Gesellschaft zu informieren und am Meinungsbildungsprozess teilzunehmen kaum nachgehen.

Investigative Untersuchungen von Gerichten oder der Legislative sind selten möglich. Das System Massenmedien wird gestört durch die Systeme Politik und Wirtschaft.

Die türkische Medienkultur ist stark von Meinung und Subjektivität geprägt. "Sag mir, welche Zeitung du liest, und ich sage dir, wer du bist", heißt es im türkischen Volksmund.³ Denn eine Zeitung in der Türkei ist mehr als nur ein Informationsmedium, sie steht für eine Einstellung, die der Leser vertritt. Die Zeitung „Cumhuriyet“ gilt als radikal kemalistisch, „Yeni Safak“ Leser als religiös-konservativ oder „Tara“ Leser als liberal-links. Zeitungen dienen in der Türkei als politisches Sprachrohr, in denen es oft zu keiner Trennung von Nachricht und Meinung kommt. Der Meinungsjournalismus dominiert stark die türkische Medienkultur, insbesondere durch den Kult der Kolumnisten, die Zeitungen prägen. Die Zeitung ist ein Politikum und kann somit nicht immer ihrer Aufgabe als neutrale Informationsvermittlerin nachgehen. (vgl. ebd.) Basierend auf diesem Wissen ist es sehr schwierig die oben angeführten Prinzipien von Wildenmann und Kaltefleiter in der türkischen Medienlandschaft zu finden.

³ <http://www.zeit.de/digital/internet/2013-06/tuerkei-proteste-internet-twitter/seite-2>

7 Presse-und Meinungsfreiheit

Der Wunsch nach freier Presse-und Meinungsfreiheit bestand schon Jahrhunderte bevor diese schriftlich festgehalten und umgesetzt wurde. Diese zwei Begriffe mussten einen langen Entwicklungsweg gehen, bis sie ihren heutigen Stellenwert in der Demokratie erhalten konnten. In der westlichen Welt ist das Recht nach freier Meinungsäußerung in der Verfassung verankert. Zwei Revolutionen waren maßgeblich an der Umsetzung der Pressefreiheit beteiligt. Den Beginn machte die Amerikanische Revolution, die 1776 zum ersten Mal die Pressefreiheit als unveräußerliches Menschenrecht deklarierte. 1789 wurde die Pressefreiheit in die „Bill of Rights“ in die neu gegründete USA aufgenommen. Das amerikanische Recht schützt mit ihrem Artikel 1 des amerikanischen Staatsgrundgesetzes die Meinungsfreiheit („freedom of speech“). (vgl. Aktuna, 1996 S.11)

Die französische Revolution prägte das Europa des 18. Jahrhunderts, in dem es das Recht der Verbreitung der eigenen Meinung in den Mittelpunkt stellte und es daraus resultierend zu gesellschaftlichen und politischen Veränderungen kam. In der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, die 1789 entworfen wurde, wird in Artikel 11 das Recht der freien Meinungsäußerung wie folgt beschrieben:

„Die freie Äußerung von Gedanken und Meinungen ist eines der kostbarsten Menschenrechte: Jeder Bürger kann also frei reden, schreiben und drucken, vorbehaltlich seiner Verantwortlichkeit für den Missbrauch dieser Freiheit in den durch das Gesetz bestimmten Fällen.“⁴

Menschenrechte und Demokratie waren durch die festgeschriebenen Menschen- und Bürgerrechte gesichert. In Österreich wurde die Pressefreiheit offiziell in der Märzrevolution 1848 erlangt. Trotzdem wurde die Presse stark durch den Staat kontrolliert und censiert. Dieser Zustand verschlechterte sich im ersten und zweiten Weltkrieg enorm- oppositionelle Meinungen waren nicht gestattet. Die Presse wurde im zweiten Weltkrieg durch Hitler als Propagandamittel verwendet. Nach Ende des Krieges wurde die Meinungsäußerungs- und Pressefreiheit in Österreich in der Verfassung verankert.

⁴ <http://www.verfassungen.eu/f/ferklaerung89.htm>

Die Demokratie ist die Regierungsform in der sich die eigene und freie Meinung aller Bürger verwirklichen kann. Vice versa kann sich die Demokratie nur weiter entwickeln, solange die Meinungsfreiheit vom Staat und seinen Bürgern für wichtig erachtet wird. In totalitären Regimen ist dies nicht möglich. Die Meinungsfreiheit des einzelnen Bürgers ist das Fundament jeder demokratischen Volksregierung, indessen totalitäre Regierungen ohne diese existieren. Die Gesetze, die diese Grundfreiheiten sicherstellen oder begrenzen charakterisieren das politische System des jeweiligen Landes.

„Nur die Pressefreiheit garantiert die Verbreitung von unzensierten Nachrichten. Eine informierte Gesellschaft ist nur dann möglich, wenn die Medien frei agieren können und freie Meinungsäußerung in ihnen erlaubt ist. Verschiedene politische Systeme interpretieren den Begriff Pressefreiheit unterschiedlich und sichern sich durch Gesetze ab. Inwieweit dann Zensur besteht, bleibt dahingestellt.“ (Aktuna, 1996 S.14)

Weltweit anerkannte Definitionen der unterschiedlichen Kommunikationsfreiheiten wie beispielsweise der Presse-, Gedanken-, Rede-, Informations- und Herausgabefreiheit gibt es nicht. (Breunig 1994, S.12 In Haller/Klein 2003, S. 181) Allerdings gibt es Übereinstimmungen was Kommunikationsfreiheiten sind. Die Meinungsfreiheit ist in westlichen Rechtssystemen als Maßstab jedes demokratischen Rechtsstaates verankert und dadurch in vielen weltweit angesehenen und verpflichtenden Deklarationen angeführt. Die Vereinten Nationen sichern die Meinungsfreiheit in Artikel 19 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ aus dem Jahre 1948.

„Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“⁵

Diese Erklärung hat nur politisch-moralische, jedoch keine rechtsverbindliche Wirkung. Aus diesem Grund initiierten die Vereinten Nationen im Jahre 1966 die Verabschiedungen von zwei Menschenrechtspaketen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie über bürgerliche und politische Rechte, die von der Mehrheit der Mitglieder ratifiziert wurden. Gemeinsam mit der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ bilden diese

⁵ <http://www.unesco.de/pressefreiheit.html>

zwei Pakete die „Internationale Charta der Menschenrechte“. In Artikel 19 der internationalen Charta der Menschenrechte heißt es:

- (1) Jedermann hat das Recht auf unbefinderte Meinungsfreiheit.
- (2) Jedermann hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut jeder Art in Wort, Schrift oder Druck, durch Kunstwerke oder andere Mittel eigener Wahl sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben.
- (3) Die Ausübung der in Absatz 2 vorgesehenen Rechte ist mit besonderen Pflichten und einer besonderen Verantwortung verbunden. Sie kann daher bestimmten, gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die erforderlich sind
 - a) für die Achtung der Rechte oder des Rufes anderer;
 - b) für den Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung (ordre public), der Volksgesundheit oder der öffentlichen Sittlichkeit.⁶

Eine weitere Organisation die sich um die Einhaltung der Kommunikationsfreiheiten kümmert, ist die 1945 gegründete UNESCO, die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, die 195 Mitgliedstaaten zählt. Zu den vier Aufgabenbereichen der UNESCO gehören Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation. Im Jahre 1978 verabschiedete die UNESCO eine Mediendeklaration in der Artikel 2, Absatz 1 und 2 lauten:

„(1) Die Ausübung der Meinungs-, Meinungsäußerungs- und Informationsfreiheit, die als Bestandteil der Menschenrechte und Grundfreiheiten anerkannt ist, stellt einen wesentlichen Faktor bei der Stärkung des Friedens und der internationalen Verständigung dar.

(2) Der Zugang der Allgemeinheit zu Informationen soll durch die Vielfalt der ihr zur Verfügung stehenden Informationsquellen und -mittel gewährleistet werden um so jedem einzelnen die Überprüfung der Richtigkeit von Tatsachen sowie die objektive Bewertung von Ereignissen zu ermöglichen. Dazu müssen Journalisten das Recht zur freien Berichterstattung und weitest möglichen Zugang zu Informationen haben. Ebenso ist es wichtig, daß die Massenmedien auf die Anliegen von Völkern und Einzelpersonen eingehen, um so die Allgemeinheit stärker an der Ausarbeitung von Informationen zu beteiligen.“⁷

⁶ <http://www.humanrights.ch/de/Instrumente/UNO-Abkommen/Pakt-II/index.html>

⁷ http://www.friedenspaedagogik.de/themen/medien_gewalt_in_medien/verhaltensgrundsaetze/unesco_mediendeklaration

Die UNESCO fördert die Meinungs- und Pressefreiheit weltweit und unterstützt den Aufbau unabhängiger, pluralistischer und freier Medienlandschaften. Die Organisation hilft besonders Medien in Krisen- und Konfliktregionen Prozesse der Demokratisierung, Friedenssicherung und Konfliktlösung auszuprägen. Sowohl die Ausbildung als auch der Schutz von Journalisten befindet sich in den Aufgabenbereichen der UNESCO.⁸

Für alle Mitglieder des Europarats ist Artikel 10 „Freiheit der Meinungsäußerung“ der Europäischen Menschenrechtskonvention aus dem Jahre 1950 gültig.

„Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Dieser Artikel hindert die Staaten nicht, für Hörfunk-, Fernseh- oder Kinounternehmen eine Genehmigung vorzuschreiben.“⁹

Jedoch ist dieses Recht durch Artikel 10 Absatz 2 beschränkt.

„Die Ausübung dieser Freiheiten ist mit Pflichten und Verantwortung verbunden; sie kann daher Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafandrohungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale Sicherheit, die territoriale Unversehrtheit oder die öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral, zum Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer, zur Verhinderung der Verbreitung vertraulicher Informationen oder zur Wahrung der Autorität und der Unparteilichkeit der Rechtsprechung.“¹⁰

Die Restriktion der Meinungsfreiheit kann in formaler oder inhaltlicher Art stattfinden. Es darf aber weder der Grundgedanke der Meinung, noch die Möglichkeit der Vermittlung verboten werden. Verschiedene Rechtssysteme besitzen jedoch vage Formulierungen wodurch Beschränkungen stattfinden können. Nach Professor Ersan Illal sind das folgende (Illal In Aktuna, 1996, S.11f.):

- Unzüchtige Schriften und Darstellungen
- Stellungnahmen über die nationale Sicherheit

⁸ vgl. <http://www.unesco.de/pressefreiheit.html>

⁹ <http://dejure.org/gesetze/MRK/10.html>

¹⁰ ebd.

- Äußerungen die den Schutz des Privatlebens umgehen
- Äußerungen die die Funktion der Exekutive verhindern
- Üble Nachrede und Verleumdung

In Artikel 11 der „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“, die im Jahre 2000 verabschiedet wurde, wird ebenfalls die Meinungsäußerung und Informationsfreiheit gesichert.

„Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet.“¹¹

Die Festschreibung von Meinungsfreiheit darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss dementsprechend in der Realität umgesetzt werden. Der Staat muss auf die Wahrung und Umsetzung achten und darf von keinen politischen Autoritäten abhängig sein. Der Schutz der Meinungsfreiheit ist in der Türkei zwar im Staatsgrundgesetz schriftlich festgesetzt, wird jedoch praktisch nicht umgesetzt.

Pressefreiheit genießt in westlichen Staaten einen hohen Stellenwert als unverzichtbarer Grundsatz der Demokratie, während in Entwicklungsländern und Diktaturen diese komplett ausgeblendet wird. Je nach politischem System wird Meinungsfreiheit und die daraus resultierende Pressefreiheit unterschiedlich ausgelegt und durch eigene Gesetze gesichert.

Pressefreiheit ist ein elementares Menschenrecht, in dem die Medien als „vierte Gewalt“ die Aufgabe haben, die Gesellschaft zu informieren und aufzuklären. Nur durch eine informierte und kritische Gesellschaft können Missstände aufgezeigt und Lösungen gefunden werden. Die Massenmedien können dieser Informationspflicht nicht nachgehen, wenn sie von Gesetzen unterbunden wird. In einem demokratischen Staat ist Meinungs- und Pressefreiheit Basis für die Ausübung eines qualitativen Journalismus. Die Angst vor strafrechtlichen Verfolgungen bei der Äußerung seiner Meinung ist mit keinem

¹¹ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

demokratischen Verständnis vereinbar. Erst wenn die Medien die Regierung (ohne Angst) kritisieren können, kann von einem freien Mediensystem gesprochen werden.

Im Gegensatz dazu werden in nichtdemokratischen Staaten festgelegte Inhalte formuliert und publiziert, die sich im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften bewegen. Die Presse kann ihrer Aufgabe als neutraler Nachrichtenvermittler nicht nachgehen, da sie keine Kritik ausüben kann. Bei Nichterfüllung sind Sanktionen vorprogrammiert. Schlussfolgernd ist durch einseitige Informierung der Gesellschaft kein öffentlicher Diskurs möglich.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es weltweite Konventionen gibt, welche die Presse- und Meinungsfreiheit schriftlich garantieren. Obwohl die Mitgliedstaaten durch die Ratifizierung dieser Konventionen ihr Zusage geben, diese Freiheiten zu wahren, bleibt es jedem Staat selbst überlassen, ob und wie diese gewährt werden, da diese keine rechtlichen Verpflichtungen besitzen.

7.1 Presse-und Meinungsfreiheit in der Türkei

Die Presse- und Meinungsfreiheit ist so wie in allen Verfassungsrechten auch in der türkischen Verfassung verankert. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese auch entsprechend umgesetzt werden. 1961 wurde das Grundrecht der Pressefreiheit erstmals im Staatsgrundgesetz definiert. Durch den Militärputsch 1980 kam es 1982 zu einer Änderung der Verfassung und dadurch zu Veränderungen in der Ausübung von Meinungs- und Pressefreiheit. Durch die neue Verfassung wurden diese Rechte zum Schutz des Staates stark eingeschränkt und durch neue Gesetze ersetzt. Es wurden zwar Meinungs- und Pressefreiheit in den Artikeln 25, 26 und 28 eingeräumt jedoch gleichzeitig in den nächsten Absätzen, in der Präambel und in Art. 13 beziehungsweise 14 wieder eingeschränkt. Diese repressive Philosophie wurde durch das Ausnahmestandsgesetz (1997), das Zensur- und Deportationsdekret (1990) und das Antiterrorgesetz (1991) verschärft. Das Ausnahmestandsgesetz ermöglicht dem Staat, sich vor dem Individuum zu schützen und den Ausnahmestandsgerichten alle Rechte und Freiheiten aufzuheben. Im Antiterrorgesetz werden die Begriffe „Terror“ und „Propaganda“ so breit und ungenau beschrieben, dass dadurch viele Aktivitäten die nicht „staatskonform“ sind unter diese

Begriffe fallen. Laut dem Pressegesetz, das 1983 verabschiedet wurde, dürfen Behörden zwar den Nachrichtenaustausch nicht verhindert, jedoch müssen Genehmigungen für die Publikation, beziehungsweise Ausstrahlung, eingeholt werden. Nachrichten werden vor ihrer Veröffentlichung auf Verfassungswidrigkeit geprüft, was einer Zensur gleich kommt. Die Verfassung von 1982 beinhaltet über 150 Artikel, die Gedanken- und Pressefreiheit einschränken. (vgl. Ates 2001, S.16f; Aktuna 1996).

Die Verfassung erlaubt der Legislative Eingriffe in die Grundrechte und Grundfreiheiten wie die Durchsuchung von Personen, privater Papiere und Gegenstände (Artikel 20), sowie Hausdurchsuchungen und die Beschlagnahme von Gegenständen (Artikel 21). Die Kommunikation kann behindert werden (Artikel 22) und die Meinungsäußerungen unterbunden und schriftliches Material eingesammelt werden (Artikel 26, Abs.3). Der Legislative ist es ebenfalls erlaubt Organisationen zu schließen (Artikel 33, Abs.6) (vgl. Ates 2001, S.39). Durch diese verfassungslegitimen Verordnungen kann die Meinungs- und Pressefreiheit von Grund auf staatlich behindert und unterdrückt werden.

Die türkische Verfassung aus dem Jahre 1982 gewährleistet Freiheiten in diversen Artikeln unter anderem in Artikel 25: „Jedermann besitzt Gedanken- und Überzeugungsfreiheit“; in Artikel 26: „Gedankenäußerung und Verbreitungsfreiheit“; in Artikel 27: „Das Recht auf Erlernen und Lehren, öffentlich Mitteilungen zu verbreiten“; in Artikel 28: „die Presse ist frei, sie darf nicht censiert werden.“ Diese Rechte verlieren jedoch ihre Geltung, wenn es um die „unteilbare Einheit des Landes“ geht. Das 1991 verabschiedete „Antiterrorgesetz“, welches „Terror“ als weit ausdehbaren, undefinierten Terminus im Raum stehen lässt, ermöglicht vieles unter diesen Begriff zu subsumieren und dadurch die Meinungs- und Pressefreiheit einzuschränken. Das „Antiterrorgesetz“ behindert die Ausübung einer freien, demokratischen türkischen Medienlandschaft. Die Abschaffung dieses Gesetzes wäre ein Schritt in einen westlichen Demokratisierungsprozess. Dadurch wäre es Journalisten und Autoren möglich über Tabuthemen zu berichten und die Gesellschaft vielschichtig zu informieren. Zu den Tabuthemen zählen der Völkermord an den Armeniern im ersten Weltkrieg oder auch die Berichterstattung über Kurden auf kurdisch. (vgl. Ates, 2001, S.195)

Die Novellierung des Antiterrorgesetzes im Frühjahr 2013 brachte praktisch keine Veränderungen. Es unterscheidet nun zwischen der Mitgliedschaft und der Propaganda für eine sogenannte Terrororganisation. Personen sind zwar immer noch strafbar, wenn sie Schriften von nicht gestatteten Organisationen in Umlauf bringen, doch werden diese nicht mehr als Mitglied einer Terrororganisation angesehen und somit nicht nach diesem Delikt bestraft. Die Beteiligung an Treffen von illegalen Organisationen wird auch nicht mehr strafrechtlich verfolgt, sondern gilt nur mehr für Personen, die unmittelbar Gewalt anstiften. Die vagen Formulierungen und die Möglichkeit dadurch Kritik einzudämmen und Menschen ins Gefängnis zu bringen, bleiben jedoch erhalten. Durch das neue Gesetz werden kaum die kurdischen Aktivisten und Journalisten, die durch ihre prokurdische Meinung mit der PKK in Zusammenhang gebracht werden, freigelassen.

Der türkische Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk hat in seinem preisgekrönten Buch „Schnee“ die unterschiedlichen Facetten der politischen Türkei beschrieben und die kontroversen zwischen islamischem Staat und Säkularismus aufgezeigt. Dieser Roman wurde zu Beginn der Publikation in der Türkei verboten. Pamuk ist auf Grund seiner scharfen Kritik und der Thematisierung des Völkermordes an den Armeniern immer wieder mit Beleidigungen und Morddrohungen konfrontiert und wurde auch wegen Verstoß gegen Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches, der sogenannten „öffentlichen Herabsetzung des Türkentums“ angeklagt, wofür ihm bis zu fünf Jahre Gefängnisstrafe drohten. Diese Anklage wurde jedoch fallengelassen. Nach dem Mord an Hrant Dink (2007) fühlte sich Pamuk noch unsicherer in der Türkei und lebt seit jeher in den USA.

Der weltbekannte türkische Pianist und Komponist Fazil Say wurde aufgrund seiner privaten Äußerungen zu Religion und Laizismus vom Staat angeklagt. Der bekennende Atheist hatte im April 2012 via Twitter den mittelalterlichen persischen Dichter Omar Khayyam zitiert: „Du behauptest, durch die Bäche wird Wein fließen- ist das Paradies etwa eine Schänke? Du sagst, jeder Gläubige wird zwei Jungfrauen bekommen- ist das Paradies etwa ein Bordell?“¹² Des Weiteren hatte er sich über einen Muezzin lustig gemacht, der das Abendgebet besonders schnell vorgetragen haben soll: „Der Muezzin

¹² <http://www.sueddeutsche.de/kultur/tuerkei-klagt-pianisten-an-einer-der-sein-land-erraeet-1.1374266>

trägt seinen Aufruf zum Abendgebt in 22 Sekunden vor. Prestissimo con fuoco!! Warum so eilig? Eine Geliebte? Der Raki-Tisch?“.¹³ Der Starpianist wurde wegen dieser Aussagen, die als Verunglimpfung religiöser Werte gesehen werden, angeklagt. Bei einer Verurteilung drohten ihm bis zu 18 Monate Haft. Im April 2013 wurde Say wegen Blasphemie zu zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Die öffentliche Empörung und das Urteil auf Grund islamkritischer Aussagen sind ein Angriff auf demokratische Grundwerte und spielen in keiner Weise die Rechte auf Meinungsfreiheit eines laizistischen Staates wider.

Die Türkei ist Mitglied vieler internationaler Organisationen und hat sich durch ihre Unterschrift für den Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit verpflichtet. Zu diesen Konventionen zählen unter anderem die allgemeine Menschenrechtserklärung der Organisation der Vereinten Nationen von 1948, die Mediendeklaration der UNESCO von 1978, die europäische Menschenrechtskonvention des Europarats von 1949, dem Pakt der UNO über bürgerliche und politische Rechte aus dem Jahre 1966 und viele andere Konventionen.

7.1.1 Einschränkung durch Gesetze

7.1.1.1 Das Antiterrorgesetz

Durch diverse Gesetzesartikel wird deutlich, dass das türkische Demokratieverständnis nicht mit dem europäischen beziehungsweise westlichen vergleichbar ist. Viele Gesetze sind sehr vage und repressiv formuliert, wodurch der Interpretationsspielraum, um Journalisten strafrechtlich zu verfolgen, sehr groß ist.

Das am 12. April 1991 erlassene Gesetz Nr. 3713, das „Gesetz zur Bekämpfung von Terror“, ist das bekannteste Gesetz zur Unterbindung von Kritik. Artikel 1 des Antiterrorgesetzes, definiert Terrorismus folgendermaßen:

¹³ ebd.

- (1) „Terrorism is any kind of act done by one or more persons belonging to an organization with the aim of changing the characteristics of the Republic as specified in the Constitution, its political, legal, social, secular and economic system, damaging the indivisible unity of the State with its territory and nation, endangering the existence of the Turkish State and Republic, weakening or destroying or seizing the authority of the State, eliminating fundamental rights and freedoms, or damaging the internal and external security of the State, public order or general health by means of pressure, force and violence, terror, intimidation, oppression or threat.“
- (2) An organization for the purposes of this Law is constituted by two or more persons coming together for a common purpose.
- (3) The term "organization" also includes formations, associations, armed associations, gangs or armed gangs as described in the Turkish Penal Code and in the provisions of special laws.¹⁴

Artikel 2, beschreibt terroristische Täter wie folgt:

- (1) Any member of an organization, founded to attain the aims defined in Article 1, who commits a crime in furtherance of these aims, individually or in concert with others, or any member of such an organization, even if he does not commit such a crime, shall be deemed to be a terrorist offender.
- (2) Persons who are not members of a terrorist organization, but commit a crime in the name of the organization, are also deemed to be terrorist offenders and shall be subject to the same punishment as members of such organizations.¹⁵

Wer im Namen einer terroristischen Organisation Straftaten begeht, ohne Mitglied dieser Organisation zu sein, macht sich ebenfalls des Terrorismus schuldig und wird wie ein Organisationsmitglied bestraft. Das Verbot „making propaganda for a terrorist organisation“ schränkt die Medienfreiheit am meisten ein. Dieser Artikel wird oft gegen Journalisten der einzige kurdisch-sprachigen Zeitung in der Türkei „Azadiya Welat“ angewendet, oder gegen besonders linke Journalisten, die sich kritisch gegenüber der Regierung äußern oder Demonstrationen verkündigen. Auch ist die Beschuldigung der terroristischen Organisation „Ergenekon“ angehörig zu sein, ein häufiger Grund um Journalisten zu inhaftieren.

Die in Artikel 6 beschriebenen Verbote führen zu einem bis drei Jahre Gefängnisaufenthalt und behindert besonders die Ausführung der Aufgabe von Journalisten, nämlich die

¹⁴ United Nations Office on Drugs and Crime, Anti-Terror Law

¹⁵ ebd.

Öffentlichkeit mit allen Informationen die ihnen zu Verfügung stehen bestmöglich zu informieren¹⁶:

- (1) „Those who announce that the crimes of a terrorist organization are aimed at certain persons, whether or not such persons are named, or who disclose or publish the identity of officials on anti-terrorist duties, or who identify such persons as targets shall be punished with a fine of between 5 and 10 million Turkish liras.“
- (2) „Those who print or publish leaflets and declarations of terrorist organisations shall be punished with a fine of between 5 and 10 million Turkish liras.“
- (4) „If any of the offences defined above are committed by periodicals as described in Article 3 of Press Law No. 5680 their publishers shall be punished additionally by the imposition of fines as follows: for periodicals published at less than monthly intervals the fine shall be 90 per cent of the average real sales of the previous month, for periodicals issued monthly or at longer intervals the fine shall be 90 per cent of the real sales of the previous issue; for printed works that are not periodicals or periodicals which have just entered the market the fine shall be 90 per cent of the monthly sales of the best selling daily periodical. In any case the fine shall not be less than 50 million Turkish liras. Editors in charge of such periodicals shall be punished with half the sentences imposed on their publishers.“

Betrachtet man Artikel 6, wird deutlich, wie die Arbeitsweise der Journalisten unterdrückt wird und sie durch die enorm hohen Strafen zur Selbstzensur gezwungen werden. Die zu zahlenden Summen sind horrend und das Verbot über Personen, die zu illegalen Organisationen gehören könnten, zu schreiben, erlaubt es Journalisten und Medien nicht die Öffentlichkeit vollständig zu informieren. Dieses dehnbar formulierte Gesetz dient unter anderem dem Kampf gegen linke Blätter, die verstärkt die Kurdenproblematik des Landes thematisieren.

Der Artikel 7 verurteilt Personen die „Propaganda für eine terroristische Organisation machen“ zu einem bis fünf Jahre Gefängnis.

Artikel 6 und 7 wurden vom europäischen Gerichtshof als Restriktion der Pressefreiheit angesehen und als Verstoß des Artikels 10 der europäischen Menschenrechtskonvention, die von der Türkei unterzeichnet wurden.

¹⁶ ebd.

Die am 24.01.2013 veröffentlichte Statistik für die eingegangenen Beschwerden beim EGMR aus dem Jahr 2012 zeigt, dass sich nach Russland (28.600 Klagen) die Türkei mit 16.900 Klagen auf Platz zwei befand, gefolgt von Italien (14.200) und der Ukraine (10.450).¹⁷ Diese Zahlen zeigen, dass es beim EU-Anwärter noch enorm viel Verbesserungspotential in der Einhaltung und Umsetzung von Menschenrechten gibt.

2010 wurden laut der türkischen Nachrichtenagentur Human Rights News „Bianet“ 33 Personen wegen dem Antiterrorgesetz auf insgesamt 365 Jahre und drei Monate Gefängnis verurteilt.¹⁸

7.1.1.2 Weitere einschränkende Gesetze

Zusätzliche Gesetzesartikel die eine Einschränkung der Pressefreiheit bewirken sind folgende:

- Artikel 301 war lange ein Symbol des Nationalismus, der die „Verunglimpfung des Türkentums“ verbietet. Diese Definition wurde 2008 abgeändert und durch „Verunglimpfung der türkischen Nation“ ersetzt. Dadurch konnten Anklagen reduziert, aber nicht beseitigt werden.
- Artikel 285 („gesetzliche Vertraulichkeit“): Mit diesem Gesetzesartikel sind Behinderungen einer vertraulichen Ermittlung gemeint. Der Angeklagte kann zu einem bis drei Jahre Gefängnis verurteilt werden.
- Artikel 288 („Versuch einen Gesetzesbeschluss zu beeinflussen“): Die sehr vage Definierung von „Beeinflussung“ beschreibt Vergehen, bei denen schriftliche oder verbale Ankündigungen öffentlich zu einem Thema gemacht werden, um Kläger, Richter, Gerichtshof, Experten oder Zeugen vor Abschluss einer Ermittlung oder einem rechtskräftigen Urteil zu beeinflussen. In der Praxis fallen unter diesen Artikel Aufdeckungen, Publikationen und Kommentare zu einem Fall, Ermittlungen oder einem Beschluss. Die Gefängnisstrafe beträgt unter diesem Artikel sechs Monate bis zu drei Jahre.

¹⁷ vgl. <http://www.migrationsrecht.net/nachrichten-auslaenderrecht-europa-und-eu/egmr-kann-zahl-noch-offener-verfahren-reduzieren.html>

¹⁸ vgl. „A book is not a bomb“ Media and Justice in Turkey, Mistrust and Repression; Investigation Report June 2011 2011, S.11

- Artikel 334 („Beschaffung vertraulicher Informationen“) und Artikel 336 („Offenlegung vertraulicher Informationen“) werden ebenfalls regelmäßig gegen investigativ arbeitende Journalisten verwendet.
- Artikel 125 macht die Anklage gegen Personen möglich, die Institutionen oder das Verhalten der Polizei kritisieren. Die Strafe wird härter, wenn es sich um einen Volksvertreter handelt.
- Artikel 299 verbietet die „Beleidigung des Präsidenten“
- Artikel 300 untersagt die „Beleidigung von Staatssymbolen“
- Artikel 305 unterbindet die Kritik am Militär, da somit das nationale Interesse untergraben wird.
- Artikel 308 gestattet nicht die Entmutigung des Volkes am Militärdienst teilzunehmen und ist bei nicht Einhaltung mit sechs Monaten bis zu zwei Jahren Gefängnis bestrafbar.
- Artikel 314 „Mitglied einer illegalen Organisation“ (Vergleich: Das Antiterrorgesetz spricht von einer „terroristischen Organisation“).
- Artikel 215 verbietet die „Belobigung eines Kriminellen“. So kann ein Journalist bis zu drei Jahre ins Gefängnis kommen, wenn er wie es bei Fällen des PKK Anführers Abdullah Öcalan dazu kam, ihn mit „Herrn“ Öcalan betitelt und nicht nach der offiziellen Bezeichnung „Terrorist und Separatistenführer“.
- Gesetz 5816 (1951) bestraft all jene, die den Gründer der türkischen Republik Mustafa Kemal Atatürk beleidigen. Nach dem Strafgrundgesetz 130 „Beleidigung des Andenkens einer verstorbenen Person“, werden Personen mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft.
- Artikel 134 („Verletzung der persönlichen Privatsphäre“) und Artikel 267 („Diffamierung einer Person“) sind sehr vage definiert und können somit die Arbeit von Journalisten erschweren, da auch dieser Gesetzesverletzung eine Gefängnisstrafe folgt.
- Artikel 216 („Aufhetze“) wird schon bei simpler Kritik angewendet. Die Inhaftierung beläuft sich hier ebenfalls auf bis zu drei Jahre.

Die große Anzahl einschränkender Gesetze, erschwert die Gewährleistung von Pressefreiheit enorm, und macht es dem Staat möglich, Journalisten von ihrer

professionellen Arbeit abzubringen und sie einzuschüchtern. Die hohen Gefängnisstrafen wirken besonders abschreckend.

Durch die Gesetzestexte und die repressive AKP Regierung werden Journalisten und Verlage eingeschüchtert. Besitzern von Medienhäusern wird nahegelegt kritische Mitarbeiter zu disziplinieren und keine aufsehenerregenden Texte zu publizieren. Erdogan hat eine Fülle von „Beleidigungsprozesse“ gegen Journalisten erhoben. 30 Prozent der Journalisten die bis Ende August 2012 inhaftiert waren, wurden beschuldigt Mitglieder einer regierungsfeindlichen Gruppierung oder Verschwörungen zu sein. Des Weiteren waren 70 Prozent der inhaftierten Journalisten kurdischer Abstammung, die mit terroristischen Aktivitäten einer verbotenen kurdischen Gruppierung in Verbindung gebracht wurden. Dazu zählen Mitarbeiter der kurdischen Medien „Dicle“, „Özgür Gündem“ und „Azadiya Welat“.¹⁹

7.1.2 Einschränkung der Pressefreiheit im Internet

Weltweit wächst die Zensur im Internet und die Gefahr für Journalisten, Blogger und Menschenrechtsaktivisten steigt. Die „Spionage Files“, die WikiLeaks 2012 veröffentlicht hatten, verdeutlichen den enormen Umfang des Überwachungsmarktes und die Raffinesse, die hinter diesen Überwachungsprodukten stehen. Der Wert dieser Spionage beläuft sich auf mehr als fünf Milliarden US Dollar.²⁰ Laut der Studie „Enemies of the Internet 2013 Report“ von Reporter ohne Grenzen, die im März 2013 veröffentlicht wurde, sind Syrien, China, Iran, Bahrain und Vietnam die größten Gegner der Presse- und Meinungsfreiheit im Internet..

Die Zensur im Internet ist auch in der Türkei weit verbreitet und hat durch die große Anzahl an verbotenen Suchbegriffen und Filtersystemen eine Welle an Protesten hervorgerufen. Die meisten verbotenen Begriffe behandeln die Themen Wetten, Pornographie oder Pädophilie. Seit 2008 war der Internet Video Anbieter Youtube

¹⁹ vgl. ebd.

²⁰ Enemies of the Internet 2013 Report; Reporters without Borders

gesperrt, da beleidigende Videos des Republik Gründers Republik Mustafa Kemal Atatürk dort abrufbar waren. Im Oktober 2010 wurde der Zugang zur Plattform wieder gestattet. Dennoch wurden 2011 auch 15 vermeintliche pro-kurdische Seiten geschlossen. Im April 2011 wurde eine Liste mit 138 verbotenen Wörtern veröffentlicht, die aus den türkischen Domains entfernt gehören. Dazu zählen unter anderem die Begriffe „Rock“, „Schwägerin“ und „Tier“. Das Verbot nach Informationen zu den Wörtern „Foto“ und „neu“ zu suchen beschränkte die Möglichkeit aktuelle Informationen aus dem Weltgeschehen zu verfolgen. Im November 2011 wurde eine umstrittene Filter-Software präsentiert die jeder Internet User installieren sollte, um sich vor anstößigen Inhalten zu schützen. Seitdem haben sich jedoch die Pläne geändert und die Installation dieser Software ist nicht mehr erforderlich. Im Dezember 2011 hatten sich nur 22.000 von insgesamt 11,5 Millionen Internet Usern für diese Software angemeldet.²¹

Tests von Reporter ohne Grenzen haben gezeigt, dass beispielsweise die Seite von Evolutionstheoretiker Richard Dawkins (www.richarddawkins.net) und die Seite von „Yasam Radio“, die Kulturprogramme von Minderheiten ausstrahlte, geschlossen wurden. Die Filteroptionen sind unterteilt in „Kinder“ die keinen Zugang auf Youtube und Facebook besitzen und in „Familie“, die nach Anfrage Zugang zu sozialen Portalen bekommen. Diese Einstellungen und Beschränkungen stimmen nicht mit den Definitionen des europäischen Gerichtshofs überein. Jeder Haushalt solle selbst entscheiden, welche Inhalte unerwünscht seien. In der Türkei kam es zu Demonstrationen und Online Initiativen wie beispielsweise „Hands Off My Internet“. Trotzdem kommt es immer wieder zur Schließung von Seiten- im Jahr 2010 waren es 5000 Seiten, die nicht mehr zugänglich waren.²²

Das türkische Mediengesetz 5651, dass sich auch auf die Verwendung von Internet bezieht, gestattet eine umfassende Schließung von Websites. Die OSZE hat der Türkei empfohlen einen Katalog aufzustellen, um die Meinungsfreiheit zu gewährleisten. Artikel 8 dieses Gesetzes gestattet die Blockierung von bestimmten Websites, wenn ausreichender Verdacht gegeben ist und folgende acht Verstöße dabei begangen werden: Ermutigung zum Selbstmord, sexuelle Ausbeutung und Misshandlung von Kindern, Bereitstellung von

²¹ vgl. Reporters without Borders <http://en.rsf.org/turquie-new-internet-filtering-system-02-12-2011,41498.html>

²² vgl. Reporters without Borders <http://en.rsf.org/turkey-turkey-12-03-2012,42065.html>

Suchtgiften, Versorgung von gesundheitsschädlichen Substanzen, Obszönität, Online Wetten oder Anti-Atatürk Verstöße. Der letzte Punkt ist der umfassendste, da dieser unterschiedlich interpretiert werden kann und zu vielen Diskussionen führt. Verfahren gegen Mitteilungen oder Karikaturen auf Websites, die Mitglieder der Regierung beleidigen, sind nichts Unübliches. Die Schließung solcher Homepages erfolgt durch Gerichts- oder Verwaltungsanordnung vom höchsten Rat für Telekommunikation und IT.

7.1.3 Mediengesetze

Medienfreiheit wird durch drei Gesetze gewährleistet, welche für die Bereiche Printmedien, Rundfunk und Internet gelten (Gesetz 5651).

Das öffentliche Interesse und das Recht die Öffentlichkeit zu informieren, existiert in keinem türkischen Gesetz. Da die Türkei internationale Konventionen unterschrieben hat und diese die Informierung der Öffentlichkeit als eine der oberste Prämissen haben, findet dieses Thema langsam mehr Relevanz in der Türkei.

In Artikel 12 des Pressegesetzes aus dem Jahr 2004 wird die Privatsphäre von Journalisten gewährleistet. Dieses wird jedoch nichtig, wenn es um den Kampf von Terrorismus geht. Die Fälle von Sik und Sener zeigen, dass Abhöarmaßnahmen keine Seltenheit sind.

8 Non-Governmental Organisations (NGOs)

Eine Nicht Regierungsorganisation (aus dem Englischen Non-Governmental Organisation, NGO) basiert auf zivilgesellschaftlichen Interessen und vertritt diese nach außen. Diese Interessensverbände sind besonders im sozialen und umweltpolitischen Bereich sehr engagiert ohne dabei einer politischen Partei zugeordnet zu sein.

Im Sprachgebrauch der Vereinten Nationen werden nichtstaatliche Akteure seit Jahrzehnten als NGOs bezeichnet. Ein wachsender Einfluss von NGOs auf die Demokratie beziehungsweise die Demokratisierung ist zu erkennen. NGOs stellen einen qualitativ neuen gesellschaftlichen Akteur dar, der darüber hinaus neue Einflussmöglichkeiten besitzt, die über die traditionellen Möglichkeiten von Interessensgruppen hinausgehen. (vgl. Merkel/Busch 1999, S.522f).

Diese Organisationen werden als „Dritter Sektor“ zusammengefasst, die es als Aufgabe haben bestmögliche wohlfahrtsstaatliche Leistungen jenseits bürokratisierter staatlicher oder rein privatwirtschaftlicher Verfahren umzusetzen (vgl. die frühe Begriffsverwendung bei Etzioni 1973, S.214 In Merkel/Busch 1999, S.526). Dazu zählen Organisationen, die weder als Staat, noch als Markt bezeichnet werden können (vgl. Anheier 1990, Seibel 1992 In Merkel/Busch1999, S.526). Der Begriff umfasst Initiativen, Vereine und Projekte, die jenseits der Logiken staatlichen Handelns und des Marktes funktionieren. Im Unterschied zu Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung sind „Dritte Sektor“- Organisationen weniger hierarchisch und im Unterschied zum Markt besteht die Orientierung nicht vorrangig an der Gewinnerzielung. Gewinne werden zwar erwirtschaftet, aber im Sinne einer „Non-Profit“- Orientierung reinvestiert oder gemeinnützig verwendet. Neben der Beschreibung des „Dritten Sektors“ hat sich auch ein normativer Ansatz entwickelt, der nach Habermas (1992) als zivilgesellschaftlicher Begriff verwendet wird, der Interessenartikulation durch Gruppen und Organisationen jenseits der organisierten Großverbände als vorpolitisches, pluralistisches Interessengefecht beschreibt. Hier geht es um Meinungs- und Willensbildungsprozesse jenseits der politischen Öffentlichkeit. Zivilgesellschaft grenzt sich in diesem Zusammenhang von traditionellen Verbänden und Interessensgruppen, die nahe dem Staat sind ab, aber auch von derartigen, die eher

privatwirtschaftlich strukturiert sind. (vgl. Habermas 1992, Cohen/Arato 1992 In Merkel/Busch 1999)

Wie bei so vielen komplexen Begriffen, existiert für NGOs keine allgemeingültige Definition. Die Vereinigten Nationen verstehen unter NGOs internationale, nationale, regionale und lokale Organisationen, die nicht auf Grund eines zwischenstaatlichen Abkommens entstanden sind. (Merkel/Busch 1999, S.528) Zwei wichtige Linien von Definitionen lassen sich für den Begriff NGO jedoch unterscheiden: Die erste ist eine „Negativdefinition“ und beschreibt, was die Organisationen nicht sind: nicht Teil des Regierungsapparats, nicht regierungsabhängig, nicht profitorientiert am Markt tätig, nicht dem Staat gehörig. Als zentrales Kriterium steht die Freiwilligkeit im Mittelpunkt. Freiwilligkeit im Hinblick auf die Mitgliedschaft und die Übertragung von Ressourcen auf die Organisation (vgl. Glasgow 1992 In ebd. S.529). Dritte-Sektor Organisationen bearbeiten Probleme mit Ressourcen und Instrumenten, die von Markt und Staat nicht angeboten werden. „In diesem Sinne produzieren sie gesellschaftliche Kollektivgüter, haben integrative Funktionen und organisieren gesellschaftliche Selbsthilfe, wo Markt und Staat an die Grenzen der Leistungsfähigkeit kommen.“ (ebd. S. 529) Die zweite Definition beschreibt NGOs als Ergebnis der Dynamik sozialer Bewegungen. (Wahl 1996, 1998 In ebd. S.529)

Besondere Aufgaben von NGOs sind es, zivilgesellschaftliche Probleme rechtzeitig zu erkennen, Konflikte zu identifizieren und Öffentlichkeit zu schaffen, ohne jedoch dabei die Macht zu besitzen Gesetze zu ändern oder im Namen des Volkes zu handeln.

NGOs sind Impulsgeber für ein stärkeres Selbstverantwortungsbewusstsein der Gesellschaft. Als Frühwarnsystem können sie helfen genauere und repräsentativere Informationen über Bedürfnisse, Prioritäten etc. von Bevölkerungsgruppen zu sammeln. Sie können gegenüber staatlichen Stellen Kontrollaufgaben übernehmen und bilden dadurch eine Art Überwachung bei staatlichem Fehlverhalten. Ebenfalls haben sie Einfluss um Gegenmacht zu mobilisieren. Somit tragen NGOs als nichtstaatliche Akteure keinen unwesentlichen Beitrag an einer funktionierenden Demokratie. Wolfgang Merkel und Andreas Busch (1999, S.533) beschreiben die Beschaffenheit von NGOs mit folgenden Worten:

„[...] Danach handelt es sich bei NGOs um „Dritte-Sektor-Organisationen“, die im Sinne eines emanzipatorisch verstandenen Zivilgesellschaftsbegriffs verschiedene stabilisierende bzw. fördernde positive Einflüsse auf die Demokratie haben; sie sind dabei nicht auf politische Machtausübung orientiert, auch wenn dies eine politische Einflussnahme keineswegs ausschließt. Die Dynamik ihrer Entstehung und quantitativen Entwicklung speist sich aus der gesellschaftlich wahrgenommenen sinkenden Problemlösungskompetenz traditioneller Akteure, sei es privatwirtschaftlicher, staatlicher oder auch im Dritten Sektor beheimateter Verbände und Interessensgruppen.“

Menschenrechtsorganisationen können durch individuelle Unterstützung Journalisten in Notlagen helfen und sie über länders- und kulturspezifische Eigenheiten informieren und sie damit schützen. NGOs schaffen Öffentlichkeit und machen diese auf Problematiken aufmerksam, von der die Welt sonst kaum etwas erfahren würde. Dadurch wird eine globale Aufmerksamkeit für Pressefreiheit und die Gefahren und Schwierigkeiten der Journalisten geschaffen.

8.1 Die wichtigsten NGOs

Nun sollen die wichtigsten Institutionen erwähnt werden, die sich hauptsächlich für die Rechte und Einhaltung der Pressefreiheit einsetzen. Ihr Engagement ist geprägt durch die Beobachtung und Publikation von Menschenrechtsverletzungen sowie Veröffentlichungen von Informationen und Hilfeleistungen zum Schutz von Journalisten. Dies sind wesentliche Bestandteile der Stärkung der Pressefreiheit weltweit. Die Zahl der getöteten, inhaftierten oder censierten Journalisten ist weltweit immer noch erschreckend groß. Durch solche Organisationen wird öffentliches Bewusstsein und Raum für Diskurs und Veränderung geschaffen.

Verschiedene NGO Watchdogs berichten über extreme Verhaftungen und Verfolgungen von Journalisten in islamischen Staaten. In manchen dieser Staaten ist das Verbot der unabhängigen Berichterstattungen in Medien in der Verfassung festgelegt. Andere islamische Staaten haben offiziell in den letzten Jahrzehnten moderne Verfassungen gebildet, die Pressefreiheit auf dem Papier gewährleisten, jedoch in der Praxis nicht umsetzen. Zu diesen Ländern zählt auch die Türkei.

Reporter Ohne Grenzen (Reporters sans Frontières - RSF) wurde 1985 in Frankreich gegründet und hat seinen Hauptsitz in Paris. Die weltweit agierende Menschenrechtsorganisation besitzt mehr als 140 Korrespondenten, die sich auf der ganzen Welt für die Einhaltung der Informationsfreiheit einsetzen- unabhängig von wirtschaftlichen, religiösen und politischen Interessen. Denn ohne freie Medien kann die Weltöffentlichkeit nicht umfangreich informiert werden. Reporter ohne Grenzen (RoG) beobachten und dokumentieren Verletzungen von Pressefreiheit und machen diese öffentlich. Sie mobilisieren und helfen, wenn Journalisten bedroht, verfolgt oder inhaftiert werden, indem sie Käutionen zahlen, Rechtsanwälte organisieren und Prozessbeobachter in die Fälle involvieren. In besonders ernsten Fällen werden Journalisten aus dem Land gebracht. Wenn Zeitungen censiert, Sender verboten oder Mediengesetze missbraucht werden, alarmiert die Organisation tatkräftig die Öffentlichkeit, damit diese Problematiken national, international und politisch erkannt werden. Die NGO ist als Nichtregierungsorganisation international anerkannt und hat Beraterstatus beim Europarat, beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen sowie bei der UNESCO. Reporter ohne Grenzen veröffentlichen jährlich den Press Freedom Index, eine Rangliste zur Medienfreiheit auf der Welt.

Committee to Protect Journalists (CPJ) wurde Anfang der achtziger Jahre in New York von einer Gruppe von amerikanischen Auslandskorrespondenten gegründet, als diese erkannten, in welch schlechten Arbeitsverhältnissen Journalisten in vielen Ländern arbeiteten. Die Mission des CPJ ist es, die Pressefreiheit weltweit zu fördern und Journalisten zu unterstützen um offen, kritisch und repressionslos zu berichten, ohne dabei Angst vor Vergeltungsmaßnahmen zu haben. CPJ unterstützt und schützt Journalisten in gefährlichen Arbeitssituationen- in Fällen von Inhaftierungen, Attacken, Drohungen, Entführungen, Zensierungen, Beschimpfungen oder Mordanschlägen. Die Organisation vertritt die Meinung, dass Journalismus eine wesentliche Rolle im Zusammenspiel zwischen politischer Macht und der Bevölkerung eines Staates ausmacht. Wenn Journalisten eines Landes zum Schweigen gebracht werden, wird die Bevölkerung das demnach auch. Daher versucht CPJ durch den Schutz von Journalisten die Meinungsfreiheit und die Demokratie zu schützen. Die Organisation ist in mehr als 120 Ländern tätig, besonders in solchen wo repressive Regime an der Macht sind, Bürgerkrieg

herrscht, Konflikte oder andere Probleme dominieren, die der Pressefreiheit und der Demokratie schaden.

Das **International Press Institute (IPI)** wurde 1950 von 34 Zeitungsherausgebern aus 15 Ländern in New York gegründet, mit dem Ziel die Arbeitsumstände von Journalisten weltweit zu verbessern. Nach dem zweiten Weltkrieg glaubten die Gründer, dass durch Pressefreiheit eine bessere Welt entstehen könne. Das IPI hat seit 1994 seinen Sitz in Wien. Es dokumentiert Verletzungen gegen die Pressefreiheit und berichtet darüber vierteljährlich in seinem IPI Report und jährlich im World Press Freedom Review- einem Jahresüberblick der die Situation der Pressefreiheit in über 120 Ländern dokumentiert. Des Weiteren betreibt es intensive Forschung zu relevanten Themen, prüft Medienrechte und stellt Regierungen diverse Informationen zu Verfügung und berät sie, wie ihre Gesetzgebungen den international anerkannten Standards der Pressefreiheit angepasst werden können. Wie auch Reporter ohne Grenzen, hat das IPI Beraterstatus bei mehreren internationalen Organisationen wie der UNO, UNESCO oder dem Europarat. Das IPI nimmt sich der Aufgabe an, die Förderung und Gewährleistung von Pressefreiheit zu sichern. Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, freie Informationsverbreitung von Nachrichten und Informationen sowie die Verbesserung der Arbeitsumstände der Journalisten stehen im Mittelpunkt ihrer Bemühungen. Zu den Mitgliedern zählen unter anderem Herausgeber von Medien, Geschäftsführer und Journalisten. Diese achten auf die Wahrung der Pressefreiheit und den Schutz von Journalisten, um eine vollinformierte Gesellschaft frei von Zensurbestimmungen und repressiven Medien- bilden zu können. Das IPI agiert durch schriftliche Proteste, wodurch die internationalen Mitglieder informiert und alarmiert werden. Der IPI Fonds ermöglicht rasches Handeln durch Finanzierung von Gerichtsverhandlungen, Verhandlungen mit Regierungen und Institutionen, Lobbyisten und Botschaftern, um so Regierungen, welche die Rechte der Pressefreiheit verletzen, unter Druck zu setzen. Der jährlich stattfindende Weltkongress und die Generalversammlung machen es möglich, dass Repräsentanten, von Top-Medien, Politiker und Akademiker zusammen kommen und Journalisten in diesem Rahmen ihre Erfahrungen mit den Gästen teilen können. Dadurch entsteht jährlich in einem anderen Land der Austausch von Informationen und Erfahrungen, sowie die Möglichkeit wertvolle Kontakte zu knüpfen.

Nach der Kontaktaufnahme mit dem IPI konnten mir leider keine World Press Freedom Reviews und IPI Reports zu Verfügung gestellt werden. Auch auf der Homepage sind keine formellen Berichte verfügbar, sondern nur Artikeln zu aktuellen Geschehnissen aus den Jahren 2012 und 2013.

Freedom House ist die älteste der erwähnten NGOs, die 1941 von berühmten Persönlichkeiten, wie Eleanor Roosevelt gegründet wurde und das Ziel verfolgt, weltweit demokratisches Leben zu fördern. Freedom House möchte jedem Menschen zur Meinungs- und Glaubensfreiheit verhelfen und auch die Rechte von Frauen und Minderheiten garantieren. Sie unterstützten Initiativen in Regionen der Erde, wo diese Freiheiten bedroht werden. Durch die Hilfe von Freedom House können Aktivisten weltweit in unterdrückten Regionen auf die Wahrung der Grundrechte achten und durch unterschiedliche Aktivitäten demokratische Änderungen herbeiführen. Die Organisation veröffentlicht seit 1972 jährlich den „Freedom in the World“ Index, der die weltweiten Demokratieentwicklungen, Rechtsveränderungen und Pressefreiheitsbeschränkungen von 195 Ländern in einem Bericht zusammenfasst. Dieser Bericht ist einer der ersten schriftlichen Dokumentationen über die Lage der Pressefreiheit und Demokratie auf der Welt.

8.2 Berichte und Untersuchungen zu Pressefreiheit in der Türkei aus den Jahren 2000 – 2013

8.2.1 Darstellung der Ergebnisse

Für die Messung und Einhaltung der Demokratie und Pressefreiheit gibt es unterschiedliche Werkzeuge- ein allgemein gültiges existiert jedoch nicht. Eines dieser Werkzeuge ist der Index der Demokratisierung von *Tatu Vanhanen*, der mittlerweile 170 Staaten untersucht. Vanhanen definiert Demokratie als „ein politisches System, in dem ideologisch und gesellschaftlich unterschiedliche Gruppen kraft Gesetz berechtigt sind, um politische Macht wettzustreiten, und in dem die institutionellen Machthaber durch das Volk gewählt und ihm gegenüber verantwortlich sind“ (Vanhanen 2003, S. 49 In Schmidt 2010 S.375). Seine Untersuchung basiert auf den zwei Dimensionen nach Dahl (1971): Partizipation und Wettbewerbsgrad. (vgl. ebd., S. 375). Die höchsten Demokratiewerte

erlangen nach Vanhanens Demokratieindex, westliche Länder wie beispielsweise Dänemark, Schweiz oder Deutschland und die USA. In die nächste Stufe des Demokratisierungsgrades fallen Länder wie Kanada, Chile, Südkorea, die Türkei und die ehemaligen sozialistischen Länder Kroatien, Rumänien, Russland und Ungarn.

Jährlich wird ein weiterer wichtiger Demokratieindex von der Non-Profit-Organisation Freedom House publiziert. Freedom House ist in Washington D.C. ansässig und versucht seit seiner Gründung 1941 Demokratien weltweit zu unterstützen. Dieser Index wird seit 1972 veröffentlicht und ist somit einer der ältesten, der die Freiheit und Demokratie von Staaten jährlich untersucht und darüber berichtet. Es wird bei dieser Evaluierung nach zwei Werten ermittelt/nach zwei Kategorien unterschieden: „Political Rights“ (Politische Rechte) und „Civil Liberties“ (Bürgerrechte). „Political Rights“ beinhalten beispielsweise die freie Partizipation an politischen Prozessen, wie Wahlen. „Civil Liberties“ umfassen unter anderem die Meinungs- und Religionsfreiheit und das Versammlungsrecht. Der Fokus der Untersuchungen liegt eher bei der Einhaltung der Rechte am Individuum und der Qualität, wie die Schutzansprüche der Staatsbürger erfüllt werden und weniger an den äußerlichen Staatsstrukturen und Definitionen von Demokratie. Die untersuchten 195 Länder werden in „freie“, „halbfreie“ und „nicht freie“ Staaten unterteilt. Ein Fragenkatalog erfasst die politischen Rechte und Bürgerrechte. Jede Kategorie wird in drei Blöcke unterteilt. Die Prüffragen der politischen Rechte sind wie folgt untergliedert: Wahlprozess, politischer Pluralismus und Teilnahme sowie Funktion der Regierung. Bei der Generierung des Status der Bürgerfreiheiten werden 15 Fragen basierend auf folgenden Kategorien gestellt: Meinungs- und Glaubensfreiheit, Versammlungs- und Organisationsfreiheit, Rechtsstaat sowie persönliche Autonomie und individuelle Rechte. Beide Kategorien werden zuerst getrennt ausgewertet und die Summe beider wird zum Freedom Index (Freiheitsindex) addiert. Dieser Index zeigt die Werte und das Bestehen oder Fehlen von Demokratie und Konstitutionalismus. Der Unterschied zwischen den politischen Rechten und den Bürgerfreiheiten-Skala ist aussagekräftig.²³

Im Folgenden ist der Fragenkatalog des Freedom House Index 2012 („Political Rights and Civil Liberties Checklist Questions“) angeführt:²⁴

²³ vgl. <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2012>

²⁴ <http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/Checklist%20Questions%2C%20FIW%202012.pdf>

POLITICAL RIGHTS

A. ELECTORAL PROCESS

1. Is the head of government or other chief national authority elected through free and fair elections?
2. Are the national legislative representatives elected through free and fair elections?
3. Are the electoral laws and framework fair?

B. POLITICAL PLURALISM AND PARTICIPATION

1. Do the people have the right to organize in different political parties or other competitive political groupings of their choice, and is the system open to the rise and fall of these competing parties or groupings?
2. Is there a significant opposition vote and a realistic possibility for the opposition to increase its support or gain power through elections?
3. Are the people's political choices free from domination by the military, foreign powers, totalitarian parties, religious hierarchies, economic oligarchies, or any other powerful group?
4. Do cultural, ethnic, religious, or other minority groups have full political rights and electoral opportunities?

C. FUNCTIONING OF GOVERNMENT

1. Do the freely elected head of government and national legislative representatives determine the policies of the government?
2. Is the government free from pervasive corruption?
3. Is the government accountable to the electorate between elections, and does it operate with openness and transparency?

ADDITIONAL DISCRETIONARY POLITICAL RIGHTS QUESTIONS

1. For traditional monarchies that have no parties or electoral process, does the system provide for genuine, meaningful consultation with the people, encourage public discussion of policy choices, and allow the right to petition the ruler?
2. Is the government or occupying power deliberately changing the ethnic composition of a country or territory so as to destroy a culture or tip the political balance in favor of another group?

CIVIL LIBERTIES

D. FREEDOM OF EXPRESSION AND BELIEF

1. Are there free and independent media and other forms of cultural expression? (Note: In cases where the media are state-controlled but offer pluralistic points of view, the survey gives the system credit.)
2. Are religious institutions and communities free to practice their faith and express themselves in public and private?

3. Is there academic freedom, and is the educational system free of extensive political indoctrination?

4. Is there open and free private discussion?

E. ASSOCIATIONAL AND ORGANIZATIONAL RIGHTS

1. Is there freedom of assembly, demonstration, and open public discussion?

2. Is there freedom for nongovernmental organizations? (Note: This includes civic organizations, interest groups, foundations, etc.)

3. Are there free trade unions and peasant organizations or equivalents, and is there effective collective bargaining? Are there free professional and other private organizations?

F. RULE OF LAW

1. Is there an independent judiciary?

2. Does the rule of law prevail in civil and criminal matters? Are police under direct civilian control?

3. Is there protection from political terror, unjustified imprisonment, exile, or torture, whether by groups that support or oppose the system? Is there freedom from war and insurgencies?

4. Do laws, policies, and practices guarantee equal treatment of various segments of the population?

G. PERSONAL AUTONOMY AND INDIVIDUAL RIGHTS

1. Do citizens enjoy freedom of travel or choice of residence, employment, or institution of higher education?

2. Do citizens have the right to own property and establish private businesses? Is private business activity unduly influenced by government officials, the security forces, political parties/organizations, or organized crime?

3. Are there personal social freedoms, including gender equality, choice of marriage partners, and size of family?

4. Is there equality of opportunity and the absence of economic exploitation?

Die teilnehmenden Länder können eine Gesamtpunkteanzahl von 0 (sehr gut) bis 100 (sehr schlecht) erreichen, wobei 0 Punkte ein hohes Maß an Demokratie und Pressefreiheit bedeutet und 100 Punkte ein niedriges. Diese Punktevergabe ermöglicht die Einordnung der Länder in „freie“, „partiell freie“ und „nicht freie“ Länder wodurch eine Rangordnung entsteht, die zwar keine wissenschaftliche Skalierung ergibt, jedoch einen guten Gesamtüberblick über die Situation der Demokratie und Pressefreiheit im jeweiligen Land

gibt. Die auf der Homepage des Freedom House veröffentlichte Weltkarte auf Abbildung 4 verbildlicht durch die eingezeichneten Farben den Status des Landes: grün („freie“), gelb („partiell freie“) und blau („nicht freie“) für das erste Halbjahr 2013. Auf den ersten Blick ist eine Konzentration von „unfreien“ und „partiell freien“ Medien im östlichen Teil der Weltkugel in Russland, den postsowjetischen Staaten, im arabischen, afrikanischen und süd-ost asiatischen Raum zu erkennen. Die Pressefreiheit in der Türkei wird als „partiell frei“ kategorisiert. Die freie Ausübung der Pressefreiheit konzentriert sich laut Karte auf den nordamerikanischen Kontinent, Teile Südamerikas, Europa und Australien. Deutlich wird durch die Weltkarte, dass Afrika eine Mischung der drei kategorisierten Farben darstellt.



Abbildung 4: Weltkarte „Freedom in the World“ Quelle: <http://www.freedomhouse.org/report-types/freedom-world> Stand: 17.05.2013

Der letztveröffentlichte „Freedom in the World Index 2012“ untersuchte die Entwicklungen von 195 Ländern im Zeitraum von 1. Jänner 2011 bis 31. Dezember 2011. Für die Auswertung der Fragebögen wurden 59 Analysten und 20 akademische Senior Berater hinzugenommen.

Wie die Organisation Freedom House präsentieren auch Reporter ohne Grenzen eine graphische Übersicht über die Situation der Pressefreiheit in Form einer Weltkarte. In

Abbildung 5 wird die Situation für das Jahr 2013 dargestellt. Die Aufteilung der Länder erfolgt dabei nach fünf Kategorien: Weiß = „Gute Situation“, Gelb = „Zufriedenstellende Situation“, Orange „Auffällige Situation“, Rot = „Schwierige Situation“, Schwarz „Sehr ernste Situation“. Die Aufteilung der Länder ähnelt stark der vom Freedom House. In den osteuropäischen Ländern, Russland, Teilen Afrikas, Mittelamerika, Indien und der Türkei befindet sich die Pressefreiheit in einer schwierigen Situation. Die schwarz gekennzeichneten Länder sind hauptsächlich aus dem arabischen Raum und China und spiegeln einen enorm schwierigen Zustand der Pressefreiheit wieder.



Abbildung 5: Pressefreiheit weltweit 2013; Quelle http://fr.rsf.org/IMG/jpg/2013-carte-liberte-presse_1900.jpg
Stand 11.05.2013

Reporter ohne Grenzen veröffentlichen seit 2002 ihren „World Press Freedom Index“, eine Rangliste in der nicht nur Punkte vergeben werden, sondern ein exaktes Ranking aller 179 analysierten Länder dargestellt wird. Der Report basiert auf ausgefüllten Fragebögen von Experten eines Landes- meist aus den Bereichen Journalismus, Recht und Wissenschaft. Im Mittelpunkt des Fragebogens stehen die physische Gefährdung und Bedrohung von Journalisten (Mord, Inhaftierung, Folter, Bedrohung, Attacken und Flucht). Das Ranking kommt zu ähnlichen Ergebnissen wie die Freedom House Studie. (vgl. Behmer, In Haller 2003 S.158)

Reporter Ohne Grenzen geben Aufschluss über die Generierung der Rangliste in ihrem Methodenblatt, dass auf ihrer Homepage zu finden ist: „Weltweite Rangliste der Pressefreiheit 2012, Hinweise zur Erstellung“²⁵. Die untersuchten Themen werden beschrieben, um Einsicht in die Befragung und den daraus entstandenen Resultate zu bekommen. Mit der Erstellung der Rangliste versuchen RoG den Grad der Freiheit den Journalisten, Blogger und Medien in den einzelnen Ländern genießen, wiederzugeben. Des Weiteren werden die Bestrebungen der jeweiligen Länder, unabhängige Berichterstattung zu respektieren und die freie Arbeit von Journalisten sicherzustellen, bewertet. Durch die Rangliste wird kein Beleg über die Qualität der Berichterstattung des jeweiligen Landes gegeben. In der Untersuchung werden nur Verletzungen der Pressefreiheit berücksichtigt, keine allgemeinen Menschenrechtsverletzungen. Zur Evaluierung der Daten versenden Reporter ohne Grenzen einen umfassenden Fragebogen an Partnerorganisationen auf allen Kontinenten an Korrespondenten ihres eigenen Netzwerkes, sowie an Journalisten, Wissenschaftler, Juristen und Menschenrechtsaktivisten. Dadurch wird die Generierung von Expertisen in unterschiedlichen relevanten Fachgebieten gewährleistet. Die Antworten werden qualitativ und quantitativ ausgewertet. Es handelt sich dabei aber um keine repräsentative Umfrage nach wissenschaftlichen Kriterien. Die Fragen nehmen auf alle Arten von Verletzungen der Medienfreiheit mit direkten Auswirkungen auf Journalisten (z.B. Morde, Verhaftungen, körperliche Angriffe und Drohungen) und auf Medien (z.B. Zensur, Beschlagnahmung von Zeitungsausgaben) Bezug. Der Fragebogen berücksichtigt folgende Faktoren:

- Medienvielfalt
- rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen
- Zugangsmöglichkeiten zum Beruf des Journalisten
- Medienrechtliche Strafen
- Staatsmonopole
- Existenz von Regulierungseinrichtungen
- Maß der Unabhängigkeit staatlicher Medien
- Selbstzensur
- Recherchefreiheit

²⁵ Reporter ohne Grenzen, Weltweite Rangliste der Pressefreiheit 2012 – Hinweise zur Erstellung

- Finanzieller Druck
- Hindernisse für den freien Informationsfluss im Internet

Die Generierung der quantitativen Fragen zur Anzahl der unterschiedlichen Verletzungen der Pressefreiheit erfolgt durch die RoG Mitarbeiter. Zu diesen Verletzungen zählen: Journalisten die im Zuge ihrer Arbeit inhaftiert oder getötet wurden, die Zahl entführter Journalisten, die Zahl gewalttätiger Angriffe und Verhaftungen, die Anzahl zensierter Medien und die Zahl von Journalisten, die ins Exil fliehen mussten. Mit den gesammelten Fragebögen aus jedem Land werden Punkte an folgende sechs Kategorien verteilt:

- Pluralismus
- Unabhängigkeit der Medien
- Journalistisches Arbeitsumfeld und Selbstzensur
- Rechtliche Rahmenbedingungen
- Institutionelle Transparenz
- Produktionsinfrastruktur

Zusätzlich wird der besonders stark gewichtete Faktor „gewaltsame Übergriffe gegen Journalisten“ gewertet. Daraus resultierend wird für jeden Staat eine Gesamtpunktzahl zwischen 0 (absolute Pressefreiheit) und 100 (keine Pressefreiheit) errechnet. Durch diese analytische Berechnung wurde somit im Press Freedom Index 2013 erstmals ein „Indikator“ für globale Medienfreiheit errechnet. Für das Jahr 2013 kamen die Reporter ohne Grenzen zu einem „Indikator“ von 3395 Punkten. Diese Zahl dient als Referenz für das Jahr 2014 und die darauffolgenden Jahre. Dieser Indikator kann auch je nach Region heruntergebrochen werden und kommt somit zu folgenden Ergebnissen: Europa 17.5, Amerika 30.0, Afrika 34.2, Asien-Pazifik Raum 45.3 und für die ehemaligen Sowjetrepubliken, den mittleren Osten und die Region Nord Afrika 48.5 Punkte. Es wird keine Auswertung von Ländern gemacht, die den Fragebogen nicht komplett ausfüllen oder deren Datenglaubwürdigkeit angezweifelt wird.

Die Rangliste und der Report sind weltweit anerkannte einflussreiche Instrumente, die Öffentlichkeit schaffen und Regierungen, Unternehmen und andere Akteure an ihre Verpflichtungen erinnern, Pressefreiheit sicherzustellen und zu schützen. Durch die

Befragung von Experten aus unterschiedlichen Fachbereichen (Journalisten, Medienbeobachter, Menschenrechtaktivisten, Juristen und Wissenschaftlern) wird eine weitreichende Glaubwürdigkeit der Resultate garantiert.

Die RoG-Rangliste der Pressefreiheit 2013 beziehungsweise der „Word Press Freedom Index 2013“ untersucht und vergleicht die Situation der Medien in 179 Staaten von 1. Dezember 2011 bis 30. November 2012. Die Top drei Länder an der Spitze der Rangliste, sind die Selben aus dem Jahre 2012: Finnland, die Niederlande und Norwegen. Luxemburg, Andorra, Dänemark, Liechtenstein, Neuseeland, Island und Schweden vollenden die Top10 Länder. An dieser Aufzählung wird die Anreicherung skandinavischer Länder deutlich, die ohnedies für die Wahrung der Pressefreiheit bekannt sind. Österreich befindet sich auf Platz 12, die Schweiz auf Platz 14 und Deutschland auf Platz 17. Die Türkei nimmt Platz 154 von 179 Plätzen ein. Eine sehr schlechte Platzierung für ein Land, das sich als westliches Land, EU-Anwärter und Vorbild seiner Region sieht. Im Vergleich zum Jahr 2011 ist die Türkei um sechs Plätze gefallen. Unter dem Deckmantel gegen Terroristen zu kämpfen, ist die demokratische Türkei das größte Gefängnis für Journalisten auf der Welt. Die Paranoia des Staates in jeder Kritik ein Komplott einer illegalen Organisation zu sehen, wurde im vergangenen Jahr durch die kurdische Frage verstärkt. Die Türkei spielt auch eine wichtige politische Rolle im bewaffneten Konflikt im Nachbarland Syrien.

Die drei Schlusslichter sind Turkmenistan, Nord Korea und Eritrea – die Selben Staaten wie im Jahre 2012- gefolgt von Syrien, Somalia, Iran, China, Vietnam, Kuba, Sudan und Jemen. Syriens Platz ist auf den arabischen Frühling, die dadurch entstandenen politischen und bürgerkriegsähnlichen Unruhen und die enormen Protestwellen zurückzuführen. Russland befindet sich im Vergleich zur Türkei auf Platz 148. Deutlich erkennbar ist das sich an der Spitze der Rangliste demokratisch-europäische Staaten befinden und die schlechten Plätze von diktatorischen Ländern besetzt sind. Im Jahr 2012 wurden die meisten Journalistenmorde seit Publizierung des Indexes 2002 mit 88 Toten gezählt. Die meisten Morde fanden in Somalia, Syrien, Mexico und Pakistan statt.

Österreich ist 2012 von Platz 5 auf Platz 12 gefallen. Dies ist laut Rubina Möhring, Präsidentin von Reporter ohne Grenze Österreich, auf eine Vielzahl von Veränderungen zurückzuführen, die auch andere EU-Mitgliedstaaten aufweisen:

- Die steigende schwierige ökonomische Lage der Qualitätsmedien und der daraus resultierende Personalabbau.
- Die wirtschaftliche Beeinflussung der Berichterstattung durch PR-Journalismus und eine marktorientierte Politik, die unabhängigen, seriösen Qualitätsjournalismus einschränkt.
- Eine bewusste Besetzung von politischen Mitarbeitern im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wodurch die Neutralität der Berichterstattung in Frage gestellt wird.²⁶

In der Türkei befanden sich seit dem Militärregime 1983 nicht mehr so viele Journalisten im Gefängnis wie zum Zeitpunkt der Ranglistenpublikation. Viele werden auf Grund des umstrittenen Antiterrorgesetztes inhaftiert. Informierung über die Anklage und Einsicht in die Akten wird Anwälten und Angehörigen meist verwehrt. Die Türkei wurde auf Grund der übermäßig langen Untersuchungshaft international abermals kritisiert. Reformen des Antiterrorgesetzes im Juli 2012 und im Frühjahr 2013 die durch die erhebliche Kritik an den Gesetzesparagraphen eingeführt wurden konnten kaum Verbesserungen erzielen. So war ein Reformpunkt dass Gerichtsverfahren gegen Journalisten aufgehoben werden, wenn dieser die Tat in den nächsten drei Jahren nicht wiederholt, was einer Selbstzensur gleichkommt. Die Reformen haben keine fundamentalen Änderungen bezwecken können, da diese wieder mehrdeutig interpretierbar sind. Paradoxe Weise stellte nur wenige Tage nach der Reform 2012 die AKP einen verfassungsmäßigen Zusatz vor der die Einschränkung der Pressefreiheit durch folgende Umstände legitimiert: „to protect national security, public order, public morals, others' rights, private and family life; to avert crimes; to ensure the independence and impartiality of the judiciary; to prevent warmongering and the propagation of every sort of discrimination, hostility or rancor and hatred“.²⁷

²⁶ vgl. <http://www.rog.at/reporter-ohne-grenzen-veröffentlicht-rangliste-der-pressefreiheit.html>

²⁷ Committee to protect Journalists, „Turkeys Press Freedom Crisis“ - The Dark Days of Jailing Journalists and Criminalizing Dissent; Report 2012, S.11

Insgesamt war das Jahr 2012 ein schwarzes Jahr für die Pressefreiheit. Mit 88 getöteten Journalisten und 47 getöteten Bloggern und Bürgerjournalisten weltweit, hat das Jahr 2012 die höchste Beifüllung von getöteten Medienarbeitern, seit Veröffentlichung der Jahresbilanzen von Reporter ohne Grenzen erreicht. Laut RoG Vorstandssprecher Michael Rediske, haben zu den hohen Opferzahlen besonders der Syrien-Konflikt, die Gewalt der Taliban in Pakistan und der Bürgerkrieg in Somalia beigetragen. (vgl. Abbildung 6)

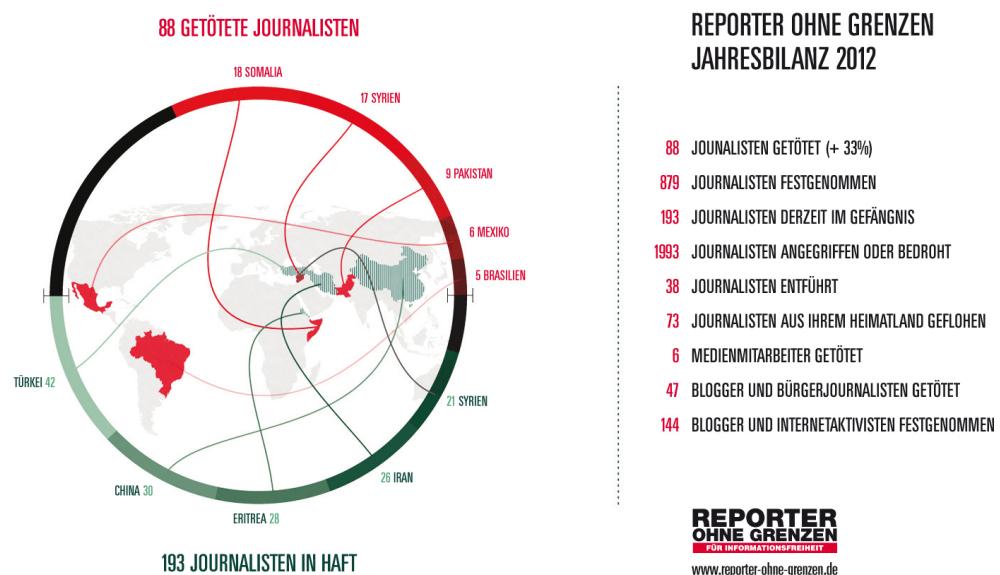


Abbildung 6: Reporter ohne Grenzen Jahresbilanz 2012; Quelle: https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/rte/docs/2012/infografik_bilanz_Layout_1.jpg ; Stand 12.08.2013

Den Berichten von Reporter ohne Grenzen zufolge befinden sich mindestens 193 Journalisten und 130 Blogger und Internetaktivisten hinter Gittern, die meisten von ihnen in der Türkei und in China. In der Türkei sind es mindestens 42 Journalisten und 4 Blogger, die wegen ihrer Arbeit in Haft sind. In Summe ist die Zahl der Inhaftierten Journalisten viel höher, jedoch kann auf Grund der Intransparenz und Unzugänglichkeit der Daten, nicht immer eine direkte Verbindung hergestellt werden. Den genannten 46 türkischen Inhaftierten kann jedoch der direkte Zusammenhang zu ihrer Arbeit und ihrer Inhaftierung nachgewiesen werden. Die Zahl der gefangenen Journalisten war seit dem Ende des Militärregimes 1983 nicht so hoch. Die meisten der Journalisten wurden auf

Grund des umstrittenen Antiterrorgesetzes festgenommen, wobei sich die Festnahmen in der Türkei seit der Verschärfung des Kurdenkonflikts verdoppelt haben.

Die Einteilung der Länder ähnelt stark der vom Freedom House Index. Somit kommen beide Organisationen mit verschiedenen Forschungen und Fragen zu einem ähnlichen Ergebnis, was den Resultaten mehr Gültigkeit verschafft.

Michael Haller (2003) sieht in den Erhebungen einen definitiven Nachrichtenwert, doch zweifelt den wissenschaftlichen Wert sehr an, da weder die Kriterien noch die Durchführung der Studien transparent sind. Dennoch kann durch solche Studien plakativ auf das Problemthema Pressefreiheit aufmerksam gemacht werden. Reporter ohne Grenzen Vorstandsmitglied Michael Rediske beschreibt die Wichtigkeit solcher Studien mit folgenden Worten „Unser Interesse ist mehr Öffentlichkeit für die Gefährdung der Pressefreiheit zu erzeugen. Und allein, dass sich die Öffentlichkeit damit auseinander setzt, warum, ein Land wie Benin vor Italien stehen kann, rechtfertigt unseren Index schon.“ (Hessel 2003, S.55 In Haller 2003, S.159). Zweitens kann durch diese entstandene öffentliche Aufmerksamkeit ein breiter Meinungsaustausch über die Sicherheit und Gefahr der Pressefreiheit im jeweiligen Land oder im Allgemeinen angetrieben werden. Als dritter Vorteil solcher Reports erweist sich die dadurch entstandene Publizität, die häufig auf Detailprobleme Aufmerksam macht und zu einer Situationsveränderung führt, da Regierungen oft durch die negative Einstufung beschämt sind und ihr öffentliches Image im Reinen halten wollen. Des Weiteren entsteht als vierter Punkt für die Organisationen durch die veröffentlichten Berichte ein PR Instrument der Aufmerksamkeit. Die fünften und somit letzten Vorteile dieser Analysen sind die heuristischen Funktionen, die neue Fragestellungen anregen, und neue Blickwinkel und Perspektiven ermöglichen.

Nun soll auf die Entwicklungen der Pressefreiheit in der Türkei im Laufe des 21. Jahrhundert näher eingegangen werden. Die RoG Reports und Ranglisten weisen auf folgende Entwicklungen hin:

2011: Fiel die Türkei im Vergleich zu 2010 wieder in der Rangliste und zwar um zehn Plätze auf Platz 148. Obwohl die türkische Medienlandschaft vielseitig ist wurden 2011 viele Journalisten auf Grund ihrer Arbeit verfolgt. Wie auch im Jahre 2012 sind

Berichterstattungen über die heiklen Themen Ergenekon und KCK, die als politischer Arm der kurdischen Arbeiterpartei PKK gilt, von der Regierung nicht gern gesehen. Durch die strengen Maßnahmen zur Unterdrückung und Einschüchterung der Journalisten, wie beispielsweise durch Verhaftungen und Telefonüberwachungen wird kritische Berichterstattung fast unmöglich gemacht.

2010: Wird auch auf die sorgenbereitende Entwicklung der Türkei hingewiesen, die sich wieder in der Rangfolge verschlechterte hatte und von Platz 122 auf Platz 138 fiel. Eine Welle von Festnahmen und Verurteilung spielte dabei eine wesentliche Rolle, insbesondere bei kurdischen Journalisten oder diesen, die Kurdenproblematik zum Thema gemacht hatten. Somit kam die Türkei in der Rangfolge in die unmittelbare Nähe Russlands mit Platz 140.

2009: Verlor der EU-Anwärter sogar 20 Plätze und landete somit auf Rang 122. Die enorme Zensur wird durch gesetzliche Regelungen legitimiert. Dazu zählen vordergründig der Artikel 301 über die „Verunglimpfung des Türkentums der Republik und der Grundlagen der Institutionen des Staates“ im türkischen Strafgesetzbuch, so wie der Artikel 216 über die „Anstiftung zu Feindschaft und Hass in der Bevölkerung“ und die „Erniedrigung religiöser Werte“. Berichterstattungen über die kurdische Minderheit unterliegen- wie bereits in den vorhergegangene Jahren- den Themen, die staatlicher Zensur unterliegen. Hinzu kam es zu einer großen Anzahl von Internetzensuren. Im Besonderen war Youtube durch dort hochgeladene beleidigende Darstellungen des Republikgründers Mustafa Kemal Ataturk von der Zensur betroffen.

Auch im Jahr 2008 war Online Zensur ein Thema. Sperrungen von Seiten, das Filtern von Inhalten sind Usus, wenn diese durch die Behörden als beleidigend empfunden werden. 2008 befand sich die Türkei auf Platz 102 der Rangliste.

2007: Die Türkei war in diesem Jahr neben Russland das einzige Land in Europa, in dem ein Journalist ermordet wurde. Hrant Dink, der armenisch-türkische Journalist und Herausgeber der Zeitung „Agos“, wurde am 19. Jänner 2007 vor seiner Redaktion von einem Ultronalionalisten erschossen. Das Land war durch das Attentat gespalten. Auf der

einen Seite gingen Tausende von Menschen auf die Straßen um Hrant Dink die letzte Ehre zu erweisen. Demgegenüber spürte man die Genugtuung von nationalistischen Kreisen über den Mord am türkisch-armenischen Journalisten. Trotzdem befand sich die Türkei im Jahr 2007 noch auf Rang 101.

2006: In diesem Jahr besetzte die Türkei Platz 100.

2005: Trotz scharfer Kritik am neuen Strafgesetzbuch wurden weniger Verstöße gegen die Pressefreiheit in der Türkei gezählt. Somit konnte das Land seinen Rang von 2004 (Platz 114) verbessern und befand sich auf Rang 98. 2003: Platz 116. 2002: Platz 100.

Eine stete Verschlechterung der Lage der Pressefreiheit ist in den letzten 13 Jahren deutlich erkennbar. Die Türkei verliert jährlich Plätze in der Rangordnung und rutscht somit immer mehr ans Ende des Rankings.

Reporter ohne Grenzen veröffentlicht seit 1995 Zahlen von weltweit getöteten Journalisten. Die Graphiken (Abbildung 7, 8, 9) zeigen, dass die Zahlen in den letzten Jahren wieder gestiegen sind.

Getötete Journalisten seit 1995

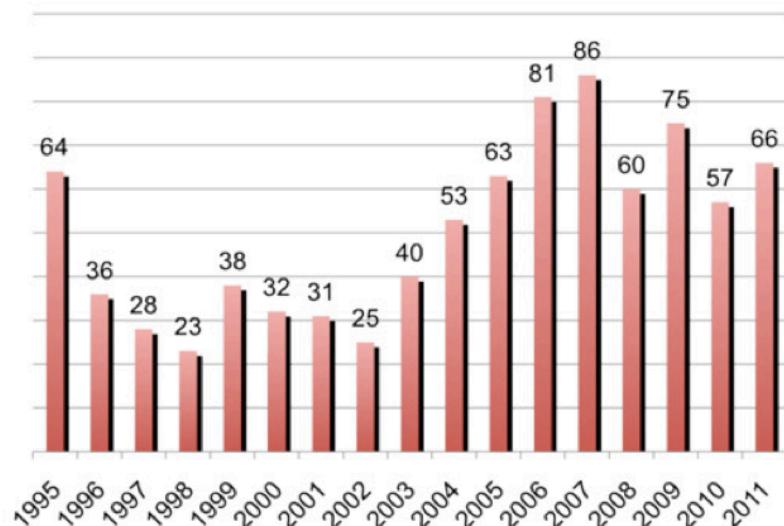


Abbildung 7: Getötete Journalisten seit 1995; Quelle: ROG Jahresbilanz 2011 <http://www.rog.at/Bilanz%2011.pdf>;

Stand 05.04.2013

Getötete Journalisten: Keine Weltregion bleibt verschont

Bilanz 2011*	Getötet	Festgenommen	Angegriffen oder bedroht	Zensierte Medien	Entführt
Amerika	18	121	513	154	2
Naher Osten	20	252	553	79	30
Afrika	9	253	245	95	3
Asien	17	119	347	93	34
Europa / GUS-Staaten	2	299	301	78	2
Gesamt	66	1044	1959	499	71

* Die Zahlen beziehen sich auf Repressionen gegen Journalisten.

Abbildung 8: Getötete Journalisten alle Weltregionen; Quelle: ROG Jahresbilanz 2011
<http://www.rog.at/Bilanz%2011.pdf>; Stand 05.04.2013

	2009	2010	2011	Entwicklung
Journalisten getötet	76	57	66	+16%
Journalisten festgenommen	573	535	1044	+95%
Journalisten angegriffen oder bedroht	1456	1374	1959	+43%
Medien zensiert	570	504	499	-1%
Journalisten entführt	33	51	71	+39%
Internetaktivisten getötet	-	1	5	+500%
Blogger und Internetaktivisten festgenommen	151	152	199	+31%
Blogger körperlich angegriffen	61	52	62	+19%
Länder von Internetzensur betroffen	60	62	68	+10%

Abbildung 9: Entwicklung Jahre 2009-2011; Quelle: ROG Jahresbilanz 2011 Quelle:
<http://www.rog.at/Bilanz%2011.pdf>; Stand 05.04.2013

Im Jahr 2011 kam es fast zu einer Verdopplung der festgenommenen Journalisten: von 535 Festnahmen auf 1044 Festnahmen. Dieser enorme Anstieg ist auch das Resultat vieler Festnahmen im Zuge des Arabischen Frühlings. In fast allen anderen Kategorien ist

ebenfalls eine starke Zunahme zu erkennen. Es kam 2011 zu 43 Prozent mehr Angriffen und Drohungen gegen Journalisten und zu 31 Prozent mehr Festnahmen bei Bloggern und Internetaktivisten, was auf die immer wichtiger werdende Rolle dieser bei der Verbreitung von Online Informationen zurückzuführen ist. Auch bei den aktuellsten Demonstrationen in der Türkei rund um den Gezi-Park waren Cyberaktivisten einer der wichtigsten Informationsübermittler, die unzensiert über die Geschehnisse berichteten. Es kam bei diesen Protesten ebenfalls zu Verhaftungen von Internetaktivisten und Sperrungen von Online Seiten.

Committe to protect journalists (CPJ) kommt durch seine Beobachtungen und Kontakte zu sehr ähnlichen Resultaten. Auch bei CPJ ist die Türkei das Land, in dem die meisten Journalisten auf Grund ihres Berufs festgenommen werden. Diese Informationen zeigen ebenfalls auf, dass die meisten der inhaftierten Journalisten kurdischer Abstammung sind, oder zu liberalen Zeitungen gehören, die über die sensible Situation zwischen Kurden und Türken berichten. Kritische Journalisten, Zensur, Regierungsdruck an die Medien, und Gesetzesartikel machen die Arbeit eines qualitativen, kritischen Journalismus in der Türkei fast unmöglich.

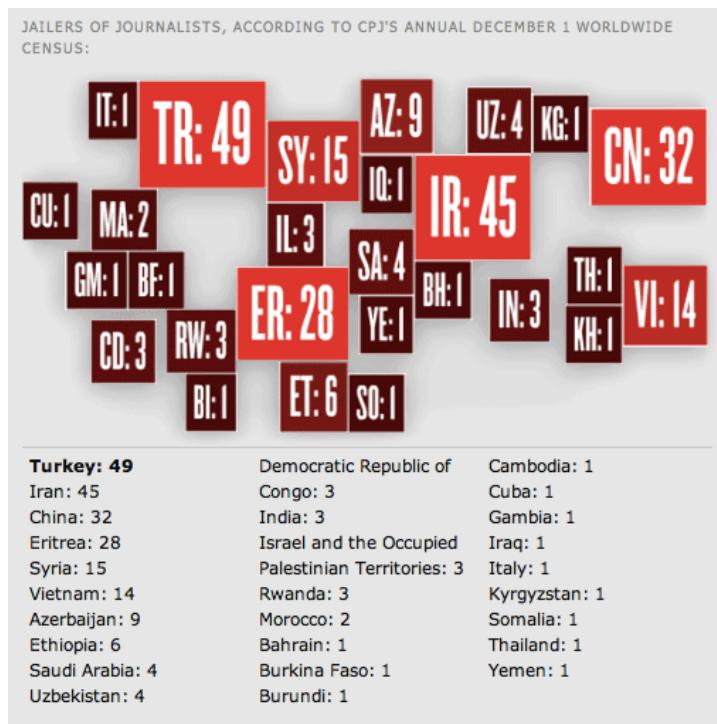


Abbildung 10: Inhaftierte Journalisten 2012; Quelle <http://www.cpj.org/imprisoned/2012.php>, Stand 17.05.2013

Abbildung 10 zeigt die inhaftierten Journalisten weltweit, für das Jahr 2012. Der Spitzensführer ist die Türkei mit 49 verhafteten Journalisten. Dicht gefolgt vom Iran mit 45 Inhaftierten und China auf Platz drei mit 32 Journalisten. Insgesamt waren es im Jahr 2012 232 Journalisten, die sich weltweit im Gefängnis befanden. Eine CPJ Studie, die am 1. August 2012 veröffentlicht wurde zählte 61 verhaftete Journalisten. In der Zwischenzeit wurden einige Journalisten frei gelassen und so waren es bei der zweiten Publikation am 1. Dezember 2012, 49 Journalisten, die sich im Gefängnis befanden. 98 Prozent der am 1. Dezember inhaftierten Journalisten sitzen auf Grund von Terrorbeschuldigungen und regierungsfeindlichen Anschuldigungen im Gefängnis. Von diesen arbeiteten 74 Prozent für prokurdische Medien- 84 Prozent wurden nicht wegen einer Straftat verurteilt und warten auf ihren Prozess, 76 Prozent sitzen seit 2011 und 2012 im Gefängnis.

Der Premierminister Recep Tayyip Erdogan erhebt regelmäßig Beleidigungsklagen gegen Journalisten. Diese werden durch die strengen Zensurmaßnahmen ermöglicht, da Verlage und ihre Journalisten Angst vor finanziellen und beruflichen Vergeltungsmaßnahmen haben. Diese fürchten um ihre Jobs und ihre Freiheit oder um finanzielle Vergeltungsmaßnahmen, wenn ihre Worte womöglich den Minister beleidigen könnten. Aus diesen Gründen werden Journalisten eingeschüchtert und mundstill gemacht. Dadurch wird die freie Meinungsäußerung zu sensiblen Informationen verdrängt. 2005 klagte Erdogan einen Verleger an, weil er in seinem satirischen Magazin „Penguen“ als Cartoon abgebildet wurde. 2006 klagte er die linke Tageszeitung „Günlük Evrensel“ und ihren Kolumnisten Yücel Sardpere der Beleidigung an, weil dieser den Text eines bekannten Liedes abgeändert hatte zum Titel „Wir gingen diese Straßen gemeinsam“ und dabei eine Beziehung Erdogans auf den Korruptionsskandal des Finanzministers implizierte. Erdogan erhielt eine Entschädigung von USD 2,219. Im Jahre 2008 entschied das Gericht, dass der Autor und Journalist Erbil Tusalp der linken Tageszeitung „Birgün“ auf Grund von zwei Publikationen die Grenzen von akzeptabler Kritik überschritten hatte und eine Entschädigungssumme von USD 5546 an Erdogan zu zahlen hatte. Der erste Artikel erschien im Dezember 2005, der Erdogans Taten und Ziele als absurd bezeichnete. Er kritisierte auch seine Aussagen, dass niemand wegen des Artikels 301 im Gefängnis säße, sowie die Informationen zum Volkseinkommen und der Inflation. Der zweite Text wurde im Mai 2006 publiziert mit dem Inhalt, dass Erdogan ein nervöses Wrack geworden sei

und an einer psychopathisch aggressiven Krankheit leide. Tusalp versicherte, dass es nicht seine Absicht gewesen sei, Erdogan zu beleidigen, sondern ihn zu kritisieren und bezog sich dabei auf Aussagen und Interviews, die vom Premierminister getätigt wurden. Tusalp legte beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Klage gegen das Urteil ein, welches sich zu Gunsten des Journalisten entschied.

„The Court considered that the final judgments given in the compensation cases brought by the Prime Minister of Turkey for protection of his personal rights had constituted an interference with Tuşalp’s right to freedom of expression. That interference was prescribed by Turkish law and it had pursued the legitimate aim of protecting the reputation and rights of others for the purpose of Article 10. As regards the question of whether the interference had been necessary in a democratic society, the Court noted that the articles had concerned Tuşalp’s comments on current events and issues such as the allegedly illegal conduct of high-ranking politicians and the Prime Minister’s alleged aggressive response to a number of events. There was no doubt that those were important matters in a democratic society of which the public had a legitimate interest in being informed and which fell within the scope of political debate.“²⁸

Tusalp erhielt vom Staat ein Entschädigungsentgelt in Höhe von USD 6410.

Insgesamt ist für das 21. Jahrhundert eine stete Steigerung von inhaftierten Journalisten wegen ihres Berufes erkennbar. Presse- und Meinungsfreiheit wird in vielen Ländern der Welt nicht respektiert und Menschen werden wegen ihrer Meinung festgehalten. Im Jahr 2000 waren es 81 Journalisten die in Gewahrsam gehalten wurden.

Schon zu Beginn des Jahrtausends fiel die Türkei mit 14 inhaftierten Journalisten auf, da die Zahlen in den Jahren zuvor auch sehr angestiegen waren. 2011 kamen 13 von 118 weltweit verhafteten Journalisten, die hauptsächlich für sozialistische, linke und pro-kurdische Medien schrieben, aus der Türkei. 2002 stieg die internationale Zahl auf 139 Journalisten, wovon 13 Inhaftierte aus der Türkei kamen. 2003 verbesserte sich die Lage in der Türkei und es befanden sich nur noch fünf Journalisten im Gefängnis- weltweit waren es 138. 2004 wurden vier Journalisten freigelassen und es gab nur mehr einen inhaftierten Journalisten in der Türkei. Auch im internationalen Vergleich sank die Zahl auf 122 Journalisten. 2005 und 2006 saß noch als einziger Journalist, Memik Horuz, wegen

²⁸ <http://www.humanrightseurope.org/2012/02/turkish-journalist-awarded-e5000-after-freedom-of-expression-court-victory/>

„Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation“ im Gefängnis. Weltweit waren es 2005 125 Journalisten und 2006 134, die sich im Gefängnis befanden. 2007 und 2008 waren die Jahre der Pressefreiheit in der Türkei – laut CPJ befand sich kein Journalist in der Türkei im Gefängnis. International sank die Anzahl 2007 auf 127 Journalisten und 2008 auf 125. 2009 saß Aylin Duruoglu mit der Beschuldigung in Kooperation mit einer vom Staat als terroristische Organisation eingestuften Einrichtung zu stehen, die den Staat stürzen wollte im Gefängnis. Ihr stünde bei Verurteilung eine 15 jährige Gefängnisstrafe bevor. Weltweit stieg die Zahl der inhaftierten Journalisten auf 136. Im Jahr 2010 stieg die Anzahl der türkischen Journalisten auf vier, wobei Aylin Duruoglu aus dem Jahr zuvor sich nicht mehr unter ihnen befand. International stieg die Zahl auf 145 Journalisten. 2011 stieg die Zahl der weltweit inhaftierten Journalisten auf die besorgniserregende Zahl von 179, in der Türkei waren es 8 Journalisten, die sich im Gefängnis befanden. Der Sprung von 2011 auf 2012 war jedoch drastisch: von acht inhaftierten Journalisten in der Türkei, stieg die Zahl auf 49 und international auf 232 (siehe Abbildung 11). Es ist abzuwarten, wie viele Journalisten auf Grund der Gezi-Park Proteste 2013 inhaftiert wurden.

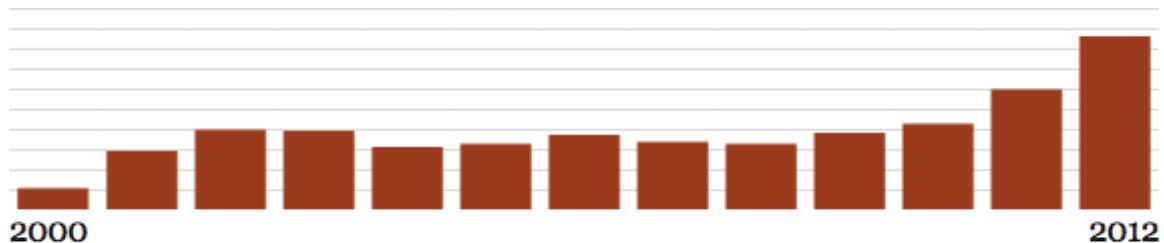


Abbildung 11: Entwicklung der inhaftierten Journalisten weltweit; Quelle <http://www.cpj.org/imprisoned/2012.php>
Stand 17.05.2013

8.2.2 Aktuelle Ereignisse

2012 begann ein Großprozess gegen 40 Mitarbeiter, die im Dezember 2011 festgenommen wurden. Diese arbeiteten hauptsächlich für linke und prokurdische Medien denen Propagandatätigkeiten für eine kurdische Organisation (KCK) vorgeworfen wurde. Auch in dieser Causa wurde das umstrittene Antiterrorgesetz angewendet. Den meisten in der Türkei inhaftierten Journalisten werden Straftaten nach dem Antiterrorgesetz zur Last gelegt. Dieses Gesetz erlaubt, Verdächtige vier statt der üblichen zwei Tage in Polizei Obhut zu halten und in den ersten 24 Stunden ist ihnen den Kontakt zu einem Anwalt

untersagt. Angehörige der Inhaftierten erhalten erst verzögert Informationen über den Aufenthaltsort der Verhafteten. Da die Untersuchungshaft in der Türkei im Gegensatz zu anderen Ländern sehr lange ist, erhält die Türkei immer wieder internationale Kritik und wurde schon mehrmals vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt.

Im April 2012 hatte die OSCE (Organisation for Security and Co-operation in Europe) eine Studie durchgeführt, die aufwies, dass sich 95 Journalisten im Gefängnis aufhielten. Die Studie zeigte, dass die meist angewendeten Gesetze um Journalisten zu verhaften, die Artikel 5 und 7 des Antiterrorgesetzes sind. Diese Gesetze des Strafgesetzbuches umfassen die Teilnahme an terroristischen Delikten, der Organisation und Beihilfe von Propagandaaktivitäten. Artikel 314 gehört ebenfalls zu den oft angewendeten Gesetzen, dass sich auf die Gründung, Führung und Mitgliedschaft von bewaffneten Organisationen mit besonderen Vergehen und strafbaren Handlungen bezieht. Dunja Mijatović, Repräsentantin des OSCE für Medienfreiheit, äußerte sich besorgt über die Lage der Pressefreiheit in der Türkei. “The sheer number of imprisoned journalists raises fundamental questions about the law and policy on journalism and free expression in Turkey. I am concerned that the threat of imprisonment will lead to further widespread self-censorship. The laws need to be changed so journalists are not jailed for their work. Those who are in prison now need to be released.”²⁹. Mijatović sieht ein, dass die Regierung das Recht hat die nationale Sicherheit und ihre Bevölkerung durch Terrorismus zu schützen, jedoch nicht jedes sensible Thema als terroristisches abzustempeln, da dies Basis einer demokratischen Gesellschaft ist und Journalisten die Aufgabe haben die Öffentlichkeit zu informieren. (vgl. ebd.)³⁰

Zwei bekannte Journalisten-Schicksale, die in der Öffentlichkeit viel Aufsehen erregt hatten, waren die Inhaftierungen der investigativen Journalisten Ahmet Sik und Nedim Sener, die unter dem Vorwand Terroristen der Organisation Ergenekon zu sein, seit März 2011 im Gefängnis sitzen. Sik, war Lehrender an der Istanbul Bilgi Universität, Mitarbeiter der Zeitungen „Milliyet“, „Cumhuriyet“ und „Bianet“, sowie Autor einiger Bücher zum Thema Ergenekon. Ergenekon soll eine nationalistische militante Untergrundorganisation sein, die als Ziel den Sturz der Regierung hat. Diese Organisation soll mit dem „tiefen

²⁹ <http://www.osce.org/fom/89370>

³⁰ ebd.

Staat“ Hand in Hand gehen, der einen Staat im Staat bilden soll. Hierbei geht es um eine ultranationalistische Gruppe, die eine besonders repressive Version des Kemalismus vertritt und deren Mitglieder unter anderem aus Militär-, Politik- und Justizkreisen stammen. Ergenekon soll für organisierte Verbrechen in der Türkei verantwortlich sein sollen und seit Jahrzehnten großen Einfluss besitzen. Siks Festnahme basierte auf dem Verfassen des Buches „Die Armee des Imam“ über die mutmaßliche Infiltration der Polizei in die islamische Sekte Gülen. Bei der Festnahme war das Buch jedoch noch nicht einmal publiziert. Die „Gülen Bewegung“ wirkt seit ihrer Gründung 1970 durch Fethullah Gülen die als moderne islamische Gruppierung die Bildung ihrer Mitglieder fördert. Sik wurde auf Grund dieses noch nicht publizierten Werkes inhaftiert und als Ergenekon Mitglied bezeichnet (so wie viele Journalisten vor ihm und nach ihm). In diesem Buchentwurf beschreibt er die Beziehung der türkischen Polizei und der einflussreichen islamischen „Gülen Bewegung“. Die Polizei warf Sik jedoch vor, dass sich in diesem Buch Enthüllungen über die Antiterroreinheit „Ergenekon“ befanden. Siks Wohnung und Orte, wo der Entwurf verborgen sein konnte sowie Kollegen und Freunde wurden nach dem Entwurf durchsucht. So kam es auch am 13. März 2011 zu einer Demonstration mit etwa 5000 Teilnehmern in Istanbul gegen die Festhaltung Siks und Seners.



Abbildung 12: Demonstrationen gegen Sik und Seners Festnahme am 13.03.2011 Quelle: <http://en.rsf.org/turquie-courts-refuse-to-back-down-so-17-03-2011,39820.html>; 14.04.2013; 21:10

Sener war Journalist für die liberale Tageszeitung „Milliyet“ und wurde auf Grund der Veröffentlichung eines Buches über den Mord des türkisch-armenischen Herausgeber Hrant Dink strafrechtlich bedroht und inhaftiert. Sener erzählt in seinem Buch „Roter

Freitag – wer zerbrach Dink's Stift?“ wie der Mord am armenisch-türkischen Schriftsteller verhindert hätte können da zuvor Polizeistellen Informationen über die Bedrohung Dinks und dem Plan eines Attentates erhalten hatten. Am 4. März 2011, nach Bekanntgabe des Urteils für die zwei Journalisten kam es zur Demonstration von circa 2000 Menschen darunter hunderten Journalisten, die für den Freilassung Siks und Sener appellierten.



Abbildung 13: Demonstration für Ahmet Sik und Nedim Sener (Plakat übersetzt: „Heute Ahmet und Nedim. Wer soll es morgen sein?“) Quelle: Reporter ohne Grenzen <http://en.rsf.org/turquie-court-orders-two-journalists-held-04-03-2011,39673.html>; Stand 14.04.2013



Abbildung 14: Demonstration für Ahmet Sik und Nedim Sener (Plakat übersetzt: „2000 Journalisten werden festgehalten“) Quelle: Reporter ohne Grenzen <http://en.rsf.org/turquie-court-orders-two-journalists-held-04-03-2011,39673.html>; Stand 14.04.2013

Ahmet Sik, Nedim Sener, vier Journalisten von „Oda TV“ und weitere Kollegen werden im Gefängnis festgehalten, ohne dass konkrete Schuldzuweisungen bewiesen werden konnten. Es wurde den Angeklagten vorgeworfen in ihren regierungskritischen Veröffentlichungen Terrorismus für die Untergrundorganisation „Ergenekon“ zu machen und den Sturz der Regierung zu planen. Der „Oda-TV“ Fall erregte national und

international viel Aufsehen. Dieses Schicksal teilen viele andere Journalisten, wie beispielsweise Tuncay Özkan, Mustafa Balbay, Baris Acikel und Vedat Kursun, die jahrelang im Gefängnis festgehalten wurden und manche von ihnen immer noch im Gefängnis sitzen und auf einen fairen Prozess warten. Am 5. August 2013 wurde das Urteil für Tuncay Özkan, dem politisch aktiven, früheren Besitzer des Fernsehsenders „Biz TV“ gefällt: lebenslange Einzelhaft. Die OSZE reagierte schockiert über die beispiellose Länge der Haftstrafe. Mit diesem Urteil sei das fundamentale Menschenrecht der Meinungsfreiheit im enormen Maße verletzt. Die betroffenen Angeklagten erhielten Haftstrafen im Rahmen von sechs Jahren bis lebenslänglich.³¹ Mustafa Balbay, ehemaliger Kolumnist der Zeitung „Cumhuriyet“ und Parlamentsabgeordneter der Republikanischen Volkspartei CHP wurde zu 34 Jahren und acht Monaten Haft verurteilt.³²

Großes Aufsehen erregte auch die Festnahme des Verlegers und Menschenrechtlers Ragip Zarakolu in den Jahren 2010/2011. Der Verleger hat das Buch „Die KCK Akte/Der globale Staat und die staatenlosen Kurden“ des Autors Mehmet Gürler publiziert. Dem Autor und dem Verleger wurden die Nähe zu kurdischen Arbeiterpartei vorgeworfen. Es soll durch die Publikation zu kurdischen PKK Verlautbarungen und zu PKK Propaganda geführt haben. Das Buch wurde sofort konfisziert und von allen Verkaufsstellen zurückgezogen. Auch dieser Fall wird auf Grund des „Antiterror Gesetzes“ legitimiert. Gürler wurde für 15 Monate Gefängnisstrafe verurteilt, Zarakolu musste eine Geldstrafe bezahlen. Zarakolu hat in seinem Verlag dutzende Bücher zu Minderheitenproblematiken der Griechen, Armenier und Juden in der Türkei publiziert. Auf Grund einiger Veröffentlichungen wurde Zarakolu in seiner 40-jährigen Berufskarriere einige Male angeklagt und inhaftiert.

Ein weiteres Beispiel der Unterdrückung der Pressefreiheit ist der Fall Nuray Mert, die eine der berühmtesten politischen Kolumnistinnen und Kommentatorinnen des Landes ist. Mert wurde von Ministerpräsidenten Erdogan während einer Wahlansprache in der Stadt Konya verbal angegriffen und die Vorgesetzten ihrer Fernsehshow und Zeitungskolumnen aufgefordert, ihre Beiträge aus den Medien zu streichen. Durch diese Ansprache wurde Mert zur Zielscheibe von Nationalisten.

³¹vgl. <http://www.osce.org/fom/104157>

³² Reporter ohne Grenzen

Vice versa werden kritische Aussagen über Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan immer weniger toleriert und können Journalisten in Schwierigkeiten bringen. So wie im Fall von Ahmet Altan, dem Direktor der Tageszeitung „Tara“ der am 18. Juli 2013 für elf Monate und 20 Tagen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Dieser hatte in einem Artikel den Staat an einem Bombenattentat im Dezember 2011 beschuldigt, dem 34 Menschen zum Opfer fielen.

Publikationen zur Kurdenfrage sind immer noch die heikelsten, da durch die weitgefassten Begriffe im Strafgesetzbuch und durch das „Antiterrorgesetz“ viel darunter subsumiert werden kann. Die einzige kurdisch-sprachige Tageszeitung „Azadiye Welat“ wurde seit ihrer Gründung 2006 bis zum Jahre 2011 schon neunmal eingestellt. Der Chefredakteur Vedat Kursun wurde für 166 Jahre und die Chefredakteurin Emine Demire zu 138 Jahre Gefängnis verurteilt.³³

Die Türkei hat in den letzten Jahren bedeutende positive Entwicklungen in Richtung Demokratie durchgeführt. Diese sind jedoch instabil und werden durch die Regierung nicht so durchgeführt, wie sie auf Papier definiert und unterzeichnet wurden. Zu viele Journalisten können ihrem Beruf als objektiver, wertfreier Berichterstatter nicht nachgehen, da zu viele Gesetze und Zensuren dies nicht gestatten. Es werden jährlich dutzende Journalisten auf Grund der Ausübung Ihres Berufs verhaftet. Die Türkei ist trotz ihrer Öffnung Richtung Westen in den letzten Jahren, kein Land indem Pressefreiheit herrscht. Mut ist eine Eigenschaft die investigative Journalisten benötigen, um kritische Berichterstattung durchzuführen. Denn dem gegenüber stehen Gefängnis, Bedrohungen und physische Gewalt. Es sind nicht nur die bekannten kritischen Themen wie die Kurdenfrage oder der armenische Genozid, die als Tabuthemen gelten, sondern jegliche Kritik gegen die Regierung ist verboten. Dies macht die Ausübung ihres Berufes für Journalisten fast unmöglich. Die Gesellschaft kann somit nicht objektiv über Umstände im Staat informiert werden. Oft werden die Aussagen von Journalisten unter das Gesetz „Propaganda für eine Terrororganisation“ gefasst.

³³ vgl. http://www.ozgur-gundem.com/index.php?haberID=14397&haberBaslik=Azadiya%20Welat'in%20sesini%20duyan%20yok!&action=haber_detay&module=nuce

Zusammenfassend gab eine Schätzung der türkischen Presse Gruppe an, dass im Jahre 2011 3000 bis 5000 gerichtliche Fälle landesweit gegen Journalisten liefen und bis zum Ende August 2012 zumindest 76 Journalisten sich im Gefängnis aufhielten. Dreiviertel davon wurde keiner Tat bestraft und erwarten monatelange bis jahrelange Aufenthalte im Gefängnis für ihre Gerichtsanhörungen.

Die UNESCO musste mit Erschrecken angeben, dass 2012 das tödlichste Jahr für Journalisten war, seitdem diese Verbrechen in der Organisation dokumentiert werden. Statistisch gesehen wurde an jedem vierten Tag ein Journalist getötet. Diese Journalisten waren nicht mehrheitlich Auslandskorrespondenten in Krisengebieten, sondern 85 Prozent Lokaljournalisten, die mit ihrem Leben bezahlen mussten, als sie illegale Aktivitäten aufdecken wollten. Von jenen Gewalttaten wurden 85 Prozent weder aufgeklärt noch strafrechtlich verfolgt. Die Pressefreiheit ist ein wesentlicher Bestandteil der Menschenrechte, die von allen Nationen, insbesondere von jenen, die Mitglied der UNESCO sind, gesichert sein muss. UNESCO-Generaldirektorin Irina Bokova und UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon sprachen in ihrer gemeinsamen Botschaft zum Welttag der Pressefreiheit 2012 die Angriffe auf unsere grundlegenden Freiheiten aus: "Die Meinungsfreiheit ist eines unserer wertvollsten Rechte. Es untermauert alle anderen Freiheiten und legt die Grundlage für die menschliche Würde. Freie, pluralistische und unabhängige Medien sind essenzielle Voraussetzungen für das Menschenrecht auf Meinungsfreiheit"³⁴ Basierend auf diesen Gedanken hat die UNESCO gemeinsam mit anderen UN-Organisationen seit 2010 einen „Aktionsplan zur Sicherheit von Journalisten und zur Frage der Straflosigkeit“ erarbeitet. Dieser Aktionsplan, der Aktivitäten auf nationaler und globaler Ebene erfordert, umfasst unterschiedliche Punkte mit verschiedenen Akteuren:

- Regierungen müssen Journalisten und ihre Tätigkeiten in ihren Gesetzen schützen und die Meinungs- und Informationsfreiheit gewährleisten.
- Diffamierung und Kriminalisierung von Journalisten muss verboten werden.
- Bürgern muss die negativen Auswirkungen einer eingeschränkten Pressefreiheit aufgezeigt werden.

³⁴ <http://www.unesco.de/404.html>

- Journalisten müssen Unterstützungen angeboten werden, wie Informationskurse zum Thema Sicherheit oder angemessene Entlohnung.

9 Die Gezi-Park Proteste

Die Demonstrationen, die am 28. Mai 2013 ihren Ursprung im Gezi-Park, in Istanbul hatten, wurden durch die geplante Abholzung von Bäumen im Park am Taksim Platz ausgelöst, wo ein Einkaufszentrum errichtet werden sollte. Die Welle der Demonstrationen weitete sich in kürzester Zeit durch die ganze Türkei und darüber hinaus über den ganzen Globus aus und wurde zu einer Protestwellte von Bürgern gegen die immer autoritärer werdende Regierung Recep Tayyip Erdogan und seiner islamisch-konservativen AK-Partei. Diese Proteste waren die wichtigsten innenpolitischen Ereignisse der letzten Jahrzehnte.

Als die Proteste am 31. Mai 2013 durch einen Polizeieinsatz gewaltsam niedergeschlagen wurden entstand eine Welle von Protesten gegen die als autoritär empfundene Politik der islamisch-konservativen Regierungspartei. Die Polizei ging mit enormer Härte vor und begegnete den Parkbesetzern mit Tränengas, Wasserwerfern und Knüppeln, wodurch die Situation eskalierte. Aufgrund der unverhältnismäßigen Vorgehensweise der Polizei verbündeten sich immer mehr Menschen mit den Demonstranten. Tausende Menschen wurden von der Polizei festgenommen. Es kam landesweit zu Aufruhen und Protesten, bei denen es laut dem türkischen Ärzteverbandes TTB bis Ende Juni über 8100 registrierte Verletzte und 5 Tote gab.³⁵ Der türkische Ärzteverband TTB befindet sich ebenfalls im Visier Erdogan da dieser in den letzten Jahren mehrmals die Erdogan-Führung kritisiert hatte und auch im Zuge der Demonstrationen scharfe Kritik am extremen Einsatz von Tränengas ausgeübt hatte.

Durch die großen türkischen Diasporagemeinschaften entstand eine Solidaritätsbewegung auf der ganzen Welt. Der Gezi-Park wurde von dem Zeitpunkt an, zum Symbol zivilgesellschaftlichen Widerstandes gegen die brutalen Polizeimaßnahmen und die Regierung.

³⁵ Deutsches Ärzteblatt, Jg. 110, Heft 26, 28. Juni 2013

Wer sind die hunderttausenden von Menschen die gemeinsam auf den Straßen demonstrierten? Sie sind der Querschnitt einer Gesellschaft. Studenten, Hausfrauen, Kemalisten, Kurden, linke Gruppen, Feministinnen, Schwulen und Lesben Gruppen, Fußballfans der drei Istanbuler Mannschaften und viele mehr. Die Ereignisse um den Gezi-Park konnten viele Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen mobilisieren, auch solche, die sonst unpolitisch waren. Die Gründe sind vielseitig. Der Gezi-Park steht für die Privatisierung des öffentlichen Raums und ist somit Teil eines Gentrifizierungsprozesses so wie er in vielen türkischen Metropolen stattfindet. Demonstranten fordern eine Bürgerbeteiligung um diese Prozesse demokratisch zu entscheiden und nicht, wie im Fall Gezi-Park die Partei selbst entscheiden zu lassen. Die Reaktion der Regierung und der Polizei gegen die Besetzung weist auf eine extrem autoritäre Politik. Gewaltsam wurden Demonstranten durch Tränengas verletzt und von den Demonstrationsorten vertrieben. Erdogans harte und kompromisslose Worte und die Betitelung der Demonstranten als „Terroristen“ und „Plünderer“ lösten bei vielen Menschen Wut auf die Regierung aus. Gewaltsame Räumungen des Platzes waren die Folge seiner Worte. Kurz darauf entstand ein eigendynamischer Prozess und die Proteste richteten sich nicht mehr allein gegen den Erbau eines Einkaufszentrums, sondern entwickelten sich zu einem allgemeinen Protest gegen die autoritäre islamisch-konservative Regierung und den daraus resultierenden Eingriffen in den persönlichen Lebensbereich der Bürger. Damit ist beispielsweise das neue Alkoholgesetz gemeint, das den Ausschank nach 22.00 im öffentlichen Bereich verbietet und als Symbol für eine Islamisierung gesehen wird. Erdogan provozierte eine große Anzahl der türkischen Bevölkerung, indem er meinte, dass die bisherigen Regelungen zum Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit zurückzuführen seien auf „Gesetze von zwei Betrunkenen“, womit der Republikgründer Ataturk und sein langjähriger Weggefährte Inönü gemeint waren. Dem gegenüber stellte er das „Gesetz Gottes“, welches Alkoholkonsum verbietet und wichtiger sei. Weitere Eingriffe in die Privatsphäre und in die Familienpolitik sind der Wunsch, dass eine türkische Familie mindestens drei Kinder haben sollte und das Verbot von Eingriffen in die Fristenregelung von Abtreibungen und Kaiserschnittgeburten, die das Bevölkerungswachstum hindern. Eine weitere besonders unsensible Entscheidung Erdogans war es, die dritte Bosporus-Brücke nach dem osmanischen Sultan Selim zu benennen, unter dem die Verfolgung der Aleviten im 16. Jahrhundert stattfand.

Spannungsfelder waren auch die gesellschaftlichen Interessensunterschiede zwischen der ehemaligen kemalistischen urbanen Elite und der neu etablierten nicht-städtischen Oberschicht. Neben den unterschiedlichen Sozialstrukturen wie dem Stadt – Land Gegensatz sind die Differenzen auch durch den Widerspruch von Laizismus und Islam bedingt.

Als die Gezi-Park Proteste begangen, taten die meisten türkischen Medien so, als ob nichts geschehen sei und berichteten zu Beginn nicht über die Ereignisse. CNN Türk sendete eine Dokumentation über Pinguine und der einst renommierte Nachrichtensender NTV eine Koch-Show. Die Fernsehsender erschufen eine Parallelwelt im Wohnzimmer schrieb „Die Zeit“.³⁶ Eine Gleichschaltung der Berichterstattung ist eklatant. Die Bevölkerung sollte nichts über die Massenaufmärsche der Hundertausenden Türkinnen und Türken erfahren. Das wütende Volk schrieb massenhaft auf Facebook und Twitter darüber. Am Montag nach Beginn der Proteste versammelten sich Tausende in Istanbul vor dem Gebäude des „Dogus“ Medienkonzerns, zu dem unter anderem der Nachrichtensender NTV gehört. Dieser hatte am Freitag, als es zur Verschärfung der Proteste kam, eine Dokumentation über Adolf Hitler gezeigt. Die Menschen verlangten eine adäquate Berichterstattung über die Ereignisse im Fernsehen dem wichtigsten Kommunikationsmedium der Türkei. Die türkischen Zeitungen berichteten je nach politischer Gesinnung über die Proteste. Die sozialen Medien wurden zu einer Hauptinformationsquelle, dem das Volk vertraute.³⁷

AKP Chef Erdogan sah hinter den Protesten eine internationale Verschwörung, an der auch ausländische Medien beteiligt seien und eine Aufstachelung durch die Gegnerpartei CHP. Fakt ist jedoch, dass der Großteil der Protestierenden zum ersten Mal an einer Demonstration teilnahm. Eine Meinungsumfrage ergab, dass 56 Prozent der Demonstranten Akademiker, ein Drittel Studenten und 50 Prozent berufstätig waren. Knapp die Hälfte der Demonstranten (49 Prozent) hat sich auf Grund der Polizeigewalt entschieden an den Protesten teilzunehmen. Für 14 Prozent waren die Aussagen Erdogans der Auslöser, 34 Prozent verlangen mehr Freiheit, 18 Prozent fordern die Achtung der Menschenrechte, 8 Prozent sehnt sich nach mehr Demokratie und ein kleiner Anteil von 9

³⁶ <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-06/medien-tuerkei-proteste-fernsehen>

³⁷ ebd.

Prozent fordert den Rücktritt der AKP Regierung.³⁸ Diese (demonstrierende) Mittelschicht ist mit der konservativen Entwicklung des Landes in den letzten Jahren unzufrieden und fordert mehr Demokratie und individuelle Autonomie. Dieser Gruppe steht eine neue soziale Gruppierung gegenüber, die sich durch die positiven Wirtschaftsentwicklungen etablieren konnte, deren Werte im Islam verankert sind und die einen konservativen sittenstrengen Lebensstil pflegt.

Seit Jahren gab es keinen derartigen mutigen Widerstand, in dem die Solidarität im Volk so stark war und der so lange andauerte. Der Taksim-Platz ist ein historisches Symbol des Widerstandes für linke politische Gruppen und Gewerkschaften und wurde schon mehrmals Schauplatz für die Gewalt zwischen Polizei und Demonstranten. Am 1. Mai 1977 wurden am Taksim-Platz bei Demonstrationen 36 Gewerkschafter getötet und Hunderte Menschen durch Tränengas und Wasserwerfern verletzt. Ausgang dieses blutigen Tages war das Verbot der Regierung, den Gewerkschaften am Taksim-Platz eine Kundgebung zu gestatten. Der Fall wurde nie gänzlich aufgeklärt, da nicht herausgefunden werden konnte, wer die Schüsse aus den umliegenden Gebäuden in die Masse abfeuerte. Seit diesem Tag herrscht striktes Demonstrationsverbot auf dem Taksim-Platz. Dennoch kam es am 1. Mai 2008 ebenfalls zu einer Großdemonstration der Arbeiterbewegung mit hunderttausend Menschen, wo die Polizei abermals gewalttätig die Menschenmassen mit Tritten, Schlägen, Gasgranaten und Wasserwerfern verdrängte und so ihre Macht demonstrierte.

Die vergangenen und aktuellen unverhältnismäßigen Polizeieinsätze weisen ein Demokratiedefizit auf und eine Missachtung der Grundrechte. Das Vorgehen der türkischen Polizei wurde international stark kritisiert. In vielen Städten rund um den Globus kam es zu Solidaritätskundgebungen, darunter auch in Wien.

Von Seiten der Regierung gab es keine Bemühungen einen gemeinsamen Weg zu gehen und Kompromisse einzugehen. Die unkooperative Art Erdogans schweißte die heterogene Gruppe immer mehr zusammen. Gewerkschaften schlossen sich zusammen und riefen zu Streiks auf. Die verfeindeten Fan Clubs der drei großen türkischen Fußballvereine „Besiktas“, „Galatasaray“ und „Fenerbahce“ schlossen sich zusammen und protestierten gegen die Erdogan Regierung. Die entstandene Solidarität durch das Verhalten der

³⁸ Vgl. KONDA Gezi Parkı Araştırması: Kimler, neden oradalar ve ne istiyorlar? (Dt Übersetzung: „Gezi-Park Befragung: Wer sind sie, warum sind sie dort und was wollen sie?“)

türkischen Staatsmacht vereinte die Clubs, die normalerweise bei Aufeinandertreffen nach Spielen brutale Ausschreitungen schufen.

Der Gezi-Park Abriss und die Intoleranz der Regierung hatte das Fass zum Überlaufen gebracht. Menschen waren aus unterschiedlichen politischen oder kulturell motivierten Beweggründen schon lange sehr unzufrieden mit Erdogans autoritärem Führungsstil und ergriffen die Möglichkeit des aktuellen Widerstands, um ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen. Die schleichende Islamisierung eines Landes, welches die letzten Jahrzehnte den Spagat zwischen orientalischem Osten und modernen Westen versuchte, ist in der Öffentlichkeit spürbar. Kuss-Verbot in der U-Bahn, Restriktionen beim Ausschank von Alkohol und Stewardessen die nun knielange Röcke tragen müssen sind einige dieser deutlich erkennbaren Zeichen der islamischen Moralität in der Gesellschaft. Neben den Eingriffen in das persönliche Leben der Bevölkerung fürchten die unzufriedenen Bürger das Vorhaben des Premiers ein präsidiales Regierungssystem nach russischem Vorbild einzuführen. Nachdem die muslimisch-konservative Elite nun zu einer lauten und starken Stimme avanciert ist, findet sich die ehemals führende autoritäre bürokratisch-säkulare Elite mit anderen Minderheiten, die sie zuvor ignoriert hatte, auf einer Stufe.

Die Situation ist schwierig, da die AKP mit einer enormen Mehrheit von knapp 50 Prozent der Stimmen einer Wählerschaft gewählt wurde und unterstützt wird. Ein großer Teil der Bevölkerung begrüßt die konservative und islamische Politik, die Erdogan im Land führt. Dieser Teil der Bevölkerung war jahrelang von der politischen Partizipation ausgesetzt. Die kemalistische, urbane Elite und das Militär hatte zuvor das Sagen. Nun kann die durch Erdogan neu etablierte Mittelschicht aus den ländlichen Regionen der Türkei Gehör finden. Diese Gebiete waren auch schon in der Vergangenheit islamischer, als die urbanen westlich-orientierten Großstädte.

Erdogan geht bei den Massendemonstrationen vom Ursprung einer terroristischen Organisation der alten laizistischen Gruppierung aus, die vom Ausland unterstützt wird. Er stempelt diese Menschen – welche fast die Hälfte der Wählerschaft repräsentieren - als innenpolitische Feinde ab und lässt seine muslimisch-konservative Wählerschaft als starken Gegner der Feinde versammeln. Eine Kooperation mit den Demonstranten würde viele seiner strengen AKP Wähler verärgern. Seit der großflächigen Räumung der

besetzten Orte kommt es zur Kriminalisierung der Demonstranten die strafrechtlich verfolgt werden – beispielsweise im Bezug auf das Antiterror Gesetz. Die Demonstranten wussten sich zu helfen und protestierten, in dem sie schweigend am Taksim-Platz standen. Somit schufen die stehenden Protestler ein Zeichen, dass auch ohne lautem Krawall und Gewalt gesetzt werden konnte.

Innenpolitische Entwicklungen gab es bei der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), welche die Interessen der kurdischen Minderheit vertritt, und der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Die BDP hatte sehr diplomatisch den Demonstranten ihre Unterstützung gegeben, ohne dabei eine Anti-AKP Stimmung zu schaffen und den Waffenstillstand zwischen PKK und der Türkei zu gefährden. Ein Bruch der guten Gesinnung zwischen Türkei und PKK würde zu großer Unzufriedenheit im Volk führen da dieses auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen hofft. Durch ihre vernünftigen Handlungen hat die BDP in der Öffentlichkeit Ansehen gewonnen. Die subtile Konkurrenz zwischen Erdogan und Staatspräsidenten Gül wurde auch offengelegt. Während der Proteste versuchten Staatspräsident Gül und Vizepräsident Arinc die aufgewühlten Massen zu beschwichtigen und distanzierten sich von den provokativen Aussagen Erdogans. Jedoch waren das keine bedeutenden Zeichen der Distanzierung, da Gül am 10. Juni 2013 die neue Regelung des Alkoholverkaufs unterzeichnete. Auch Treffen von Erdogan und anderen Regierungsmitgliedern mit Vertretern der Protestbewegung „Solidarität mit Taksim“ führten zu keinen Veränderungen.

Durch die Proteste ist die Nation zweigespalten. Auf der einen Seite sind es die treuen AKP Anhänger, die ihrem Führer zu dieser Macht verhalfen und ihn unterstützen. Auf der anderen Seite sind es die unzufriedenen Mitbürger die nach sozialen und strukturellen Veränderungen streben, die sich nach mehr individuellen Freiheiten, Demokratie und Pluralismus sehnen. Im Moment existiert keine starke Opposition, welche die Wünsche der unzufriedenen Bürger vertreten könnte. Die Oppositionspartei CHP hätte die Möglichkeit durch geschickte Politik Wähler aus den demonstrierenden Gruppen zu gewinnen. Im Moment hat sie es aber noch nicht geschafft diese geschwächte Situation der AKP für sich zu nutzen und die womöglich unsicheren Wähler aus dem AKP Lager für sich zu gewinnen.

Durch die Proteste und die unkooperative, autokratische Reaktion der Regierung ist Erdogans Image sowohl national als auch international angekratzt. Die harten Maßnahmen, die gegen die Demonstranten angewandt wurden, lassen an einer funktionierenden Demokratie zweifeln. Im Herbst 2013 geht es mit den EU Beitrittsgesprächen der Türkei in die nächste Runde. Es ist abzuwarten, was die EU nach den sensationsreichen letzten Monaten dazu zu sagen hat.

Internationale Organisationen wie die OSCE haben sich kritisch über die besorgniserregenden Ereignisse geäußert. Dunja Mijatović, Repräsentantin der Medienfreiheit für OSCE äußerte ihre Bedenken über die äußerst gewalttätigen Maßnahmen der türkischen Polizei, die Medienangestellte während ihrer Arbeit vor Ort verletzten. Mijatović sieht es als Aufgabe der Polizei, die Medien vor Ort zu unterstützen, damit diese die Öffentlichkeit über die Unruhen informieren können. Die Rechte der Journalisten müssten respektiert werden. Stattdessen bewirft die Polizei große Mengen an Protestierenden, darunter auch Journalisten, mit Wasserwerfern und Tränengas. Ahmet Sik von der Tageszeitung „Birgün“, wurde, während er das Aufeinanderprallen von Protestanten und der Polizei fotografierte, mit einem von der Polizei abgeschossenen Tränengas verletzt. Osman Örsal, ein Fotograf von Reuters erlitt während seiner Arbeit vor Ort eine Kopfverletzung und Selcuk Samiloglu, ein Journalist der Tageszeitung „Hürriyet“, wurde von der Polizei attackiert und musste als Folge ins Krankenhaus eingeliefert werden.³⁹ Bis zum 17. Juni stieg die Zahl der verletzten Journalisten laut OSCE auf 20. Mijatović sprach die türkische Regierung an mit der Einschüchterung der Journalisten aufzuhören, ihre Sicherheit nicht zu gefährden und sie somit nicht weiter von ihrer wichtigen Arbeit als Informationsübermittler abzuhalten. In der Zwischenzeit wurden Journalisten inhaftiert, von Polizisten verletzt und gezwungen ihre Fotos zu löschen. Nicht nur lokale, sondern auch internationale Journalisten wurden Opfer dieser harten und gewalttätigen Maßnahmen der Polizei. Die bulgarische TV Journalisten Elena Yoncheva wurde durch Tränengas verletzt, die kanadischen Journalisten Sasa Petricic und Derek Stoffel wurden kurzzeitig inhaftiert und der russische Freelancer Reporter Arkady Babchenko wurde geschlagen und ebenfalls kurzzeitig inhaftiert. Journalisten, die Live Übertragungen machen wollten, wurden durch Wasserwerfer davon abgehalten. Laut

³⁹ vgl. <http://www.osce.org/fom/102213>

Mijatović sollte regierungskritische Berichterstattung nicht nur toleriert, sondern von der Amtsgewalt auch beschützt werden. Sie betonte außerdem die besorgniserregende Tatsache, dass die vier TV Anstalten „Ulusal TV“, „Halk TV“, „Cem TV“ und „EM TV“ auf Grund ihrer intensiven Berichterstattung über die Proteste an den Radio und Fernsehrat („RTÜK“) eine 5000 Euro Strafe zahlen mussten, mit der Begründung, dass sie Gewalt angestiftet und Prinzipien der Rundfunkübertragung verletzt hätten.⁴⁰

Die OSCE hat einen eigenen Verhaltenskodex darüber, wie Medien während Protesten behandelt werden müssen. Demzufolge dürfen Journalisten von rechtlichen und polizeilichen Personen während Demonstrationen nicht von ihrer Arbeit abgehalten werden. Diese müssen sich über die wichtige Rolle der Medien im Klaren sein. Überreaktionen seitens der Polizei dürfen nicht stattfinden. Die Beschädigung oder Beschlagnahmung von Ausrüstungen der Journalisten, um Veröffentlichungen von Ereignissen zu verhindern, ist eine strafbare Handlung, die gerichtlich verfolgt wird und somit strengstens verboten. Die Beschlagnahmung von gedrucktem Material, Filmmaterial oder jeglichem anderen Reportage-Material ist ein Akt der Zensur und somit nach internationalen Standards verboten. Journalisten haben sich als solche zu identifizieren und für objektive Berichterstattung zu sorgen. Sowohl die Polizei als auch Medienmitarbeiter müssen sich mit Respekt begegnen und sich den Regeln einer guten Zusammenarbeit verpflichten.⁴¹ Am 15. Juni 2013 kam es erneut zu einer gewaltsamen Räumung des Gezi-Parks durch die Polizei. Die Protestanten mussten vor den harten Übergriffen mit Tränengas und Wasserwerfern fliehen und versteckten sich in umliegenden Hotels, darunter auch die deutsche Grünen-Vorsitzende Claudia Roth, die sich unter den Demonstranten befand und in Mitleidenschaft gezogen wurde. Eines dieser Hotels war das „Divan“ dass die Protestanten vor den Polizei beschützte und von dieser umzingelt wurde. Während der Proteste teilten Bäcker und private Supermärkte Lebensmittel in der Umgebung für die Protestierenden aus und schenkten damit den Demonstrierenden Vertrauen und Optimismus. Die Solidarität und der Zusammenhalt im Volk waren zu diesem Zeitpunkt groß.

⁴⁰ vgl. <http://www.osce.org/fom/102785>

⁴¹ vgl. <http://www.osce.org/fom/25744>

Unterdessen beschimpfte Erdogan in einer Wahlrede vor seinen versammelten Anhängern die Protestanten als „Terroristen“, die keinen Respekt vor der Regierung hätten und Undankbar seien. Bei diesen Beschuldigungen bezieht er sich auf Artikel 8 des Antiterrorgesetzes:

Propaganda against the indivisible unity of the State: Article 8⁴².

- (1) Written and oral propaganda and assemblies, meetings and demonstrations aimed at damaging the indivisible unity of the Turkish Republic with its territory and nation are forbidden, regardless of the methods, intentions and ideas behind such activities. Those conducting such activities shall be punished with a sentence of between 2 and 5 years' imprisonment and with a fine of between 50 million and 100 million Turkish liras.
- (2) If the offence of propaganda as mentioned in the foregoing paragraph is committed by a periodical as defined in Article 3 of the Press Law No. 5680, its publishers shall be punished additionally by the following amounts of fine: for periodicals issued at less than monthly intervals the fine shall be 90 per cent of the average real sales of the previous month; for printed works that are not periodicals or periodicals that have just entered the market the fine shall be 90 per cent of the monthly sales of the best selling daily periodical. In any case the fine shall not be less than 100 million Turkish liras. Editors in charge of such periodicals shall be punished with half the sentences awarded to publishers and a sentence of between six months and two years' imprisonment.

Die Proteste gingen im September in eine nächste Runde. Wieder kam es zu Verletzungen unter der Zivilgesellschaft und Journalisten.

9.1 Social Media als wichtiges Kommunikations-und Informationsmedium

Die wochenlang andauernden Protestwellen wurden besonders durch soziale Netzwerke und neue Medien angetrieben und haben somit einen transnationalen Charakter bekommen, wodurch die große türkische Diaspora-Gemeinschaft ihre Solidarität bekunden konnte. Im Internet waren Videos im Umlauf, welche die brutale Gewalt der Polizei zeigten. Friedlich demonstrierende Menschen wurden aus nächster Nähe mit Tränengasgranaten beworfen und von Polizisten schlagend misshandelt. Im Laufe der Protestwellen kam es zu vielen schwer verletzten Demonstranten. Nachdem klassische

⁴² https://www.unodc.org/tldb/showDocument.do?documentUid=1525&q=mutual%20legal%20assistance&edit_btn=SEARCH

Medien wie Nachrichten TV-Sender zu Beginn der Demonstrationen nichts darüber berichteten, sondern es bevorzugten Tierdokumentationen oder Kochsendungen auszustrahlen, wurden soziale Medien zur wichtigsten Informationsquelle der Protestierenden. Dutzende Menschen wurden wegen ihrer Beiträge im Netz verhaftet. Die Regierung kündigte an soziale Netzwerke besonders zu kontrollieren.

Durch die Informationsverbreitung während der Proteste durch soziale Netzwerke konnte gesellschaftliche Solidarität entstehen und die internationale Aufmerksamkeit auf die Defizite der türkischen Politik gelenkt werden. Diese geschaffene Sensibilität führt zu einem dynamischen Prozess, wie es ihn schon lange nicht mehr in der türkischen Bevölkerung gab. Unterschiedliche politisch- und kulturell orientierte Menschen ziehen an einem Strang.

Medienberichten zu Folge wurde der Internetzugriff in manchen Stadtteilen blockiert, um so die Verbreitung von unzensierten Informationen und Bildern zu verhindern. Dieses Verhalten ist nicht mit den Regeln des freien Informationsflusses zu vereinbaren. "The Internet must remain a free and open source of information. Security concerns, however legitimate, should not be invoked to hinder the free flow of information," sagte Mijatović, OSCE Repräsentantin für Medienfreiheit Anfang Juni.⁴³ In einem weiteren Statement betonte sie auch die Wichtigkeit des investigativen Social Media Journalismus: "I urge the authorities to respect the right to free expression and the public's right to be informed when investigating social media users."⁴⁴

Soziale Medien entwickelten sich während der Gezi-Park Proteste zum wichtigsten Medium zur Verbreitung von Informationen. Staatliche und öffentliche Fernsehanstalten berichteten zu Beginn kaum über die Demonstrationen und Gewaltausschreitungen, wodurch die Wut unter den Protestierenden über die Selbstzensur der heimischen Medien groß wurde. Demonstranten nutzten diverse Internetportale, um die Außenwelt ausführlich mit Berichterstattungen zu informieren. Termini wie beispielsweise „Occupy Gezi“, „Gezi Park“ oder „Occupy Turkey“ wurden zu Schlagwörtern der Protestbewegungen rund um den Globus. Alle großen Social Media Plattformen entwickelten eigenständige Gruppen die seit Beginn der Demonstrationen tagesaktuell über die Geschehnisse berichteten.

⁴³ <http://www.osce.org/fom/102213>

⁴⁴ <http://www.osce.org/fom/102785>

Augenzeugen kamen zu Wort, Fotos und Videos konnten veröffentlicht werden um so die Welt über die brutale Polizeigewalt, den Verletzungen und andere Vorkommnisse zu unterrichten:

- <http://www.tumblr.com/tagged/occupy-turkey>
- <http://occupyturkey2013.tumblr.com>
- <https://www.facebook.com/OccupyTurkey>
- https://twitter.com/occupy_turkey
- <http://occupyturkeylive.com>
- <https://www.facebook.com/OccupyGezi>
- <http://occupygezipics.tumblr.com>
- <https://twitter.com/OccupyGezi>

Somit schufen die Demonstranten eine Gegenöffentlichkeit zu den türkischen Medien, die nicht alles berichteten. Solche Portale waren für die Mobilisierung von Menschenmassen massiv verantwortlich. Die Dienste wurden auch genutzt um beispielsweise freiwillige Ärzte und Helfer an Orte mit Verletzten zu rufen und andersrum boten sich viele freiwillige Helfer durch die sozialen Netzwerke den Massen an. Es wurden auch WLAN Codes aus diversen Stadtteilen auf den Seiten veröffentlicht, um den Demonstranten die Möglichkeit der Internet-Kommunikation zu gewährleisten. Die Hilfsbereitschaft war unter den Protestierenden sehr groß.



15: Demonstrationen in Taksim; Quelle: <https://www.facebook.com/Saat2201?ref=ts> ; 14.07.2013, Istiklal Avenue Istanbul; Stand 01.11.2013



Abbildung 16: Demonstrationen im Gezi-Park; Quelle <http://www.tumblr.com/tagged/occupy-turkey>; Stand 29.10.2013

Die weitreichende Macht der sozialen Netzwerke ist am Beispiel der Werbung in der „New York Times“ zu sehen. Binnen nur 24 Stunden konnten durch den Anbieter Indiegogo (www.indiegogo.com), angetrieben von drei US amerikanischen Aktivisten, Spenden im Wert von \$55.000 US-Dollar eingesammelt werden um so eine einseitige Werbeeinschaltung in der „New York Times“ zu finanzieren (siehe Abbildung 17). Somit konnte auf die Proteste und die fehlende Demokratie in der Türkei aufmerksam gemacht werden.

Indiegogo ist eine Plattform, die es jedem ermöglicht, online Spenden für unterschiedliche Zwecke zu sammeln und damit Werbungen zu schalten.



Millions are outraged by the violent reaction of their government to a peaceful protest aimed at saving Istanbul's Gezi Park.

Outraged, yet not surprised.

Over the course of Prime Minister Erdogan's ten-year term, we have witnessed a steady erosion of our civil rights and freedoms. Arrests of numerous journalists, artists, and elected officials and restrictions on freedom of speech, minorities' and women's rights all demonstrate that the ruling party is not serious about democracy.

Time and again, the Prime Minister has mocked and trivialized his nation's concerns while Turkey's own media have remained shamefully silent.

The people protesting bravely throughout Turkey are ordinary citizens. We span several generations and represent a spectrum of ethnic, religious, socioeconomic, ideological, sexual, and gender identities. We stand united because of our concern for Turkey's future. Our future.

WE DEMAND AN END TO POLICE BRUTALITY.

WE DEMAND A FREE MEDIA.

WE DEMAND OPEN DEMOCRATIC DIALOGUE between citizens and those elected to public service, not the dictates of special interests.

WE DEMAND AN INVESTIGATION of the government's recent abuse of power, which has led to the loss of innocent lives.

Join the conversation and stand with us in solidarity.

CROWDFUNDED ENTIRELY BY CONCERNED INDIVIDUALS FROM AROUND THE WORLD

Gezi Democracy Movement gezidemocracymovement@gmail.com

Abbildung 17: Werbeeinschaltung in der New York Times; Quelle <http://www.indiegogo.com/projects/full-page-ad-for-turkish-democracy-in-action>, Stand 30.10.2013

Ich selbst besuchte die Türkei nach Beginn der Proteste zwei Mal, einmal im Juli 2013 und einmal im September 2013. Beide Male sprachen sich Verwandte und Bekannte positiv über die Protestwellen aus. Da es eine aufregende aber auch ungewisse Zeit für das Land sei, fühlten sie sich auch unsicher. Ich sprach auch mit Taxi- und Busfahrern, die sich sehr unzufrieden über die politische Lage des Landes äußerten. Sie fühlten sich vom Staat im Stich gelassen und verstanden nicht warum die Staatsgelder für Konsumprojekte investiert

werden und nicht für das nicht funktionierende Gesundheitswesen. Auf Grund der westlichen (laizistischen) Orientierung der Personen habe ich nur von der Unzufriedenheit und Unsicherheit über die Situation des Landes erfahren können. Die Menschen beklagten, dass es keine ernstzunehmende Opposition, keinen Menschen, keine Gruppierung gäbe, die eine neue Welle von Demokratie und Entfernung des autoritären Führungsstils der AKP herbeiführen könnte. Zu viele wichtige Dinge befänden sich schon in der Obhut der AKP. Kritik und die Möglichkeit dagegen zu rudern, sei schwierig.

Die Proteste, die wegen des Abrisses eines Parks anfingen, wurden zu einem Protest für Demokratie, Werte von Freiheit und Bürgerrechten. Es entstand ein landesweiter Drang nach Veränderung, der von Menschen aus unterschiedlichen Gruppen verlangt wurde. Die Gezi-Park Proteste zeigten der Regierung erstmals, dass das türkische Volk eine Meinung hat, die nicht die der Regierung entspricht und, die gehört und respektiert werden solle.

10 CONCLUSIO

Die Pressefreiheit ist ein grundlegendes Recht einer Demokratie und ihrem dazugehörigen Massenmedien-System. Die Türkei, die offiziell ein demokratischer Staat ist, kann jedoch die Ansprüche und fundamentalen Bedingungen für die Einhaltung der Pressefreiheit nicht garantieren. Trotz vermeintlicher Öffnung zum Westen durch EU-Beitrittsgespräche und Wirtschaftsboom sind seit Beginn des neuen Jahrtausends enorme Rückschritte in der Wahrung der Pressefreiheit zu erkennen. Diese wurden durch die AKP Regierung und Premierminister Recep Tayyip Erdogan besonders verstärkt.

Die Türkei ist das Land mit den meisten inhaftierten Journalisten weltweit. Im Rekordjahr 2012 befanden sich laut Reporter ohne Grenzen 46 und laut Committee to protect Journalists 49 Journalisten auf Grund ihres Berufs im Gefängnis. Die Organisationen vermuten eine viel größere Anzahl an eingesperrten Journalisten, jedoch kann dies auf Grund der Intransparenz des türkischen Rechtssystems nicht nachgewiesen werden. Diese Zahlen sind erschreckend, da seit Ende des Militärregimes 1983 nicht mehr so viele Journalisten in türkischen Gefängnissen saßen. In den jährlich publizierten Ranglisten der NGOs befindet sich die Türkei auch stets unter den Schlusslichtern, wobei eine konstante Verschlechterung der Türkei seit Anfang des Jahrtausends im Ranking zu erkennen ist. Obwohl die Türkei ein demokratischer Staat ist teilt sie ihre schlechte Positionierung mit diktatorischen Staaten wie China, Iran oder Sudan. Wirft man einen genauen Blick auf die Zahlen diverser Organisationen, ist ebenfalls eine stete Steigerung der eingesperrten Journalisten im Laufe der letzten 13 Jahre zu erkennen, wobei 2012 das Rekordjahr bildet. Dies steht in engem Zusammenhang mit der islamisch-konservativen Regierung der AKP, die seit 2001 an der Macht ist. Diese duldet keine Kritik und lässt Journalisten zu Dutzenden wegsperren. Mit großem Interesse sind die Zahlen für das Jahr 2013 zu erwarten, da es während der Gezi-Park Demonstrationen zu vielen Festnahmen kam.

Im Laufe dieser Arbeit wurde sukzessive versucht die Forschungsfragen zu beantworten. Auf die Frage warum die Wahrung der Presse- und Meinungsfreiheit und die damit verbundene Demokratie in der Türkei im 21. Jahrhundert immer noch so problematisch ist,

kann eingangs schon festgestellt werden, dass im Gegensatz zur Zeit der Republikgründung und der Ideologie Atatürks nicht mehr von einem laizistischen Staat gesprochen werden kann. Staat und Religion sind in den letzten Jahren keine getrennten Systeme mehr, sondern verschmelzen immer mehr durch die Politik Erdogans, wodurch die Religion fortlaufend mehr Macht in der Gesellschaft erlangt. Da Erdogans Politik eine konservativ-islamische ist, wirkt sich das in den Gesetzestexten und den Massenmedien aus. Geburtenregelung, Alkohol- und Kussverbot in der Öffentlichkeit sind Ergebnisse dieser Regierung. Die Pressefreiheit wird durch etliche vage formulierte Paragraphen (Antiterrorgesetz, Verunglimpfung des Türkentums, Mitglied einer illegalen Organisation, Diffamierung einer Person etc.) in der Verfassung eingeschränkt. Tabuthemen werden aufgestellt, wodurch eine öffentliche Problematisierung nicht gestattet wird. Zu diesen Themen zählen unter anderem die Kurdenproblematik, der Mord an den Armeniern, Aramäern und Griechen zu Beginn des 20. Jahrhunderts und kritische Äußerungen gegenüber des Premierministers und seiner Regierung. In einer funktionierenden Demokratie dürfen sich Journalisten kritisch gegen die Regierungsspitze äußern und kontroverse Meinungen veröffentlichen. In der Türkei bekommen Journalisten dafür eine „Beleidigungsklage“ und müssen für eine unverhältnismäßig lange Zeit ins Gefängnis. Die einzeln bestehenden Systeme Massenmedien, Politik und Religion sind nicht in sich geschlossen, autopoietisch und auf ihre eigene Umwelt bedacht, sondern vermischen sich. Das System kann nicht mehr aus den für sich relevanten Informationen wählen, diese selektieren, ihnen Sinn geben und dadurch seine eigenen Realität bilden, sondern wird von einem oder mehreren Systemen manipuliert. Dadurch, dass die Massenmedien durch die Politik, die wiederum ihre Wurzeln in der Religion hat- beeinflusst wird, und Themen vorgegeben beziehungsweise verboten werden, kann keine freie Meinungs- und Pressefreiheit existieren. Die Gesellschaft wird einseitig informiert, und kann kein umfassendes Wissen über Tatbestände erlangen.

Die nächste Frage, die im Zuge dieser Arbeit beantwortet werden sollte, war nach den Gründen zu forschen, warum die Türkei weltweit die meisten Journalisten im Gefängnis hält. Massenmedien haben laut Luhmann die Aufgabe die Gesellschaft zu beobachten beziehungsweise die Selbstbeobachtung der Gesellschaft zu beobachten, und dadurch Anschlusshandlungen zu ermöglichen. Dies kann jedoch nur geschehen, wenn

Massenmedien in ihrer Beobachterrolle zwischen Selbst- und Fremdreferenz unterscheiden. Journalisten sind Träger des Systems Massenmedien und können nur durch Gewährleistung der Pressefreiheit durch einen demokratischen Staat ihrer Arbeit nachgehen. Warum die Türkei das größte Gefängnis für Journalisten bildet, ist, weil keine der zuvor genannten Eigenschaften in der Türkei gegeben sind. Durch die praktische Inexistenz der Pressefreiheit, durch eine Vielzahl von Gesetztestexten und einer öffentlichen Denunzierung von Journalisten durch die Regierung, bestehen viele Möglichkeiten Journalisten zu inhaftieren. Die aufsehenerregenden Fälle der Journalisten Nedim Sener und Ahmet Sik oder des Verlegers Ragip Zarakolu zeigen, dass freier und investigativer Journalismus nicht möglich sind. Die enorm hohen Haftstrafen machen einen furchtlosen und freien Journalismus nahezu unmöglich. Sanktionen als Machtspielzeug des Staates machen Journalisten mundtot und zwingen sie zur Selbstzensur. Die wirtschaftliche Abhängigkeit von Medienhäusern und die Nachteile die bei regimekritischer Berichterstattung auftreten würden, machen diese ebenfalls zu Marionetten des politischen Systems. Das mentale Weiterentwicklungspotential und der freie, unzensierter Informationstransfer sind wesentlich für eine demokratische Gesellschaft. Durch den einseitigen Informationstransfer können kein freies Denken und keine eigenständigen Meinungen im Volk entwickelt werden. Es entsteht eine manipulierte Realität.

Es gibt viele Parallelen und Ähnlichkeiten zwischen den Festnahmen unterschiedlicher Journalisten. Meist sind es Berichterstattungen von Themen, welche die Regierung als „sensibel“ ansieht (zum Beispiel Kurden, Ergenekon oder Kritik an Premier Erdogan). Die Festnahmen erfolgen größtenteils durch Bezug auf Artikeln des vage formulierten Antiterrorgesetzes. Diese Artikel des Strafgesetzbuches umfassen die Teilnahme an terroristischen Delikten sowie der Organisation und Beihilfe von Propagandaaktivitäten. Artikel 314 gehört ebenfalls zu den oft angewendeten Gesetzen, dass sich auf die Gründung, Führung und Mitgliedschaft von bewaffneten Organisationen mit besonderen Vergehen und strafbaren Handlungen bezieht.⁴⁵ Durch den diktatorisch-ähnlichen Regierungsstil gibt es keine Möglichkeit sich gegen die Urteile zu wehren. Auch internationale Kritik schlägt auf taube Ohren. Die Unterzeichnung diverser internationaler

⁴⁵ vgl. <http://www.osce.org/fom/89370>

Kodizes, die für die Wahrung der Menschenrechte und Meinungs- und Pressefreiheit stehen, stellen nichts weiter als pro forma Papiere dar. Diese haben keine gesetzlichen Auswirkungen auf die Handhabung der Türkei in diesen Anliegen. Die Türkei ist nach Russland auf Platz zwei für Klagen (16.900 Beschwerden), die beim EGMR gegen Verstöße der Menschenrechte im Jahr 2012 eingegangen sind.⁴⁶ Dieser Umstand zeigt, dass der EU-Anwärter noch ein großes Verbesserungspotenzial im Umgang mit seinen Bürgern hat.

Die dritte Forschungsfrage mit der sich diese Magisterarbeit befasst hat, war die Frage danach, welche Auswirkungen die Gezi-Park Proteste auf den Demokratisierungsprozess und die Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei hatten.

Sobald Kommunikation kontrolliert wird, Gespräche über sensible Themen verhindert werden und der Austausch darüber zwischen Bürgern verhindert wird, entstehen aus vielen kleinen Unstimmigkeiten, große unkontrollierbare. Das Resultat davon waren die Gezi-Park Proteste, die sich durch die Umgestaltung eines Parks in ein Einkaufszentrum zu einem Protest für Grundrechte wie Meinungsfreiheit und Demokratie entwickelt hatten. Die enorme Kraft des Volkes, die hinter diesen Protesten stand, wirkte explosiv und entschlossen. Das Volk, das jahrelang nicht gehört wurde und unter einer konservativ-islamischen Scheindemokratie gelebt hatte, besaß erstmals wieder ein Sprachrohr um seine Unzufriedenheit zu verkünden. Die vielen kleinen Probleme, wie diverse Eingriffe in das Privatleben der Bürger, der Investition der Steuergelder in gigantische Wirtschaftsprojekte und die einseitige Information der Medien waren einige der Gründe, warum Hunderttausende Menschen in unterschiedlichen Städten der Türkei über Wochen hinweg auf die Straßen gingen und für mehr Rechte demonstrierten. Anhand der Berichterstattung über die Gezi-Park Demonstrationen konnte man sehr gut erkennen, wie die Massenmedien von politischer Hand geführt werden. Zu Beginn der Proteste wurde auf fast keinem der staatlichen und privaten Fernsehsender über die Demonstrationen oder die polizeiliche Gewalt an den Protestierenden berichtet. Durch das Einwirken des Systems Politik in das System Massenmedien wurden unterschiedliche Realitäten konstruiert und die Empfänger beeinflusst, die politisch-gefärbte Massenmedien konsumierten. Die Realität wurde durch die staatlichen Massenmedien ganz anders konstruiert als durch

⁴⁶ Vgl. <http://www.migrationsrecht.net/nachrichten-auslaenderrecht-europa-und-eu/egmr-kann-zahl-noch-offener-verfahren-reduzieren.html>

unabhängige, freie Massenmedien. Da die Mehrheit der türkischen Bevölkerung die großen, staatlichen Massenmedien verfolgte, erhielt sie ein komplett anderes Bild der Realität, als jene Menschen die vor Ort waren, oder die partei- und staatsunabhängigen Medien rezipierten. Das System Massenmedien konnte nicht funktionieren. Zu stark war die Manipulation durch das System Politik. Dennoch trauten sich wenige, kleine liberale und unabhängige Medien schon von Beginn an über die Demonstrationen und das harte Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten zu berichten. Soziale Medien spielten dabei eine wesentliche Rolle, da durch diese das Volk selbst die Möglichkeit hatte zensurfrei zu kommunizieren und die Gesellschaft über die Tatsachen zu informieren. Nach Luhmanns Systemtheorie herrscht in einem demokratischen Staat ein Ungleichgewicht, wenn die Pressefreiheit nur theoretisch vorhanden ist und die Massenmedien nicht ihre beobachtete und konstruierte Realität durch die Medien präsentieren. Denn es ist nur die Aufgabe der Journalisten beziehungsweise der Massenmedien aus der Fülle von Informationen zu selektieren, diesen „Sinn“ zu geben und ihre Umwelt- die Gesellschaft- darüber zu informieren. Werden den Journalisten jedoch von anderen Systemen Realitäten vorgeschrieben, existiert eine verzerrte, einseitige und beeinflusste Realität.

Durch die Gezi-Park Proteste wurde abermals die Welt auf die kritische Situation der Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei aufmerksam. Durch die Demonstrationen wurde eine große Partizipationsbereitschaft vom Volk am Demokratisierungsprozess deutlich. Die Regierung zeigte jedoch keine Kompromissbereitschaft und es kam zu keinen ernstzunehmenden Gesprächen und Versuchen auf die Forderungen und Wünsche der demonstrierenden Bürger einzugehen. Im Gegenteil, die demonstrierenden Bürger wurden als „Terroristen“ abgestempelt und gewaltvoll von den Demonstrationsorten vertrieben. Interessant ist, dass die Gezi-Park Proteste und die dadurch entstandene öffentliche Kritik an der türkischen Vorgehensweise und Politik nichts an den EU-Beitrittsgesprächen geändert haben. Zwar wurden im Sommer auf Grund der Proteste die Gespräche auf den Herbst verschoben, aber als diese dann stattfanden, waren die brutalen Gewaltübergriffe der Polizei, die fehlende Meinungs- und Pressefreiheit und die Missachtung der Grundrechte kein Thema. Nachdem gerade auf Grund der massiven Probleme in der Meinungs- und Pressefreiheit und den Menschenrechten die Gespräche schon einmal auf Eis gelegt wurden, aber zum damaligen Zeitpunkt von Seiten der Türkei Verbesserungen

zu erkennen waren, ist es bedenklich warum diese Themen bei den aktuellen Gesprächen nicht besprochen wurden beziehungsweise nicht die Wichtigkeit erhielten, die sie verdienen.

Es ist abzuwarten, was für Auswirkungen die Gezi-Park Proteste für die Wahlen 2014 haben werden. Erstmals haben die 50 Prozent der Bürger, die 2011 nicht für die AKP Regierung gewählt hatten, ihre Stimme erhoben.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Lage der Pressefreiheit in der Türkei sehr gefährdet ist. Die Dokumentation der letzten 13 Jahre hin zu den Gezi-Park Demonstrationen und die aktuellsten Verurteilungen zu absurd hohen Strafen, wie lebenslänglich oder 34 Jahren Haftstrafe, sowie die Gezi-Park Demonstrationen beweisen die enorme Gefährdung von Journalisten in der Türkei. Die Arbeit von Journalisten und Massenmedien sind durch Restriktionen geprägt. Die Gezi-Park Proteste sind ein Beispiel dafür, dass Online Medien durch den Staat schlechter kontrolliert werden können. Somit entsteht durch Berichte in Social Media Plattformen ein neuer, unzensierter Informationstransfer. Dieser funktioniert enorm schnell und wird durch die Anonymität des Internets bestärkt.

Den Ergebnissen dieser Arbeit zufolge, gewinnen Online Medien eine immer wichtigere Rolle in der unzensierten Informationsübermittlung. Diese ermöglichen sowohl Journalisten als auch Bürgern ihre Umwelt zu informieren. Durch den steigenden Wohlstand des Landes und den daraus resultierenden großen Mengen an Internetzugängen ist eine Steigerung der Bedeutung von Online Journalismus und Social Media Aktivitäten erkennbar und für die Zukunft noch stärker zu erwarten.

Eine ernstzunehmende Opposition wäre ein Schritt in Richtung Abschwächung des diktatorisch-ähnlichen Alleingangs der AKP. Solange keine Gegenmacht existiert, und die EU der Türkei keinen größeren Druck macht, die Lage der Pressefreiheit in ihrem Land zu verbessern, scheint in naher Zukunft keine Änderung im Gange zu sein.

Die Pressefreiheit ist ein Grundrecht, welches von jedem demokratischen Staat gewährleistet und geschützt werden muss. Die Türkei versagt leider in ihrer Rolle diesem Grundrecht die Wichtigkeit beizumessen, die es verdient. Trotz kultureller Vielfältigkeit

und wirtschaftlichem und politischem Engagement, werden die Informationsaufgaben der Massenmedien und im weiteren Sinne der Journalisten nicht erfüllt. Freie Meinungsäußerungen, Regimekritik sowie Bearbeitung sensibler Themen sind auf Grund von staatlicher Restriktionen eine Rarität und mit enormen Sanktionen verbunden. Das System Massenmedien ist zu stark vom System Politik abhängig, damit es seiner Aufgabe als werte- und meinungsfreies Informationstool nachgehen kann, um die Gesellschaft zu informieren und zum Diskurs anregen kann.

10.1 Ausblick

Für weitere Forschungen wäre es interessant zu analysieren, welche Auswirkungen die Gezi-Park Proteste auf die Wahlen 2014 haben werden. Verliert die AKP ihre absolute Mehrheit? Entsteht womöglich im Parlament eine ernstzunehmende Opposition?

Des Weiteren sind mit Spannung die Zahlen der inhaftierten Journalisten in der Türkei für das Jahr 2013 zu erwarten, sowie ihre Rangordnung in den NGO Berichten. Nachdem die Türkei im Jahre 2012 die meisten Journalisten weltweit inhaftiert hatte, und die Rangordnung sich verschlechtert hatte, wäre es in einer zukünftigen Forschung sehr interessant die beiden Jahre miteinander zu vergleichen. Insbesondere nach dem sensationsreichen und turbulenten Jahr 2013: Wie viele Journalisten wurden im Jahre 2013 festgenommen? Welche Rolle spielten die Demonstrationen dabei?

Im Zuge des regen Informationsaustausches während der Proteste via Online Medien und der daraus entstandenen Wichtigkeit des Internets wäre es interessant die Auswirkungen der Nutzung dieser Medien auf die freie Meinungsäußerung näher zu erforschen. Wer sind die handelnden Akteure und wie sind die Informationsnetze aufgebaut? Welche Rolle spielt die Anonymität des Berichterstatters im Internet? Was sind die Maßnahmen, die der Staat gegen seine Mitbürger anwendet, um den Online-Kommunikationsaustausch über kritische Themen zu unterbinden?

11 Literaturverzeichnis

Aktuna, Ayse (1996): Presse – und Meinungsfreiheit in der Türkei. Von der Gründung der Republik (1923) bis heute. Diplomarbeit Universität Wien

Anheier, Helmut K. (1990): The Third Sector in West Germany In Helmut K. Anheier und Wolfgang Seibel (Hg.), The Third Sector: Comparative Studies of Nonprofit Organisations, Berlin/New York, S.131-331

Ates, Kemal (2001): Pressefreiheit in der Türkei. Eine Untersuchung zu staatlichen Eingriffen in die Kommunikationsfreiheit am Beispiel der Zeitungen „Özgür Gündem“ und „Özgür Ülke“. Bochumer Univ.-Verl.

Behmer, Markus (2003): Pressefreiheit in der Dritten Welt – Was heißt „Freiheit“? In Das freie Wort und seine Feinde. Zur Pressefreiheit in den Zeiten der Globalisierung. Hg. Haller, Michael. UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz. S.147-160

Berghaus, Margot (2004): Luhmann leicht gemacht. Eine Einführung in die Systemtheorie. 2. Auflage, Köln /Weimar/Wien: Böhlau Verlag GmbH & Cie

Breunig, Christian (1994): Kommunikationsfreiheiten. Ein internationaler Vergleich. Konstanz UVK.

Ebert, Wolfgang (2001): Systemtheorien in der Supervision. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Opladen: Leske + Budrich

Etzioni, Amitai (1973): The Third Sector and Domestic Missions In Merkel/Busch Demokratie in Ost und West. 1.Auflage, Frankfurt am Main, 1999, S.526

Foerster, Heinz; von Poerksen, Bernhard (1998): Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners. Gespräche für Skeptiker. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme

Fuchs, Peter (1992): Niklas Luhmann – beobachtet. Eine Einführung in die Systemtheorie. Opladen: Westdeutscher Verlag

Göker, Zeynep Yasemin (1992): Pressefreiheit in der Türkei. Historischer Hintergrund, Entwicklungen und aktuelle Situation. Diplomarbeit Universität Wien

Habermas, Jürgen (1992): Zur Rolle der Zivilgesellschaft und politischer Öffentlichkeit In ders. Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main, S.399-467, 1992

Haller, Michael (Hg.) (2003): Das freie Wort und seine Feinde. Zur Pressefreiheit in den Zeiten der Globalisierung. UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz.

Hessel, Alexander (2003): Wenn das Konzert der Meinungen eintöniger wird – Die US-amerikanische Öffentlichkeit im Bann der Schweigespiralle In: Das freie Wort und seine Feinde. Zur Pressefreiheit in den Zeiten der Globalisierung. Hg. Haller, Michael. UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz. S.55

Ilal, Ersan: Basında düşüne acıklama özgürlüğü ve 1961 Anayasisi a.a.O. S.31 In Aktuna Ayse, Presse – und Meinungsfreiheit 1996, S.11f.)

Kabacali, Alpay (1996): Türkiye'de Basın Sansürü („Die Preszensur in der Türkei“), Istanbul,

Karmasin, Matthias (1993): Das Oligopol der Wahrheit. Medienunternehmen zwischen Ökonomie und Ethik. Wien; Köln; Weimar.

Klein, Maren (2003). Übersicht über die Normen zur Pressefreiheit international – eine Dokumentation In: Das freie Wort und seine Feinde. Zur Pressefreiheit in den Zeiten der Globalisierung. Hg. Haller, Michael. UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz. 2003, S.181-210

Kneer, Georg/Nassehi, Armin (1997): Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme. München: Fink

Luhmann, Niklas (1991) : Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt: Suhrkamp

Luhmann, Niklas (1996): Die Realität der Massenmedien. Westdeutscher Verlag. Opladen 2. Aufl.

Merkel, Wolfgang; Busch, Andreas (1999): Demokratie in Ost und West. 1. Auflage, Frankfurt am Main

Rager Günther, Bernd Weber (Hrsg.) (1992): Publizistische Vielfalt zwischen Markt und Politik. Neue Medien – mehr Inhalte? Berlin

Schmidt, Manfred G. (2010): Demokratietheorien. Eine Einführung. 5. Auflage., Wiesbaden 2010

Seibel, Wolfgang. (Hg.) (1990): The Third Sector: Comparative Studies of Nonprofit Organisations, Berlin/New York

Thomä-Venske, Hanns (1981): Islam und Integration. Hamburg.

Vanhainen, Tatu In Schmidt, Manfred (2010): Demokratietheorien. Eine Einführung. 5. Auflage., Wiesbaden

Wildenmann, Rudolf/Kaltefleiter, Werner (1965): Demokratische Existenz heute. Funktion der Massenmedien. Frankfurt a.M./Bonn

Internetquellen

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften; Charta der Grundrechte der Europäischen Union 2000/C 364/01 unter http://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf (Stand 27.07.2013)

Baydar, Yavuz. In Turkey, Media Bosses Are Undermining Democracy, New York Times, unter http://www.nytimes.com/2013/07/21/opinion/sunday/in-turkey-media-bosses-are-undermining-democracy.html?_r=1&adxnnl=1&pagewanted=all&adxnnlx=1374657650-i7mKeriTn9pLcT2dYANg3g& (Stand 27.07.2013)

Bechmann, Gotthard. (2001): Die Abklärung der Aufklärung. In: Vierteljahrbuch des Deutsch-Russischen Kollegs Karlsruhe unter http://www.drkk.uni-karlsruhe.de/e-pub/20012002/alles_dt.pdf S. 17-18 (Stand 03.03.2012)

Bundeszentrale für politische Bildung, Protestwelle in der Türkei unter <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/162735/protestwelle-tuerkei> (Stand 02.09.13)

Committee to protect Journalists, Turkeys Press Freedom Crisis, The Dark Days of Jailing Journalists and Criminalizing Dissent; Report 2012, S.11 unter <http://www.cpj.org/reports/Turkey2012.English.pdf> (Stand 12.06.2013)

Council of Europe. Human Rights Europe unter <http://www.humanrightseurope.org/2012/02/turkish-journalist-awarded-e5000-after-freedom-of-expression-court-victory/> (Stand 15.09.2013)

Deutsche UNESCO-Kommission e.V. Pressefreiheit unter <http://www.unesco.de/pressefreiheit.html> (Stand 01.09.2013)

Deutsche UNESCO-Kommission e.V., Sicherheit von Journalisten unter
<http://www.unesco.de/404.html> ; (Stand 12.08.2013)

Deutsches Ärzteblatt, Protestwelle in der Türkei. Türkische Ärzte im Visier, Jg. 110, Heft 26 , 28. Juni 2013 unter <http://www.aerzteblatt.de/pdf/110/26/a1308.pdf> (Stand 19.09.2013)

Die Zeit unter <http://www.zeit.de/digital/internet/2013-06/tuerkei-proteste-internet-twitter/seite-2>; (Stand 30.10.2013)

Die Zeit unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-06/medien-tuerkei-proteste-fernsehen> (Stand 03.11.2013)

Europäische Menschenrechtskonvention, „Artikel 10 „Freiheit der Meinungsäußerung“ unter <http://dejure.org/gesetze/MRK/10.html> (Stand 07.08.2013)

Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789 unter
<http://www.verfassungen.eu/f/ferklaerung89.htm> (Stand 12.09.2013)

Freedom House, Freedom in the World 2012, S.381-386 unter
<http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2012> (Stand 12.08.2013)

Freedom House; Freedom World Report 2012 unter
<http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2012> (Stand 10.07.2013)

Freedom House; Freedom World Report 2012, Fragen und Methode unter
<http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/Checklist%20Questions%2C%20FIW%202012.pdf> (Stand 10.07.2013)

Human Rights Europe, European Convention of Human Rights unter
<http://www.humanrightseurope.org/2012/02/turkish-journalist-awarded-e5000-after-freedom-of-expression-court-victory/> (Stand 20.04.2013)

Human Rights, Internationale Charta der Menschenrechte, Artikel 19 unter
<http://www.humanrights.ch/de/Instrumente/UNO-Abkommen/Pakt-II/index.html> (Stand 08.08.2013)

Kemal Karpat, Balkanlar'da Osmanli mirasi ve ulusculuk, zit. nach: www.turkdirlik.com (25.4.2008) In Seufert, Günter. Religiöse Minderheiten in der Türkei. Bundeszentrale für politische Bildung, Nr.26/2008 unter <http://www.bpb.de/apuz/31145/religioese-minderheiten-in-der-tuerkei?p=all> (Stand 23.08.2013)

KONDA Gezi Parkı Araştırması: Kimler, neden oradalar ve ne istiyorlar? (Dt. Gezi-Park Befragung: Wer sind sie, warum sind sie dort und was wollen sie?) unter
<http://www.konda.com.tr/> (Stand 12.06.2013)

Kramer, Heinz (2011): Türkei. Informationen zur politischen Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung, Nr.313/2011 unter
http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/IzpB%20Tuerkei_Neu.pdf%E2%80%8E
(Stand 10.05.2013)

Migrationsrecht unter <http://www.migrationsrecht.net/nachrichten-auslaenderrecht-europa-und-eu/egmr-kann-zahl-noch-offener-verfahren-reduzieren.html> (Stand 06.10.2013)

OSCE, Haraszti, Miklós: Special Report Handling of the media during political demonstrations Observations and Recommendations unter <http://www.osce.org/fom/25744>
(Stand 14.09.2013)

OSCE, Press Release: Criminal prosecution of journalists in Turkey violates human right to free expression, says OSCE media freedom representative unter
<http://www.osce.org/fom/104157> (Stand 14.09.2013)

OSCE, Press Release: Media freedom must be upheld during protests in Turkey, says OSCE media freedom representative unter <http://www.osce.org/fom/102785> (Stand 14.09.2013)

OSCE, Press Release: OSCE media freedom representative calls for legal reforms after study shows 95 journalists imprisoned in Turkey unter <http://www.osce.org/fom/89370> (Stand 05.09.2013)

OSCE, Press Release: OSCE media freedom representative calls on Turkish police to respect journalists' rights when covering demonstrations unter <http://www.osce.org/fom/102213> (Stand 14.09.2013)

OSCE, The Office of the Representative on Freedom of the Media. Main Findings of the Table of imprisoned Journalists in Turkey April 2012, unter <http://www.osce.org/fom/89371> (Stand 23.06.2013)

Ozgür Gündem „Azadiya Welat'ın sesini duyan yok!“ unter http://www.ozgur-gundem.com/index.php?haberID=14397&haberBaslik=Azadiya%20Welat'in%20sesini%20duyan%20yok!&action=haber_detay&module=nuce (Stand 15.04.2013)

Reporter ohne Grenzen, Rangliste der Pressefreiheit unter <http://www.rog.at/reporter-ohne-grenzen-veroeffentlicht-rangliste-der-pressefreiheit.html> (Stand 12.08.2013)

Reporter ohne Grenzen, Reporter ohne Grenzen-Jahresbilanz 2011 in Zahlen unter <http://www.rog.at/Bilanz%2011.pdf> (Stand 05.04.2013)

Reporter ohne Grenzen, Ergenekon-Prozess offenbart Mängel bei Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit unter <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/meldung-im-detail/artikel/ergenekon-prozess-in-der-tuerkei-offenbart-maengel-bei-pressefreiheit-und-rechtsstaatlichkeit/?type=98&cHash=26fa15e9e889e265e823202e5e5281ea> (Stand 08.08.2013)

Reporter ohne Grenzen, Weltweite Rangliste der Pressefreiheit 2012 – Hinweise zur Erstellung; unter http://www.rog.at/130129_Methode_Rangliste.pdf; (Stand 13.04.2013)

Reporters without Borders. Turkey. unter <http://en.rsf.org/turkey-turkey-12-03-2012,42065.html> (Stand 05.05.2013)

Reporters without Borders. Turkey. unter <http://en.rsf.org/turkey-turkey-11-03-2011,39758.html> (Stand 05.05.2013)

Reporters without Borders, A book is not a bomb“ Media and Justice in Turkey, Mistrust and Repression; Investigation Report June 2011 2011, S.11,
http://en.rsf.org/IMG/pdf/rsf_report_turkey_2011_en.pdf, (Stand 08.06.2013)

Reporters without Borders, Court orders two Journalists held on terrorist conspiracy charge (Der Fall Nedim und Sik) unter <http://en.rsf.org/turquie-court-orders-two-journalists-held-04-03-2011,39673.html> (Stand 05.08.2013)

Reporters without Borders, Enemies of the Internet 2013 Report unter http://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/docs/enemies_of_the_internet_2013_01.pdf (Stand 04.05.2013)

Reporters without Borders, Judge says Publishing Freedom Pioneer must remain in Detention (Fall Zarakolu) unter <http://en.rsf.org/turquie-another-trial-against-kurdish-02-08-2010,38078.html> (Stand 10.03.2013)

Reporters without Borders, Press Freedom Index 2013 unter <http://en.rsf.org/press-freedom-index-2013,1054.html> (Stand 06.04.2013)

Reporters without Orders, World Press Freedom Index 2013 unter http://www.rog.at/CLASSEMENT_2013_GB-BD.pdf (Stand 01.05.2013)

Reporters without Borders, New Internet Filtering System Condemned as backdoor Censorship unter <http://en.rsf.org/turquie-new-internet-filtering-system-02-12-2011,41498.html> (Stand 23.04.2013)

Reporters without Borders. Turkey. (Internet Filterung) unter <http://en.rsf.org/turkey-turkey-12-03-2012,42065.html> (Stand 23.04.2013)

Seibert, Thomas Tagesspiegel unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/heikler-jahrestag-fuer-ankara/639796.html> (Stand 04.05.2013)

Seibert, Thomas: Human Rights Watch, „Greece the Turks of western thrace“ 1999, S. 7-9 unter <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/greec991.pdf> (Stand 04.05.2013)

Seufert, Günter (2008): Religiöse Minderheiten in der Türkei. Bundeszentrale für politische Bildung, Nr.26/2008 unter <http://www.bpb.de/apuz/31145/religioese-minderheiten-in-der-tuerkei?p=all> (Stand 23.08.2013)

Seufert, Günter: Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, SWP Aktuell, Demonstrationswelle in der Türkei unter http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A38_srt.pdf (Stand 02.09.13)

Süddeutsche Zeitung unter <http://www.sueddeutsche.de/kultur/tuerkei-klagt-pianisten-an-einer-der-sein-land-erraet-1.1374266>; (Stand 24.10.2013)

THE AP-GfK POLL: TURKEY unter <http://surveys.ap.org/data%5CGfK%5CAP-GfK%20Poll%20Turkey%20Topline%20final%20122310.pdf> (Umfrage EU Beitritt) (Stand 03.10.2013)

UNESCO Mediendeklaration unter http://www.friedenspaedagogik.de/themen/medien_gewalt_in_medien/verhaltensgrundsaetze/unesco_mediendeklaration (Stand 04.04.2013)

United Nations Office on Drugs and Crime, Anti-Terror Law unter https://www.unodc.org/tldb/showDocument.do?documentUid=1525&q=mutual%20legal%20assistance&edit_btn=SEARCH#; (Stand 01.09.2013)

12 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Das Symbol der sechs Grundprinzipien des Kemalismus; Quelle: Kramer 2011	26
Abbildung 2: Wirtschaftsentwicklung 1998-2012; Quelle Kramer 2011, S.40	39
Abbildung 3: Mittelmacht am Bosporus; Quelle Kramer 2011, S.41.....	40
Abbildung 4: Weltkarte „Freedom in the World“ Quelle: http://www.freedomhouse.org/report-types/freedom-world Stand:17.05.2013.....	76
Abbildung 5: Pressefreiheit weltweit 2013; Quelle http://fr.rsf.org/IMG/jpg/2013-carte-liberte-presse_1900.jpg Stand 11.05.2013.....	77
Abbildung 6: Reporter ohne Grenzen Jahresbilanz 2012; Quelle: https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/rte/docs/2012/infografik_bilanz_Layout_1.jpg ; Stand 12.08.2013.....	82
Abbildung 7: Getötete Journalisten seit 1995; Quelle: ROG Jahresbilanz 2011 http://www.rog.at/Bilanz%2011.pdf ; Stand 05.04.2013	85
Abbildung 8: Getötete Journalisten alle Weltregionen; Quelle: ROG Jahresbilanz 2011 http://www.rog.at/Bilanz%2011.pdf ; Stand 05.04.2013	86
Abbildung 9: Entwicklung Jahre 2009-2011; Quelle: ROG Jahresbilanz 2011 Quelle: http://www.rog.at/Bilanz%2011.pdf ; Stand 05.04.2013	86
Abbildung 10: Inhaftierte Journalisten 2012; Quelle http://www.cpj.org/imprisoned/2012.php , Stand 17.05.2013	87
Abbildung 11: Entwicklung der inhaftierten Journalisten weltweit; Quelle http://www.cpj.org/imprisoned/2012.php Stand 17.05.2013	90
Abbildung 12: Demonstrationen gegen Sik und Seners Festnahme am 13.03.2011 Quelle: http://en.rsf.org/turquie-courts-refuse-to-back-down-so-17-03-2011,39820.html ;14.04.2013; 21:10	92
Abbildung 13: Demonstration für Ahmet Sik und Nedim Sener (Plakat übersetzt: „Heute Ahmet und Nedim. Wer soll es morgen sein?“) Quelle: Reporter Ohne Grenzen http://en.rsf.org/turquie-court-orders-two-journalists-held-04-03-2011,39673.html ; Stand 14.04.2013	93
Abbildung 14: Demonstration für Ahmet Sik und Nedim Sener (Plakat übersetzt: „2000 Journalisten werden festgehalten“) Quelle: Reporter Ohne Grenzen http://en.rsf.org/turquie-court-orders-two-journalists-held-04-03-2011,39673.html ; Stand 14.04.2013	93
15: Demonstrationen in Taksim; Quelle: https://www.facebook.com/Saat2201?fref=ts ; 14.07.2013, Istiklal Avenue Istanbul; Stand 01.11.2013.....	108
Abbildung 16: Demonstrationen im Gezi-Park; Quelle http://www.tumblr.com/tagged/occupy-turkey ; Stand 29.10.2013.....	109
Abbildung 17: Werbeeinschaltung in der New York Times; Quelle http://www.indiegogo.com/projects/full-page-ad-for-turkish-democracy-in-action , Stand 30.10.2013	110

13 Anhang

13.1 Abstract in Deutsch

Die Türkei spielt im 21. Jahrhundert weltpolitisch und wirtschaftlich eine immer wichtigere Rolle und ist als EU-Anwärter stets in den Medien. Das Interesse dieser Magisterarbeit besteht darin, die Lage der Pressefreiheit in der Türkei im 21. Jahrhundert näher zu untersuchen.

Im Mittelpunkt stehen die Entwicklungen der letzten 13 Jahre, die anhand einer Literaturanalyse erforscht werden, wobei ein besonderer Fokus auf die Gezi-Park Proteste mit ihren Höhepunkten im Mai und Juni 2013, gelegt wird. Als Literatur werden hauptsächlich Berichte und Analysen von weltweit renommierten NGOs zugezogen.

Als theoretischer Rahmen, der zur Beantwortung der Forschungsfragen dienen soll, wird die Systemtheorie von Niklas Luhmann hinzugezogen. Diese Theorie bietet sich als theoretisches Fundament dieser Arbeit an, da das Augenmerk auf Systemen und ihren Umwelten liegt. Die Türkei ist ein Land, in dem die unterschiedlichen Systeme sehr deutlich erkennbar sind, und diese durch das Intervenieren untereinander nicht intakt funktionieren. Nach Niklas Luhmann bilden die Massenmedien die Realität ab- so soll untersucht werden, inwiefern dies auf das Massenmediensystem der Türkei und die Journalisten, als Träger dieses Systems, anwendbar ist.

Die Ziele dieser Arbeit sind es, herauszufinden, wie es um die Pressefreiheit in der Türkei im 21. Jahrhundert steht, warum die demokratische Republik Türkei weltweit die meisten Journalisten im Gefängnis hält und welche Bedeutung die Gezi-Park Proteste für den Demokratisierungsprozess und die Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei hatten.

Die Untersuchungen ergaben, dass die Lage der Pressefreiheit in der Türkei sehr gefährdet ist. Die Dokumentation der letzten 13 Jahre hin zu den Gezi-Park Demonstrationen und die aktuellsten Verurteilungen zu absurd hohen Strafen, wie lebenslänglich oder 34 Jahren

Haftstrafe, beweisen, die enorme Gefährdung von Journalisten in der Türkei. Die Arbeit von Journalisten und Massenmedien sind durch staatliche Restriktionen geprägt. Die Gezi-Park Proteste sind ein Beispiel dafür, dass Online Medien durch den Staat schlechter kontrolliert werden können. Somit entsteht durch Berichte in Social Media Plattformen ein neuer, unzensierter Informationstransfer—unterstützt durch die Anonymität des Internets

13.2 Abstract in Englisch

Since the 21st Century Turkey is playing an increasingly important role, both politically and economically and is, as an EU candidate, always in the interest of media. This thesis aims to analyse the situation of freedom of press in Turkey in the 21. Century.

The focus is on the developments of the last 13 years and turns its attention especially to the Gezi-Park protests of May and June 2013- explored on the basis of a literature analysis. Main resources are reports and analyses of the world-renowned NGOs.

The theoretical basis for answering the research questions is the System Theory of Niklas Luhmann. This theory focuses on systems and their environments. Turkey is a country in which the different systems are clearly visible but do not work proper, as they are constantly intervening each other. According to Niklas Luhmann the mass media represents the reality. In the course of the present thesis it is analysed to what extent this is applicable to the mass media system of Turkey, as well as to the journalists as carrier of this system.

The aims of this paper are to find out about the status of freedom of press in Turkey in the 21. Century, why this democratic republic is imprisoning the most journalists in the world and which role the Gezi-Park protests have on the democratic process and the freedom of opinion and press.

The analyses found out that the situation of the freedom of press in Turkey is doing badly. The documentation of the last 13 years, the Gezi-Park demonstrations and the current convictions to absurdly high sentences, such as life imprisonment or to 34 years in prison, prove the enormous danger of journalists in Turkey. The work of journalists and mass

media are affected by governmental restrictions. The Gezi-Park protests are an example that online media is more difficult to be controlled by the state. Hence a new, fast and uncensored information transfer arises from reports in social media platforms- supported by the anonymity of Internet.

13.3 Reports

Reporter ohne Grenzen, World Press Freedom Index 2012

Rank	Country	Note	Diferencial
1	Finland	6,38	0 (1)
2	Netherlands	6,48	+1 (3)
3	Norway	6,52	-2 (1)
4	Luxembourg	6,68	+2 (6)
5	Andorra	6,82	-
6	Denmark	7,08	+4 (10)
7	Liechtenstein	7,35	-
8	New Zealand	8,38	+5 (13)
9	Iceland	8,49	-3 (6)
10	Sweden	9,23	+2 (12)
11	Estonia	9,26	-8 (3)
12	Austria	9,40	-7 (5)
13	Jamaica	9,88	+3 (16)
14	Switzerland	9,94	-6 (8)
15	Ireland	10,06	0 (15)
16	Czech Republic	10,17	-2 (14)
17	Germany	10,24	-1 (16)
18	Costa Rica	12,08	+1 (19)
19	Namibia	12,50	+1 (20)
20	Canada	12,69	-10 (10)
21	Belgium	12,94	-1 (20)
22	Poland	13,11	+2 (24)
23	Slovakia	13,25	+2 (25)
24	Cyprus	13,83	-8 (16)
25	Cape Verde	14,33	-16 (9)
26	Australia	15,24	+4 (30)
27	Uruguay	15,92	+5 (32)
28	Portugal	16,75	+5 (33)
29	United Kingdom	16,89	-1 (28)
30	Ghana	17,27	+11 (41)
31	Surinam	18,19	-9 (22)
32	United States	18,22	+15 (47)
33	Lithuania	18,24	-3 (30)
34	OECS	19,72	-9 (25)
35	Slovenia	20,49	+1 (36)
36	Spain	20,50	+3 (39)

Rank	Country	Note	Diferencial
37	France	21,60	+1 (38)
38	El Salvador	22,86	-1 (37)
39	Latvia	22,89	+11 (50)
40	Botswana	22,91	+2 (42)
41	Papua New Guinea	22,97	-6 (35)
42	Romania	23,05	+5 (47)
43	Niger	23,08	-14 (29)
44	Trinidad and Tobago	23,12	+6 (50)
45	Malta	23,30	+13 (58)
46	Burkina Faso	23,70	+22 (68)
47	Taiwan	23,82	-2 (45)
48	Samoa	23,84	+6 (54)
49	Haiti	24,09	+3 (52)
50	South Korea	24,48	-6 (44)
51	Comoros	24,52	-6 (45)
52	South Africa	24,56	-10 (42)
53	Japan	25,17	-31 (22)
54	Argentina	25,67	-7 (47)
55	Moldova	26,01	-2 (53)
56	Hungary	26,09	-16 (40)
57	Italy	26,11	+4 (61)
58	Hong Kong	26,16	-4 (54)
59	Senegal	26,19	+16 (75)
60	Chile	26,24	+20 (80)
61	Sierra Leone	26,35	+2 (63)
62	Mauritius	26,47	-8 (54)
63	Serbia	26,59	+17 (80)
64	Croatia	26,61	+4 (68)
65	Central African Republic	26,61	-3 (62)
66	Tonga	26,70	-3 (63)
67	Mauritania	26,76	0 (67)
68	Bosnia and Herzegovina	26,86	-10 (58)
69	Guyana	27,08	-11 (58)
70	Tanzania	27,34	-36 (34)
71	Kenya	27,80	+13 (84)
72	Zambia	27,93	+14 (86)
73	Mozambique	28,01	-7 (66)
74	Armenia	28,04	+3 (77)
75	Malawi	28,18	+71 (146)
76	Republic of the Congo	28,20	+14 (90)
77	Kuwait	28,28	+1 (78)
78	Nicaragua	28,31	-6 (72)
79	Benin	28,33	+12 (91)
80	Dominican Republic	28,34	+15 (95)

Rank	Country	Note	Diferencial
81	Lesotho	28,36	-18 (63)
82	Bhutan	28,42	-12 (70)
83	Togo	28,45	-4 (79)
84	Greece	28,46	-14 (70)
85	Kosovo	28,47	+1 (86)
86	Guinea	28,49	0 (86)
87	Bulgaria	28,58	-7 (80)
88	Madagascar	28,62	-4 (84)
89	Gabon	28,69	+12 (101)
90	East Timor	28,72	-4 (86)
91	Paraguay	28,78	-11 (80)
92	Guinea-Bissau	28,94	-17 (75)
93	Seychelles	29,19	-20 (73)
94	Northern Cyprus	29,34	+8 (102)
95	Guatemala	29,39	+2 (97)
96	Ivory Coast	29,77	+63 (159)
97	Liberia	29,89	+13 (110)
98	Mongolia	29,93	+2 (100)
99	Mali	30,03	-74 (25)
100	Georgia	30,09	+4 (104)
101	Lebanon	30,15	-8 (93)
102	Albania	30,88	-6 (96)
103	Maldives	31,10	-30 (73)
104	Uganda	31,69	+35 (139)
105	Peru	31,87	+10 (115)
106	Kyrgyzstan	32,20	+2 (108)
107	Fiji	32,69	+10 (117)
108	Brazil	32,75	-9 (99)
109	Bolivia	32,80	-1 (108)
110	Qatar	32,86	+4 (114)
111	Panama	32,95	+2 (113)
112	Israel	32,97	-20 (92)
113	Montenegro	32,97	-6 (107)
114	United Arab Emirates	33,49	-2 (112)
115	Nigeria	34,11	+11 (126)
116	Republic of Macedonia	34,27	-22 (94)
117	Venezuela	34,44	0 (117)
118	Nepal	34,61	-12 (106)
119	Ecuador	34,69	-15 (104)
120	Cameroon	34,78	-23 (97)
121	Chad	34,87	-18 (103)
122	Brunei	35,45	+3 (125)
123	Tajikistan	35,71	-1 (122)
124	South Sudan	36,20	-13 (111)
125	Algeria	36,54	-3 (122)

Rank	Country	Note	Diferencial
126	Ukraine	36,79	-10 (116)
127	Honduras	36,92	+8 (135)
128	Afghanistan	37,36	+22 (150)
129	Colombia	37,48	+14 (143)
130	Angola	37,80	+2 (132)
131	Libya	37,86	+23 (154)
132	Burundi	38,02	-2 (130)
133	Zimbabwe	38,12	-16 (117)
134	Jordan	38,47	-6 (128)
135	Thailand	38,60	+2 (137)
136	Morocco	39,04	+2 (138)
137	Ethiopia	39,57	-10 (127)
138	Tunisia	39,93	-4 (134)
139	Indonesia	41,05	+7 (146)
140	India	41,22	-9 (131)
141	Oman	41,51	-24 (117)
142	DR Congo	41,66	+3 (145)
143	Cambodia	41,81	-26 (117)
144	Bangladesh	42,01	-15 (129)
145	Malaysia	42,73	-23 (122)
146	Palestine	43,09	+7 (153)
147	Philippines	43,11	-7 (140)
148	Russia	43,42	-6 (142)
149	Singapore	43,43	-14 (135)
150	Iraq	44,67	+2 (152)
151	Burma	44,71	+18 (169)
152	Gambia	45,09	-11 (141)
153	Mexico	45,30	-4 (149)
154	Turkey	46,56	-6 (148)
155	Swaziland	46,76	-11 (144)
156	Azerbaijan	47,73	+6 (162)
157	Belarus	48,35	+11 (168)
158	Egypt	48,66	+8 (166)
159	Pakistan	51,31	-8 (151)
160	Kazakhstan	55,08	-6 (154)
161	Rwanda	55,46	-5 (156)
162	Sri Lanka	56,59	+1 (163)
163	Saudi Arabia	56,88	-5 (158)
164	Uzbekistan	60,39	-7 (157)
165	Bahrain	62,75	+8 (173)
166	Equatorial Guinea	67,20	-5 (161)
167	Djibouti	67,40	-8 (159)
168	Laos	67,99	-3 (165)
169	Yemen	69,22	+2 (171)
170	Sudan	70,06	0 (170)

Rank	Country	Note	Diferencial
171	Cuba	71,64	-4 (167)
172	Vietnam	71,78	0 (172)
173	China	73,07	+1 (174)
174	Iran	73,40	+1 (175)
175	Somalia	73,59	-11 (164)
176	Syria	78,53	0 (176)
177	Turkmenistan	79,14	0 (177)
178	North Korea	83,90	0 (178)
179	Eritrea	84,83	0 (179)

13.4 Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Paula Ustabasi
Wohnort: Wien
Geburtsdatum: 23. November 1986
Staatsbürgerschaft: Österreich

Ausbildung

1993 – 1997	Volkschule Maria Regina, Wien
1997 – 2005	Neusprachliches Realgymnasium Maria Regina, Wien
2005 – 2007	Wirtschaftsuniversität Wien: Internationale Betriebswirtschaft
2007 – 2011	Universität Wien: Bakkalaureats-Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
seit 10/2011	Universität Wien: Magisterstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft